

Streit über PLO trübt die Beziehungen Israel-USA

Jerusalem fürchtet Verlust des Westjordanlandes an Palästinenserstaat

DW, Jerusalem/Washington
Die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber PLO-Führer Arafat droht zu einer schweren Trübung im Verhältnis zwischen Washington und Jerusalem zu führen.

242 und 338 des Sicherheitsrats, der Grundlagen der Nahost-Friedensbemühungen. Vor einer offiziellen Stellungnahme der Regierung in Jerusalem hieß es bereits, Israel werde niemals weder direkt noch indirekt mit der PLO verhandeln.

Shamir dagegen, daß die USA das Treffen zwischen Arafat und Mubarak begrüßt hatten. Shamir teilte seinem Kabinett mit, er habe US-Außenminister George Shultz eine Botschaft zukommen lassen.

Die Zeitungen "Jerusalem Post", "Haaretz" und "Yedioth Achroth" meldeten, die Vereinigten Staaten hätten den ägyptischen Außenminister Kamel Hassan Ali ersucht, Arafat davon in Kenntnis zu setzen, daß die US-Regierung an formellen Beziehungen zur PLO interessiert sei.

Bereits am Sonntag protestierte die sogenannte Friedensbewegung im Westen. Sie kämpfte gegen ein Kriegsrisiko in Europa, das dank der Wachsamkeit der NATO und der Rationalität Moskaus "wahrscheinlich fast gleich Null" sei.

Der CDU-Abgeordnete Jürgen Todenhöfer bezifferte die Zahl der bislang getöteten afghanischen Zivilisten mit 700 000. 4,7 Millionen Menschen seien aus ihrer Heimat geflohen.

Afghanistan: Kreml lenkt nicht ein

Aus dem Exil ruft König Zahir Schah die Widerstandsgruppen zur Vereinigung auf

DW, Bonn/Moskau
Vier Jahre nach dem weltweit urteileten Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan deutet in Moskau nichts auf einen baldigen Abzug der Roten Armee aus dem asiatischen Nachbarland hin.

Der ehemalige afghanische König Zahir Schah hat in Rom, wo er seit zehn Jahren im Exil lebt, zur Bildung einer Sammlungsbewegung aller Widerstandsgruppen innerhalb und außerhalb seines Landes und zur Schaffung von Aufgeboten.

Die Sendeanlage wurde mit Unterstützung französischer Techniker und mit Mitteln der in Paris ansässigen Vereinigung der "Freunde Afghanistans" gebaut.

Das Armeebild "Roter Stern" bezieht sich auf eine neue Propagandaformel der USA, von Pakistan aus einen "unerkannten Krieg gegen das demokratische Afghanistan" zu führen.

Die sowjetische Regierungszentrale "Istwestia" schrieb von einem "ersten Kampf" mit den Gegnern der afghanischen Revolution und stellt die Entwicklung in dem Land als unumkehrbaren Prozess dar.

Die Widerstandskämpfer nahmen jetzt einen landesweit wirkenden Rundfunksender in Betrieb. Ausgestrahlt werden vor allem tägliche Nachrichten über das Frontgeschehen.

Die japanische Presseagentur Tokio dpa/AP/Pr, Tokio
Das japanische Parlament hat gestern den konservativen Ministerpräsidenten Yasuhiro Nakasone (65), der aus den vorzeitigen Unterhauswahlen am 18. Dezember geschwächt war, für eine vierjährige Amtsperiode wiedergewählt.

Die Neugründung des Kabinetts soll die Unabhängigkeit und die Fraktion des Neuliberalen Clubs (NLC), mit denen die Liberaldemokraten ein Regierungsbündnis eingegangen sind.

Die Weigerung des wegen Bestechung durch den US-Flugzeug-Konzern Lockheed zu vier Jahren Gefängnis verurteilten Tanaka, sein Abgeordnetenmandat niederzulegen, hatte zum Boykott des Parlaments durch die Opposition und dann zu den vorzeitigen Neuwahlen geführt.

Nakasone zum Premier wiedergewählt

Regierungschef will den Einfluß des wegen Korruption verurteilten Tanaka begrenzen

267 der 511 Sitze. Die LDP erhält damit auch Vorsitz und Mehrheit in den wichtigsten Parlamentsausschüssen, einschließlich des Haushaltsausschusses, zurück.

Vorrangige politische Aufgabe des zweiten Kabinetts Nakasone ist die Aufstellung des Staatshaushalts 1984/85, der dem Parlament Ende Januar zur Beratung vorgelegt werden soll.

Bei den Neuwahlen hatte Nakasone eine führende Rolle gespielt, ändert - wie es in arabischen diplomatischen Kreisen hieß - auch das jüngste Treffen zwischen dem ägyptischen Präsidenten Mubarak und PLO-Chef Arafat offenbar nichts.

Bonn wartet auf ein Signal der SED

Die Einladung an Honecker gilt / WELT-Gespräch mit Staatssekretär Hennig

STEFAN HEYDECK, Bonn
Bonn ist bis heute keine Gegenleistung der DDR nicht zufrieden. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für innereuropäische Beziehungen, Ottfried Hennig (CDU), kritisierte gestern insbesondere, daß erst etwa zwölf Prozent der Todesstrafen vom Typ SM 70 demontiert worden seien.

Das auch deshalb nicht, weil die anderen Seite bisher entsprechende Wünsche noch nicht vorgelegt habe. Wenn es zu einem neuen Kreditgeschäft kommen sollte, müßte es ganz konkrete Gegenleistungen geben.

darüber gebe es jedoch nicht. Allerdings hält es Hennig für möglich, daß Honecker im nächsten Jahr, "wenn es wieder wärmer wird, klimatisch wie politisch", kommt. Eine Reise des Reisens wegen sollte jedoch zu wenig sein, meinte der CDU-Politiker in Anspielung auf das Treffen des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt mit Honecker.

POLITIK

Israelische Sorgen: In Jerusalem befürchtet man eine Neuaufgabe des Reagan-Plans, der die Schaffung eines autonomen palästinensischen Gebietes in Verbindung mit Jordanien vorsieht.

Deutschlandpolitik: Die Anerkennung einer eigenen Staatsbürgerschaft der "DDR" komme nicht in Frage, erklärte der CSU-Landesgruppenvorsitzende Theo Waigel in einem WELT-Interview.

Afghanistan: Außenminister Genscher fordert den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Dies wäre ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der internationalen Beziehungen.

Keine Rückkehr nach Genf? Der stellvertretende Leiter der internationalen Abteilung des sowjetischen Zentralkomitees, Sagladin, hat jeden Gedanken an eine Rückkehr der Sowjets zu den Verhandlungen über die Rüstungsbegrenzung in Genf zurückgewiesen.

Häftlinge frei: Auf Intervention der katholischen Kirche sind zu Weihnachten 30 politische Häftlinge von den polnischen Behörden freigelassen worden.

Andropow: Hinter verschlossenen Türen tagt in Moskau das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, zur Vorbereitung der Sitzung des Obersten Sowjets am Mittwoch. Die Beobachter warten gespannt, ob der seit Monaten nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehene Parteichef Jurij Andropow an der Sitzung teilnehmen wird.

Nakasone bestätigt: Mit deutlicher Mehrheit haben beide Kammern des japanischen Reichstages Ministerpräsident Nakasone im Amt bestätigt. Seine Partei, die Liberaldemokraten, hatte bei den Wahlen vergangene Woche ihre absolute Mehrheit verloren.

Bischof: Der von der Regierung Nicaraguas als entführt und später als ermordet gemeldete Bischof Schläfer ist in Honduras eingetroffen. Er hatte eine Gruppe von Indianern begleitet, die aus Nicaragua vor den Sandinisten flohen.

Wieder Bombe in London: Nur wenige Tage nach dem Anschlag auf das Kaufhaus Harrods ist in London am Samstag erneut eine Bombe explodiert. Zwei Passanten wurden verletzt.

Heute: Voraussichtlich letzte Runde der Verhandlungen zur Übernahme der Berliner S-Bahn durch den Senat. - Papst besucht den Attentäter Agca im Gefängnis.

Diplomaten ausgewiesen: Die iranische Regierung hat als Antwort auf die Schließung des iranischen Instituts in Paris drei französische Diplomaten ausgewiesen.

ZITAT DES TAGES



Wir behalten die Hoffnung, daß die Trennung unseres Volkes in Frieden überwunden werden kann

Bundespräsident Karl Carstens in einem Grußwort an die Deutschen im Ausland

WIRTSCHAFT

Frankreich: Der Preisauftrieb hat sich verlangsamt. Im November erhöhte sich der Lebenshaltungskostenindex nur noch um 0,4 Prozent.

und USA werden zwischen 15 und 30 Prozent billiger.

Riyal abgewertet: Saudi-Arabien hat die Landeswährung zum vierten Mal in diesem Jahr abgewertet: von 3,48 auf 3,50 Riyal pro Dollar.

Wechselbilder: Der Devisenhandel in Frankfurt rechnet einer Reuters-Umfrage zufolge für 1984 mit "Wechselbildern" des Dollar-Kurses gegenüber der Deutschen Mark.

Nordatlantik-Preiskampf: Auf die Preissenkung der British Airways für bestimmte Flüge der Nordatlantikroute haben PanAm und TWA ebenfalls mit Preispassungen nach unten reagiert.

Energieverbrauch: Zum vierten Mal hintereinander hat sich der Energieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland auch 1983 wieder verringert. Gegen 1979 sank er um 13 Prozent.

Ölpreis: Ägypten senkt ab 1. Januar seinen Ölpreis um 50 Dollar-cents pro Barrel (159 Liter) auf 28 Dollar.

KULTUR

Miró gestorben: Der spanische Maler, Graphiker und Bildhauer Joan Miró ist am Sonntag in seinem Haus auf Mallorca gestorben.

USA verlassen Unesco: Präsident Reagan werde schon bald den Austritt seines Landes aus der Kulturorganisation der UN bekanntgeben, versichert ein hoher Beamter des US-Außenministeriums.

Tennis: Beim 72. Finale um den Davis Cup steht es in Melbourne zwischen Australien und Schweden 1:1. Zunächst besiegte der Schwede Mats Wilander Pat Cash in vier Sätzen.

Allgemein: Vor einer Doping-Hysterie hat der Sportmediziner Josef Keul, Mannschaftsarzt mehrerer deutscher Olympia-Mannschaften, gewarnt. Keul verweist auf die ständige Erweiterung der Liste verbotener Substanzen durch das Internationale Olympische Komitee.

AUS ALLER WELT

Kältewelle in USA: Zahlreiche Orte haben in Nordamerika die kältesten Weihnachtstage seit Menschengedenken verzeichnet. Durch die Kältewelle mit Temperaturen bis minus 40 Grad kamen bisher mindestens 145 Menschen ums Leben.

Entführte frei: Die seit Mitte November entführte Millionärin Bulgarin und ihr Sohn sind am Heiligen Abend in Rom freigelassen worden.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Gesamtschulen - Sozialismus für die anderen oder Quod licet Jovi non licet bovi S. 2

Werfen: Deutsche haben Marktteile nicht bekommen - Aufträge gingen an Japan und Korea S. 9

Bremen: Erfolge der Raumfahrt-Technik beflügeln auch die Opposition - CDU-Vorstoß in Bonn S. 4

Formen: Personalien und Leserbrief - Die Redaktion der WELT Wort des Tages S. 12

Straße von Hormuz: Oman hat Wächterrolle übernommen - USA als Partner notwendig S. 5

Kultur: Joan Miró: Der Zauberer der modernen Kunst starb in Palma de Mallorca S. 13

Sozialpolitik: Einkommen stiegen im Durchschnitt um 3,3 Prozent, Renten um 1,3 Prozent S. 7

Aus aller Welt: Taubenliebhaber - Glaube und Hoffnung auf die gefiederten Champions S. 14

DER KOMMENTAR

Am Geduldsfaden

MANFRED NEUBER

In den USA werden die Zweifel an den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen immer größer. So scheint Washington nicht länger gewillt, als Zahlmeister und Prügelknabe zugleich für die Unesco herzuhalten.

So ist es den USA nicht zu verdenken, wenn sie jetzt des absurden Theaters mit den ständigen Ausfällen gegen Israel, Südafrika und den "Imperialismus" überdrüssig werden und erwägen, ihre 50 Millionen Dollar direkt und nicht über den Unesco einzusetzen.

Wie ein Sisyphus hatte sie Amerika bei den Pariser Beratungen gegen die fortschreitende Ideologisierung der Unesco-Arbeit und eine weitere Aufblähung ihres kostspieligen Apparates gestemmt.

Drei Sowjet-Spione, die Frankreich unlängst auswies, standen in Unesco-Diensten - und wurden von M'Bow bei nächster Gelegenheit auf einer Konferenz in Taschkent wieder eingesetzt.

Jordanien durchbricht Boykott-Front

AFP/Prüpa, Amman
Jordanien hat die offiziell seit 1979 bestehende arabische Boykott-Front gegen Ägypten durchbrochen. Am Sonntag unterzeichneten die zuständigen Minister beider Staaten ein Protokoll der Handels-, Wirtschafts- und Finanzbeziehungen.

Bald Austritt der USA aus der Unesco?

DW, Washington
In Washington verdichten sich die Vermutungen, daß Präsident Ronald Reagan schon in Kürze den Austritt der Vereinigten Staaten aus der Unesco, der Wissenschafts- und Kulturorganisation der Vereinten Nationen, bekanntgeben wird.

In beiden Hauptstädten sollen Handelszentren eingerichtet werden. Der Handelsaustausch soll auf dem Seeweg zwischen Suez und dem jordanischen Hafen Akaba abgewickelt werden und auf dem Landwege, sobald die Autobahn, die Ägypten über die Sinai-Halbinsel mit Akaba verbindet, eröffnet ist.

Außenminister Shultz steht auf dem Standpunkt, daß die Unesco, so politisch ist und schlecht verwaltet wird. Der Beitrag der Vereinigten Staaten in Höhe von 50 Millionen Dollar macht etwa ein Viertel des Unesco-Jahreshaushaltes aus.

Ägypten wird nicht an der Außenministerkonferenz und dem Gipfeltreffen der islamischen Staaten Mitte Januar in Casablanca teilnehmen. Das Generalsekretariat der Islamischen Konferenzorganisation in Dschidda hat Ägypten nicht zur Teilnahme an der zweiten Sitzung der Außenminister eingeladen.

Washington hatte seinen Finanzbeitrag schon einmal Mitte der 70er Jahre für die Dauer von zwei Jahren eingestellt, weil es mit Sanktionen gegen Israel nicht einverstanden war.

An der Haltung der Konferenzorganisation, in der Saudi-Arabien eine führende Rolle spielt, ändert - wie es in arabischen diplomatischen Kreisen hieß - auch das jüngste Treffen zwischen dem ägyptischen Präsidenten Mubarak und PLO-Chef Arafat offenbar nichts.

Derzeit ist vor allem das Medienkonzept der Organisation Konfliktstoff. Vor allem die Länder der Dritten Welt wollen eine staatlich gelenkte Kommunikationspolitik durchsetzen.

Frau Gandhi errang nicht den erhofften Wahlsieg

Werden bald allgemeine Neuwahlen ausgeschrieben?

Bei den vorweihnachtlichen Neuwahlen in fünf nordindischen Bundesstaaten hat die regierende "Kongreß"-Partei der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi zwar Erfolge verbucht, doch nicht den erhofften großen Sieg erringen können.

Die Wahlergebnisse haben gezeigt, daß die neugegründete "National-Demokratische Allianz" der fundamentalistischen hinduistischen Parteien "Lok Dal" und "Bharatiya Janata Party" (BJP) keinerlei Chancen hatte.

Vor allem in Uttar Pradesh, dem volkreichsten indischen Bundesstaat, hat Frau Gandhi Partei Rückschläge erlitten. Von den fünf Sitzen im Landesparlament konnte der "Kongreß" nur zwei Plätze im Landesparlament erobern.

Thema des Tages war in der indischen Hauptstadt gestern die Frage, ob die Ergebnisse dieser als "wichtiger Test" bezeichneten Neuwahlen Frau Gandhi nun veranlassen werden, schon bald vorgezogene allgemeine Wahlen in Indien zu verkünden.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nakasone begrenzt

Von Fred de la Trobe

Nach der Wahlschlappe vor acht Tagen hat der japanische Premier Nakasone die ersten Hürden mit Geschick genommen. Der glatte Ablauf der Regierungsbildung wurde durch eine pragmatische Kehrtwendung Nakasones möglich: Er versprach seinen Gegnern in der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP), den bisher tonangebenden Einfluss des wegen passiver Bestechung verurteilten „Königsmachers“ Tanaka auszuschalten und auf politische Moral in der Partei Nachdruck zu legen.

Ein zweiter geschickter Schachzug des Premiers war die überraschende Koalitionsbildung mit dem kleinen konservativen „Neuen Liberalen Club“ (NLC). Damit verfügt Nakasone im Unterhaus wieder über eine solide Mehrheit von 287 Mandaten und hat die Kontrolle über die wichtigsten Ausschüsse des Parlaments. Die Mehrheit ist allerdings immer noch um 20 Sitze geringer als vor den Wahlen.

Die rivalisierenden Fraktionsführer in der LDP haben den Kampf um die Nachfolge Nakasones allerdings nur aufgeschoben, da sie sich gegenwärtig nicht stark genug fühlen. Das große Ringen um den Posten des Parteipräsidenten und damit um das Ministerpräsidentenamt ist im November 1984 zu erwarten, wenn die Neuwahl für diese Ämter ansteht. Bis dahin hat Nakasone nur eine Atempause.

Die Aussichten auf ein stärkeres japanisches Engagement im Lager des Westens und vor allem an der Seite der Vereinigten Staaten sind auch trotz der gestiegenen Mehrheit der Regierung im Parlament gering. Eine gestärkte und selbstbewusstere Opposition wird ihren Forderungen nach Schwerpunktsetzung im sozialpolitischen Bereich größeren Nachdruck geben können. Außerdem muß Nakasone Rücksicht auf den neuen kleinen Koalitionspartner nehmen. So wird für größere Anstrengungen bei der Verteidigung und Entwicklungshilfe, auf die Amerika und Westeuropa seit Jahren drängen, nicht allzuviel Spielraum gegeben sein. Wie in den vergangenen Jahren wird Japan auf einem vorsichtig prowestlichen Kurs bleiben.

Grenada sucht Anschluß

Von Manfred Neuber

Kaum haben die letzten US-Kampftropfen Grenada verlassen, da ist auf der kleinen Karibik-Insel eine Kampagne für den „Anschluß“ an die Vereinigten Staaten angelaufen. Im Weißen Haus wird man über diese Anhänglichkeit nicht sehr erfreut sein.

Etwa jeder zehnte der erwachsenen Inselbewohner ersucht in einer Petition an Sir Paul Scoon, den Generalgouverneur in der Hauptstadt St. George's, um eine militärische US-Präsenz „mindestens auf fünf Jahre“, um einen Aufschub der für 1984 geplanten Wahlen und um eine Anlehnung an die USA nach dem Vorbild von Guam, Puerto Rico und der Jungfern-Inseln.

Die Bittsteller begründen ihr Ansinnen mit der „politischen Zerrissenheit“ und dem „fortbestehenden Haß“ auf Grenada. Tatsächlich ist die demokratische Normalisierung seit der Invasion vom 25. Oktober noch nicht weit vorangekommen. Aus Protest wegen der geringen Fortschritte trat der eingesetzte Justizminister jetzt zurück. Er ist britischer Rechtsanwalt und ein „Vater“ der Verfassung Grenadas zur Unabhängigkeit von 1964.

Für Washington stellen sich heikle Fragen, die ohne das amerikanische Eingreifen wohl London oder das britische Commonwealth (dem Grenada angehört) zu beantworten gehabt hätten. Das Ersuchen aus Grenada um politische Anlehnung an die USA dürfte wiederum hochgezogene Augenbrauen in Großbritannien hervorrufen.

Unter den dreihundert Amerikanern, die auf der Tropeninsel zurückgeblieben sind – außerdem unterstützen dreihundert Mann aus sieben karibischen Staaten die Polizeitruppe Grenadas –, befinden sich etliche Experten für psychologische Einsätze. Sie werden höchstens viel Arbeit haben, damit die Stimmung auf der Insel nicht umschlägt.

Nach den Schreckenstagen der Mordbande, die den linken Premier Maurice Bishop umbrachte, wurden die fremden Soldaten als Befreier begrüßt. Je mehr soziale Errungenschaften (Milch für Schulkinder, Ausbildung für Pfleger) wegen der ersten Wirtschaftslage gestrichen werden müssen, desto mehr verklärt sich das Bild des ermordeten Bishop. So soll der fast fertiggestellte Flughafen, der Auslöser des Grenada-Konflikts wegen seiner strategischen Bedeutung für Kuba war, nun nach dem toten Revolutionär benannt werden.

Die USA haben schon einmal die Erfahrung gemacht, daß der Sturz von Terrorregimen nicht leicht aufzuarbeiten ist. Aber in Grenada gibt es nicht einmal Spruchkammern. Es gibt nur die Hoffnung auf demokratische Einsicht.

Ungarn zur Vertreibung

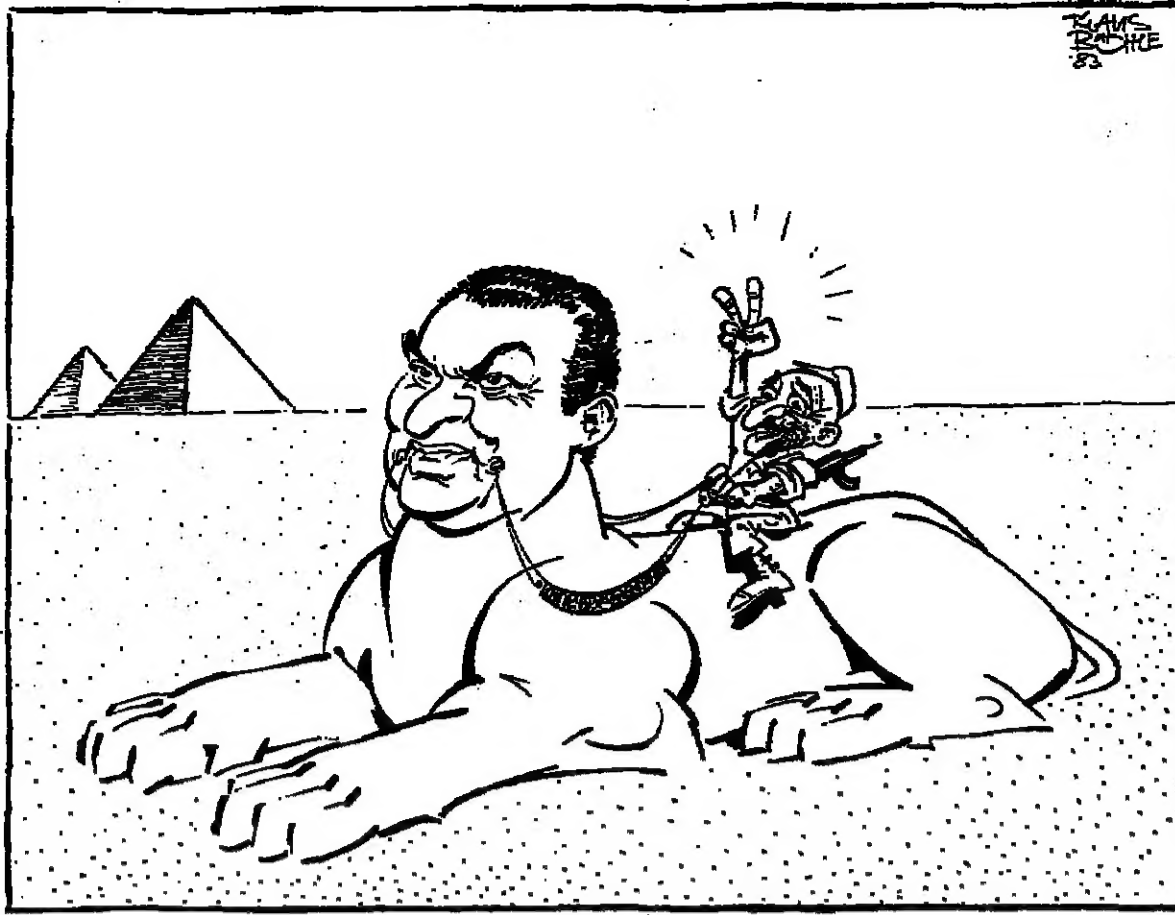
Von Astaf Domberg

Das Thema der deutschen Austreibung nach dem Zweiten Weltkrieg ist in allen kommunistischen Ländern Osteuropas immer noch tabu – mit einer Ausnahme: In Ungarn ist soeben ein vielbeachteter Spielfilm über das Schicksal der dortigen Volksdeutschen – der sogenannten Donauschwaben – fertiggestellt worden.

Der Film behandelt ein sehr heikles Thema: Nach 1945 wurden von den etwa 475 000 Volksdeutschen, die in Ungarn lebten, 220 000 „ausgesiedelt“. Viele Donauschwaben, die im Verlauf der Kampfhandlungen nach Westen geflüchtet waren und dann auf eigene Faust zurückkehrten, wurden gleich nochmals vertrieben – und mußten überdies feststellen, daß in ihren Häusern und Höfen schon andere Menschen saßen: Ungarn aus Rumänien und der Tschechoslowakei, die ihrerseits von den dortigen Regimen vertrieben worden waren.

Der ungarische Film zeigt diese Verzerrung des Nationalitätenproblems im östlichen Mitteleuropa, wo sich durch den nationalen und ideologischen Haß Menschen gegeneinander wendeten, die vorher jahrzehnte- und jahrhundertlang friedlich nebeneinander gelebt hatten. Dabei klingt natürlich auch das Verhängnis und die Schuld auf deutscher Seite an. Viele Ungarn-Deutsche hatten sich vom Nationalsozialismus blenden lassen, Tausende von ihnen dienten in der Waffen-SS. Dennoch wird im Film festgestellt, daß die Vertreibung und Vergeltung (wie fast immer im Leben) meist Unschuldige oder vielleicht Unwissende traf. Im Zentrum der Filmhandlung steht eine „Mischehe“ zwischen einem Szekler (einem aus Siebenbürgen stammenden Ungarn) und einer Deutschen.

Der Film trägt den programmatischen Titel „Zusammenleben“ – und die Regisseurin, Livia Gyarmathy, sagte dazu: „Wir müssen lernen, daß jener, der anders ist als wir, nicht schlechter ist – nur anders.“ Immerhin, von den ungarischen Donauschwaben leben heute noch mehr als 200 000 im Lande – und die meisten von ihnen wollen in Ungarn bleiben. Das „Zusammenleben“ scheint also dort besser zu funktionieren als anderswo im Osten.



Setzt auf Ägypten

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Imperium ohne Illusionen

Von Carl Gustaf Ströhm

Es ist kaum anzunehmen, daß die Mitglieder des sowjetischen Zentralkomitees und die Abgeordneten des Obersten Sowjet, die jetzt zu ihren Jahressitzungen zusammengetreten, über den Fall Afghanistan diskutieren werden. In der Sowjetunion gibt es keinen freien Parlamentarismus und folglich auch keine offenen Diskussionen. Insofern allerdings werden sich manche Mitglieder der sowjetischen Führungselite fragen, ob der Verlauf des afghanischen Abenteuers, in das sich Moskau vor genau vier Jahren gestürzt hat, nicht doch ein Symptom für den gesamten Zustand des östlichen Imperiums darstellt.

Denn das Ziel war nach dem Vorbild ähnlicher Aktionen in Ost-Europa (Ungarn, CSSR) ein rascher, radikaler militärischer Schlag und damit die Wiederherstellung eines prosozialistischen Regimes. Herausgekommen ist ein endloser Partisanenkrieg, dem sich die reguläre sowjetische Armee ebenso wenig gewachsen zeigt wie seinerzeit die großdeutsche Wehrmacht. Wenn jetzt die Moskauer „Prawda“ von einer „noch nie dagewesenen moralisch-politischen Isolierung der USA“ wegen der angeblichen „Kriegsverbrechungen“ Reagans schreibt, wenn die Moskauer Armeezeitung „Roter Stern“ den „unerklärten Krieg der USA gegen das Volk von Afghanistan“ an die Wand malt, so sind das Ablehnungsmanöver gemäß der russischen Redensart: „Vom kranken Kopf auf den gesunden.“ Ein Blick auf die Verlustlisten der Sowjetarmee und auf einige Artikel der Moskauer Armeezeitung, in denen immer wieder von komplizierten „Gebirgsmanövern“ die Rede ist, zeigt in Wirklichkeit, wer hier unerklärte Kriege führt – und wer isoliert ist.

Die Sowjetunion hat viele Nachbarn, die sich vor ihr fürchten. Wirkliche Freunde aber hat das Moskauer Imperium so gut wie nirgends, weder in der kommunistischen Welt noch unter den Blockfreien. Allenfalls noch unter einigen Lateinamerikanern – und auch das nur deshalb, weil man dort die Sowjetunion nicht kennt. Die Sowjetführung muß sich also immer wieder die Frage stellen, ob sogar ein militärisch so mächtiges Imperium die eigene Zukunft nur auf

die Furcht seiner Partner gründen kann.

In die Stellungnahmen aus Moskau mischt sich in letzter Zeit ein nicht sehr optimistisch stimmendes Unterton: Es wird immer mehr, fast ohne jede ideologische Bemäntelung, die bloße „Macht“ und „Stärke“ des eigenen Regimes beschworen. Es ist, als hätte man nun auch in den Moskauer Propagandaküchen erkannt, daß es weder für die eigene Bevölkerung noch für das Ausland einen Sinn macht, den Schein einer „Befreiung des Proletariats“ oder gar einer kommenden kommunistischen Gesellschaftsordnung aufrecht zu erhalten. Was bleibt, ist die eigene Macht, die man anderen aufzwingen möchte. Die brutale Verfolgung von Dissidenten und Pazifisten in der Sowjetunion zeigt im übrigen, daß die Moskauer Sympathie für die westliche Friedensbewegung nur instrumental ist: Man will die Position des Gegners schwächen, denkt aber nicht daran, sich selber jenen Spielregeln zu unterwerfen, die man für den Westen voraussetzt.

Hinzu kommt die innere Situation. Als Breschnew gestorben war, gab es die von amtlicher Kreml-Seite bewußt genährte Hoffnung, nun werde das Imperium aus der Lähmung der Führungslosigkeit, der Korruption und des Schandlans endlich herausfinden und durch Lösung seiner inneren Probleme auch außenpolitisch verhandlungsfähig und kompromissfähig werden. Heute zeigt sich, daß die Führungsprobleme an der

obersten Spitze, bedingt durch den sehr problematischen Gesundheitszustand Andropows, im Grunde ebenso weiterbestehen wie zuvor. Jeder Bankprokurist, jeder mittlere Geschäftsmann muß sich nur vorstellen, wie es auf seinem Schreibtisch und in seinem Büro aussähe, wenn er vom 18. August bis kurz vor Weihnachten ausgefallen wäre. Zumindest sind Hunderte von Entscheidungen ohne ihn, über seinen Kopf hinweg und sicher auch gegen ihn gefallen.

Selbst wenn alles, was über Andropows schweres Nierenleiden verbreitet wurde, nicht stimmen und der Generalsekretär putzmunter sein sollte: Er würde viele Monate brauchen, bis er die Enden der verschiedenen Fäden wieder entwirrt und die Kontrolle zurückgewonnen hätte. Inzwischen aber tummeln sich in den Vorzimmern jener Kräfte und Gruppen, denen jede Reform, jeder Kompromiß und jede Veränderung greulich ist – die am liebsten die „alten guten Zeiten“ von Disziplin und totalitärem Gehorsam wiederherstellen möchten.

Die Sackgasse der Machtpolitik, in die sich die Sowjets selber hineinmanövriert haben, kann niemanden mit Schadenfreude erfüllen. Gerade am Beispiel Afghanistans zeigt sich, daß es einem solchen Regime viel leichter fällt, sich in etwas zu verstricken, als sich aus der Verstrickung zu lösen. Moskau gibt zu verstehen, daß die Entwicklung in Afghanistan ein „unumkehrbarer Prozess“ sei. So redet man dort auch über Ungarn, Polen, die „DDR“ – oder das eigene Regime. Was heißt da noch: „Politische Lösung“?

Damit aber sind wir bei einer Einstellung des Regimes, die sich seit Stalins Zeiten nicht geändert hat. John F. Kennedy brachte diese sowjetische Haltung einmal auf die Formel, daß Moskau der Meinung sei: „Was mein ist, gehört mir; was dein ist, darüber wollen wir verhandeln.“ Wenn der deutsche Bundeskanzler jüngst meinte, Andropow trage schwer an der Verantwortung für den Weltfrieden, so mag das stimmen. Sieht man allerdings jene Kräfte, die in Moskau während der Abwesenheit der Nummer eins das große Wort führten, so möchte man die Frage stellen: Wer ist Andropow?



Wie man den Sozialismus verbreitet: Sowjetischer Kampftrubler. FOTO: EUPRA

Die Gesamtschule im rauen Wind des Wettbewerbs

Sozialismus für die anderen oder Quod licet Jovi non licet bovi / Von Wilm Herlyn

In Spanien formiert sich Protest gegen das neue Schulgesetz des sozialistischen Erziehungsministers José María Maravall. In Frankreich stoßen Mitterrands Sozialisten auf ähnlichen Widerstand. Die Eltern dieses und jenseits der Pyrenäen befürchten zu Recht, daß das Niveau in dem Maße sinkt, in dem das sozialistische Bildungsideal der Nivellierung überhand nimmt.

Im schönen Nordrhein-Westfalen allerdings hat man sich mit den Schulniveaueinstellungen weitgehend abgefunden, nachdem selbst die CDU im bevölkerungsreichsten Bundesland der sogenannten integrierten Gesamtschule ihren Segen gab. Auch die Union befürwortet diese Form als Regelschule, an die sie allerdings Bedingungen knüpft: Bestandsgarantien für das bisherige dreigliedrige System aus Haupt- und Realschule sowie Gymnasium.

Mindestens 3,5 Millionen Bürger in Nordrhein-Westfalen staunen darüber – die 3,5 Millionen Männer und Frauen, die 1978 eine Vorstufe der Gesamtschule mit einem

Volksbegehren gegen die Kooperative Schule („Koop-Schule“) zu Fall brachten. Dabei hatte das Projekt „nur“ vorgesehen, Hauptschule, Realschule und Gymnasium organisatorisch unter einem Dach zu vereinen. Eine zweijährige Orientierungsstufe sollte der Begabungsprüfung dienen. Danach sollten sich Schüler und Erziehungsberechtigte mit dem Lehrer einigen, welcher Schultyp für die Weiterbildung vorzuziehen sei.

Die integrierte Gesamtschule geht gleich mehrere Schritte weiter: Sie löst die Klassenverbände auf und schickt die Schüler in Grund-, Leistungs- und Erweiterungskurse. Sie löst damit auch die Grenzen zwischen Hauptschule, Realschule und Gymnasium auf. Der Vorteil, den sich sozialdemokratische Bildungspolitikern vorstellen, ist die „Durchlässigkeit“ zwischen den Schultypen. Der Nachteil, den sie gern in Kauf nehmen, ist die Zersprengung der Klassenverbände und, unter dem Motto einer angeblichen Chancengleichheit, ein Absinken der Quali-

tät. Denn der Unterricht orientiert sich am unteren Durchschnitt, nicht an den Hochbegabten.

Was bleibt, ist ein qualitativ geringerer Abschluß in allen Stufen. Dies der Bevölkerung klarzumachen, haben die Politiker versäumt. Statt dessen gaukelte die SPD den Bürgern vor, die Gesamtschule sei eine Ganztagschule und daher bequem für doppelverdienende Eltern. In Wahrheit bedürfte es für Ganztagschulen keiner Gesamtschulen; mit genügend Finanzen leisteten Gymnasien und Realschulen dies sicher besser; im übrigen klappt es auch in den Gesamtschulen oft nicht oder nur in der Erprobungsphase mit der Ganztagschule, weil das Geld fehlt.

Hinter vorgehaltener Hand allerdings macht ein zweites Argument die Runde: die „schnelle Eins“. Denn das wissen Schüler wie Eltern: Wo die Anforderungen heruntergesetzt werden, ist der Notendurchschnitt leicht zu heben. Das nützt allerdings denjenigen nicht viel, die dann doch in die Oberstufe wechseln wollen. Und denjenigen,

IM GESPRÄCH Sir John Pritchard

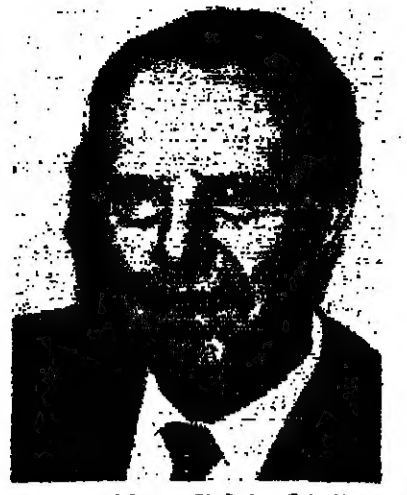
Weltenbummler in Köln

Von Giselher Schmidt

Mit dem „Falstaff“ nahm er 1977 Abschied von den Festspielen in Glyndebourne, mit denen er annähernd dreißig Jahre verbunden war. Wenn aber Sir John Pritchard – seit der Jahreswende 1982/83 geadelt – jetzt in Köln die Neuentdeckung von Giuseppe Verdis Spätwerk dirigiert, so geschieht dies als Auftakt zu weiteren Jahren als Chefdirigent der Kölner Oper. Denn Pritchard – auch Träger des Shakespeare-Preises der Freiherr-vom-Stein-Stiftung Hamburg – hat alle früheren Absichten, die Domstadt zu verlassen, aufgegeben. Sein 1985 auslaufender Vertrag wird um weitere fünf Jahre verlängert. In den nächsten schätzigen Jahren soll es das bereits vom Rat abgesegnete Gespann John Pritchard und Marek Janowski geben. Pritchard soll häufiger in Janowskis Konzertdomäne, der geplanten neuen Kölner Philharmonie, und umgekehrt Janowski öfters im Opernhaus am Offenbachplatz auftreten.

Bei nahezu allen größeren Musiktheatern hat John Pritchard bereits seine Visitenkarte abgegeben. 1950 debütierte er als 28jähriger an der Wiener Staatsoper mit Verdis „Die Macht des Schicksals“. Nun war er ein musikalischer Prophet, der auch im eigenen Lande – und insbesondere im Royal Opera House Covent Garden – etwas galt. Für Elizabeth II. – die ihn später zum „Commander of The British Empire“ ernannte und zum Ritter schlug – hob er 1953 anlässlich der Krönung Benjamin Britzens „Cloriana“ aus der Taufe. Pritchard war ebenso der Uraufführungsdirigent der Michael-Tippett-Opern „The Midsummer Marriage“ und „King Priam“.

1966 übernahm er bei den Salzburger Festspielen die musikalische Leitung von Mozarts „Die Entführung aus dem Serail“ mit Anneliese Rothenberger und Fritz Wunderlich. Gastverträge führten Pritchard unter anderem zum Teatro Colón nach Buenos Aires, zur Mailänder Scala, zur Großen Oper Paris, zu den



Sir John dirigiert Sir John Pritchard. FOTO: GISELHER SCHMIDT

Münchner Opern-Festspielen, zu den Opernhäusern in Chicago, Houston, San Francisco. Insbesondere gastiert er seit den siebziger Jahren immer wieder an der Metropolitan Opera in New York – so zuletzt Ende Oktober 1983 beim Gala-Abend zur 100-Jahre-Feier. Vom Rundfunk soll Ende Januar 1984 die „La Traviata“ der „Met“ mit Kiri Te Kanawa in der Titelrolle und John Pritchard am Pult übertragen werden.

Zahlreiche Platten hat Pritchard eingespielt, so etwa die Gesamtaufnahme von Mozarts „Idomeneo“. Pritchard liebt die Parität von Opern- und Konzert-Engagements. Zu seinen Positionen als Opern-Chiefdirigent in Köln und Brüssel übernahm er noch die Leitung des „BBC Symphony Orchestra“ in seiner Geburtsstadt London. Dort wird er im Januar alle Symphonien Robert Schumanns dirigieren. John Pritchard, der ständig zwischen seinem Privathaus bei Nizza und seinen festen und freien Opern- und Konzerthäusern hin und her pendelt, geht auch gerne mit seinen Ensembles auf Tournee: so etwa 1984 mit der Kölner „Zauberflöte“ nach Israel oder mit den BBC-Musikern nach Deutschland und zum Edinburgh-Festival.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALEN-BLATT

Die Zeitung betrachtet in Gelblich-Verdächtigem vor allem die Abtreibungsfrage.

Gelblich betont sogar, er habe keineswegs die Absicht, den Abtreibungs-Paragrafen zu ändern! Man muß annehmen, daß es die Rücksicht auf den Koalitionspartner FDP ist, die den Unionsminister zu dieser Inkonsistenz nötigt. Verständnis darf er dafür nicht erwarten. Es geht um Leben und Tod. Es geht darum, daß die praktische Politik endlich einen allen modernen medizinischen und ethischen Normen Hohn sprechenden Rechtsprechung voraussetzt. Im Schutze des unbegrenzten Lebens. Nein, froh stimmt diese Botschaft am Vorabend des Weihnachtstages, da wir Christi Geburt begehen, wirklich nicht. Nach der heute herrschenden Rechtsauffassung hätte auch das ungeborene Leben im Mutterleib Maria nicht den größtmöglichen Schutz genossen, den Menschen ihm bieten können – wenn sie das in ihrer Macht stehende tun.

Le Quotidien de Paris

Zum Tode des surrealistischen Malers Jean Miró schreibt die Tageszeitung:

In der Kunst des zwanzigsten Jahrhunderts, die besonders reich an bemerkenswerten Erneuerern ist, bleibt Miró mit Picasso der außergewöhnlichste Erfinder von Formen, Techniken und Ausdrucksmitteln, und zwar in allen Bereichen des gestaltenden Schaffens: Malerei, Gravierung, Kollage, Bildhauerei, Keramik. Und er ist wahrscheinlich der einzige, der Picasso manchmal an Wagemut und freier Vorstellungskraft übertraf. Der einzige auch, der wie sein älterer Freund aus Malaga fähig war, die größte kulturelle Spanne herzustellen, indem er auf Zeichnungen der jüngeren Steinzeit zurückgriff und

gleichzeitig Visionen des Zeitalters der Weltraumeroberung verarbeitete, indem er der Sexualität freien Lauf ließ, Träume festhielt und zu unserer Bewunderung den Raum der unmittelbaren Kommunikation unseres Zeitalters erfaßte.

MITTELBAIERISCHE ZEITUNG

Zum Fall Bastian heißt es in dem Regensburger Blatt:

Da der Unmut der Truppe im Wachsen ist, da Kommandeure schon wissen ließen, sie werden Disziplinarverfahren gegen ihre Untergebenen so lange aussetzen, bis auch der Ex-General Bastian vor ein Gericht rückt, wird die Bundeswehrführung nicht lange zögern dürfen, wenn sie nicht ihr Gesicht verlieren will. An ihr liegt es, die Politiker, die sonst so pingelig sind, wenn es um die Bundeswehr geht, dazu zu bewegen, die rechtlichen Gegebenheiten hinsichtlich der Demo-Blockaden belagert nach den strengen Normen eines Rechtsstaates zu erarbeiten.

LIBERATION

Die französische Zeitung berichtet die Aufgabe von Stellungen des französischen Kavallerie- und militärischen Fallschirmspringers in der Nähe von Beirut, die ersten Schritte zu einem Rückzug aus Libanon.

Die Franzosen haben zu spät bemerkt, daß ihre Truppen dasselbe Schicksal erlitten wie alle in fremdem Gebiet stationierten Streitkräfte. Sie werden zuerst mit Blumen empfangen und dann mit Steinen und Kamikaze-Autos verjagt. ... Man muß also um jeden Preis aus dem libanesischen „Morast“ herauskommen. ... Ronald Reagan bemüht sich vor allem um ein Abkommen mit Syrien, das ihm noch vor den Präsidentschaftswahlen erlauben würde, den Abzug der „Marines“ anzukündigen.

Eine „goldene Brücke“ der Arbeitgeber für IG Metall

Die Tarifrunde um die 35-Stunden-Woche fällt aus dem Rahmen des seit Jahrzehnten üblichen Weges, an dessen Ende üblicherweise ein Aufeinandergehen der Arbeitgeber und Gewerkschaften und schließlich ein für beide Seiten akzeptabler Kompromiß steht. Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Dieter Kirchner sieht die Gefahr, daß die IG Metall einen Arbeitskampf als Selbstzweck führen könnte.

Von GÜNTHER BADING

Tarifrunden in der Metallindustrie werden gewöhnlich mit verbalen Attacken der Gewerkschaft gegen die Arbeitgeber und der Arbeitgebervertreter gegen die Funktionäre der IG Metall eingeleitet. Man hat sich an das Ritual so gewöhnt, daß man auch die Auseinandersetzung in diesem Frühjahr für eine der üblichen Schlagabtausche mit viel Wortgeplänkel und am Ende einem im Nachhinein wieder als „vernünftig“ bezeichneten Kompromiß halten könnte. Erstmalig seit langen Jahren aber mischen sich jetzt doch Töne in diesen verbalen Schlagabtausch, die Schlimmeres befürchten lassen.

Nach Auffassung des Hauptgeschäftsführers des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Dieter Kirchner, hat sich die IG Metall – mit 2,5 Millionen Mitgliedern noch immer die größte und mächtigste der deutschen Gewerkschaften – so in ihre Forderung nach der 35-Stunden-Woche verannt, daß sie letztlich einen Arbeitskampf mit Streik und Aussperrung als Selbstzweck führen könnte.

Die Arbeitgeber wären bereit, der IG Metall eine goldene Brücke zu bauen, damit sie von der Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung herunterkommt, die weder bei der Mehrheit der Mitgliedschaft noch in

großen Teilen der öffentlichen Meinung auf Verständnis stößt, und von der Wirtschaft und Bundesregierung schlimme Folgen für den gerade einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung befürchten. „Wir wollen der Gewerkschaft die Möglichkeit bieten, ohne Gesichtverlust aus dieser Affäre herauszukommen“, erklärt Kirchner im Gespräch mit der WELT. Konkrete Vorschläge dazu hat Gesamtmetall auf den Tisch gelegt.

Kirchner faßt die Positionen der Metallarbeitgeber und der IG Metall so zusammen: „Was die IG Metall mit der 35-Stunden-Woche bewirken würde, liest sich wie folgt: keine Lohnerhöhung, weniger Arbeitsplätze als vorher, nichts für die heute schon Arbeitslosen. Würde die IG Metall dagegen unserem Weg der Vorruhestandsregelung zuzüglich Einkommensverbesserung folgen, so stünde am Ende als Bilanz: vorgezogener Ruhestand für Ältere, echte neue Arbeitsplätze für Arbeitslose, weil durch das Ausscheiden der Älteren Arbeitsplätze wirklich ganz frei werden, und für alle Beschäftigten angemessene Lohnerhöhungen.“

Hinzu komme dann noch, so Kirchner, daß die Aufschwungskräfte gestärkt und nicht geschwächt würden wie bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Im Grunde laufe die Strategie der IG Metall auf ein „Verarmungsprogramm“ der Arbeitnehmer hinaus. Kirchner spricht, auch unter Hinweis auf die Forderung der IG Metall, das bisherige „Zubrot“ der Arbeiter durch Überstunden künftig nicht mehr mit Geld, sondern mit mehr Freizeit auszugleichen, von einer „Strategie der IG Metall zur Vermeidung besserer Einkommens- und Wohlstandschancen und der Vernachlässigung der Arbeitslosen.“

Keinesfalls könne die Arbeitgeberseite in den zunächst parallel verlaufenden Tarifverhandlungen über die wöchentliche Arbeitszeit und – ab Januar – über die Löhne und Gehälter auf die Forderung nach drei bis

dreieinhalb Prozent mehr Einkommen eingehen. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bedeute allein mehr als 18 Prozent Kosten, erläutert Kirchner. Die Arbeitgeber wollen deshalb bei der eigentlichen Lohnrunde dem Tarifpartner kein Angebot vorlegen. Gesamtmetall geht davon aus, daß die Verhandlungen über Arbeitszeit und über Einkommen ohnehin zusammengelegt werden müssen.

Kirchner macht deutlich, daß die Arbeitgeber in dieser Runde mit ihrem Vorschlag Frühverrentung plus Einkommensverbesserung eigentlich schon jenen Lösungsvorschlag auf den Tisch gelegt haben, der üblicherweise erst im Verlauf von Tarifverhandlungen irgendwann „aus dem Hut gezaubert“ wird, um stockende Gespräche voranzubringen. Seine Sorge ist, daß die IG-Metall-Funktionäre eine Strategie entwickelt haben könnten, in der ein Streik im Frühjahr – nach dem Ende der Friedenspflicht Anfang März – fest eingeplant ist. Eine Reihe von Äußerungen – so etwa jene, daß die Gewerkschaft in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche um ihre Existenz kämpfe – deuteten darauf hin.

Sorgenvoll verweist Kirchner, selbst in schwierigen Tarifauseinandersetzungen eher eine rhetorische Forderung, auch auf die ungewisse Polarisierung der Tarifauseinandersetzung. Man könne nachgerechnet von einer „außerparlamentarischen Ersatz-Operation“ sprechen, wenn man den Schlagabtausch zwischen Regierung und IG Metall betrachte. Anzeichen gebe es in der Gewerkschaft, die „angesichts der nicht gerade konsolidierten Verfassung der parlamentarischen Opposition“ mit der Verquickung von Tarifforderung und Kritik an der Bundespolitik eine Konfrontation schaffen wollten, die letztlich die IG Metall in der Rolle einer Ersatzpartei erscheinen lasse.

Solches Vorgehen einer Gewerkschaft wäre nicht nur politisch „ab-



„Streik“ – Vorgangenes Konz im Frühjahr wieder Gegenwart sein

FOTO: BOMM

teuerlich“, sagt Kirchner. Es bedeute auch eindeutig einen Mißbrauch der von der Mitgliedschaft an die Funktionäre übertragenen Macht. „Das stört mich eigentlich am meisten: daß man die Gewerkschaftsmittel in einen Loyalitätskonflikt stürzt. Da heißt es, entweder geht diese Gewerkschaft kaputt – oder ihr folgt blind und bedingungslos in einen Arbeitskampf, ohne noch zu fragen, ob er für die Arbeitnehmer überhaupt etwas bringt.“

Anders als in früheren Tarifrunden könne man dieses Mal auch nicht auf einen „rettenden dritten Weg“ ausweichen, weil sich die IG Metall so festgelegt habe. Die Gewerkschaft sei gegenwärtig nicht einmal mehr zu einem Spitzengespräch mit den Arbeitgebern bereit. Mehr als einmal seien in solchen Gesprächen in der Vergangenheit die Weichen für Tarifkompromisse gestellt worden.

Eine Einladung von Gesamtmetall an die IG-Metall-Führung hätten der Gewerkschaftsvorsitzende Hans Mayr und sein Vertreter Franz Steinkühler jedoch rundweg abgelehnt. Jetzt müsse regional verhandelt werden, es gebe keinen Anlaß, über andere Vorschläge zu sprechen, die nicht auf eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit hinausläufen, habe es in der Absage geheißen, wundert sich Kirchner. Nicht einmal nachgefragt habe die Gewerkschaft, wieviel die Arbeitgeber beispielsweise an Lohn und Gehalt auf die jetzigen Einkommen draufzuliegen bereit wären.

Die Front der Arbeitgeber von Gesamtmetall steht in dieser Tarifrunde anders als in früheren Jahren in der Ablehnung der 35-Stunden-Woche. Deshalb kann Hauptgeschäftsführer Kirchner auch im Brustton der Überzeugung erklären: „Wir werden die 35-Stunden-Woche abwehren.“

Die „Special Forces“ zeigen in Honduras ihr neues Gesicht

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Truppe aufgelöst, im „kalten Krieg“ neugegründet, nach dem Vietnamkrieg sollte sie wieder verschwinden, 1977 begann eine Reorganisation: Schwerpunkt der „Special Forces“ der USA ist heute die Ausbildung von Anti-Guerrilla-Soldaten in der Dritten Welt.

Von PETER HORNUNG

Beleuchtet durch die Tropenbäume hängen die Regenschirme. Sie zwingen den Hubschrauberpiloten der US-Armee, weit auf das offene Meer auszuweichen. Der Flug von der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa zum Ausbildungscamp der amerikanischen „Special Forces“ dauert länger als geplant. Nach zwei Stunden endlich geht die drohende „Libelle“ am markierten Landeplatz von Trujillo an der Karibikküste zu Boden. Sand und Palmen. Dazwischen eine Zeitstadt unter Tarnnetzen. Und am Horizont die dunkle Mauer des Urwaldes. Die „Special Forces“ versuchen hier, aus schlecht ausgebildeten Soldaten der Armeen von El Salvador und Honduras in wenigen Wochen hochkarätige Einzelkämpfer zu machen.

Major Arthur Zieske, Chef der 125 „Green Berets“, die alle fließend Spanisch sprechen, zieht Bilanz: „Bis Mitte nächsten Jahres werden 5000 Salvadoraner und 4000 Honduraner kampftauglich zu ihren Einheiten zurückkehren. Das von uns aufgestellte und trainierte Anti-Guerrilla-Battalion der Armee El Salvadors hatte in den letzten Monaten die größten Erfolge gegen die aus Nicaragua eingewanderten kommunistischen Partisanen. Zwei Hauptbasen und ein Rebellenlager konnten zerstört werden. Die meisten Nachschubwege wurden entdeckt und vernichtet.“

„Wenig Theorie, viel Praxis“, lautet das Ausbildungskonzept. Zwei Tage im Lager wechseln sich mit ununterbrochenen sechsstündigen Übungen im Urwald ab. Im Unterricht acht Belehrungen über die Einhaltung der Menschenrechte. Aber Major Zieske räumt ein: „Wir können eine wilde, aus Tradition stützende Soldateska nicht von heute auf morgen umzuerziehen. Es ist aber schon einiges erreicht, wenn bei den Auszubildenden das soldatische Unrechtsbewußtsein wächst. Doch das entscheidende Problem wird sich nie lösen lassen: Im Guerrillakampf werden Menschen zu Tieren, das gilt für beide Seiten.“

Eine Auflösung der „Special Forces“, wie noch vor wenigen Jahren erwogen, steht nicht mehr zur Diskussion. Vielmehr wurde die Neuaufstellung von zwei Battalions beschlossen. Gegenwärtig kommandiert General J. Lutz aus seinem Hauptquartier in Fort Bragg 5000 Mann. Die „Special Forces“ bestehen aus drei Einheiten: Die 5. und 7. Gruppe (luftbeweglich) in Fort Bragg/North Carolina, die 10. Gruppe (luftbeweglich) in Fort Devens/Massachusetts und eine Spezialeinheit von 240 Mann im oberberberischen Bad Tölz.

Die Gründung dieser Truppe geht auf eine Anregung des Vizeadmirals Lord Louis Mountbatten im Jahre 1942 zurück. Er schlug für das geplante Kommandounternehmen „Pflug“ in Norwegen die Aufstellung einer „Spezialtruppe“ vor. Zum Einsatz in Norwegen kam es zwar nicht,

aber die 1. Special Service Force kämpfte in Nordafrika, in Italien und am Rhein. Ihre Technik waren der handstreichartige Überfall und der Einzelkampf. Bei Kriegsende wurde der Verband aufgelöst.

Erst als der Partisanenkrieg Maos, Titos und der Roten Armee hinter den deutschen Linien genauer analysiert worden war, kam es 1952 zur Aufstellung der ersten „Special Forces“. Sie erhielten den Auftrag, den Kampf auf irregulärer Ebene als Partisanen tief im feindlichen Territorium zu führen.

Der größte Teil der Einheit lag in Bad Tölz. Sie setzte sich hauptsächlich aus Flüchtlingen aus Osteuropa zusammen. Bis zum Ausbruch des Vietnamkriegs galt als Hauptaufgabe die Unterstützung von noch immer vorhandenen Widerstandsgruppen in den litauischen und lettischen Wäldern und in der Ukraine, außerdem die Unterstützung von Aufständen im Ostblock. Sechs Punkte bestimmten das Konzept: Abspringen per Fallschirm im Einsatzraum, Nachrichtengewinnung, Fernmeldedienst, Vertrautheit mit den Waffensystemen des Gegners, Pionierwesen und Sanitätswesen.

Unter Präsident Kennedy erhielten die Angehörigen der „Special Forces“ das berühmte grüne Barett, und der Einsatzschwerpunkt wurde bald Vietnam. Im Vorfeld von Saigon bauten sie nach 1961 eine systematische „Kontingente“ auf. Nachträglich wird kritisiert, daß die „Special Forces“ zuviel Wert auf Ausbildungscamps und ihre Verteidigung legten. Es gelang ihnen nie, den Ho-Chi-Minh-Pfad zu blockieren und zu den nordvietnamesischen Divisionen im offiziell „feindfreien Gebiet“ vorzustoßen. Auch die Fernaufklärung blieb lückenhaft und voller operativer Unsicherheitsfaktoren. 1971 zogen die „Green Berets“ aus Vietnam ab.

1977 begann dann die Reorganisation mit drei Hauptaufgaben:

1. Unkonventionelle Kriegsführung: Guerrillakrieg, Fluchtaktionen, Subversion und Sabotage.
2. Sonderoperationen: strategische Nachrichtengewinnung, Aktionen gegen strategische Ziele, wie gegnerische Kriegshäfen und Luftbasen, Antiterrorismus.
3. Verteidigung befreundeter Staaten im Innern.

Punkt drei sieht General Lutz als zentrale Mission seiner Truppe: „Es gilt, die Staaten der Dritten Welt rechtzeitig gegenüber sowjetischer Einflußnahme zu stabilisieren. Bisher kamen meine Männer in 54 Staaten zum Einsatz.“

Das neue Bild der „Green Berets“ prägt nicht so sehr der Einzelkämpfer nach Ranger-Art, sondern der aus den Auszubildenden in „befreundeten Ländern“. Damit es nicht zu einer Verzerkung kommt, ordnete General Lutz eine Teilung der Aufgaben in den „Special Forces“ in Übereinstimmung mit dem Pentagon an: So soll es künftig Einheiten geben, die sich nur mit der Ausbildung und Unterstützung von Verbänden des Gastlandes beschäftigen. Dabei handelt es sich um die Mehrheit der Truppe. In der Minderheit sind die Gruppen, die für Kommando- und Überwachungsaufgaben oder die operative Koordination zuständig sind.

Nun kann jeder lesen, was in der verpackten Wurst ist

Ab heute ist es in Kraft, das neue „Lebensmittelkennzeichnungsrecht“. Für den Verbraucher heißt das: Auf allen Fertigpackungen wird es das Mindesthaltbarkeitsdatum und ein Verzeichnis aller Zutaten geben. Doch wer glaubt, nun sei alles klar, der irrt.

Von HEINZ HILDEBRANDT

Der freie Warenverkehr zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten war eines der vordringlichen Ziele der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. In den 1958 in Kraft getretenen Römischen Verträgen verpflichteten sich diese Mitgliedsstaaten zu einer schrittweisen Annäherung ihrer bis dato unterschiedlichen Wirtschaftspolitik. Dazu gehörte auch die Anpassung der bisher national geltenden Wirtschaftsgesetzgebung, die Harmonisierung der Verfügungen und Verordnungen.

Es dauerte bis Mitte der siebziger Jahre, bis man ernstlich auch an eine Harmonisierung der Lebensmittel-

Kennzeichnung heranging. Erst im Dezember 1978 wurden die EG-Kennzeichnungs-Richtlinien verabschiedet und den einzelnen Mitgliedsstaaten unterbreitet. In Bonn benötigte man weitere drei Jahre, diese europäische Vorgabe in deutsche Paragraphen zu fassen. Am 22. Dezember 1981 war es dann soweit, die „Verordnung zur Neuordnung lebensmittelrechtlicher Kennzeichnungsvorschriften“ trat in Kraft.

Auch die anderen EG-Länder reagierten ähnlich, wenn auch nicht ganz mit der deutschen Perfektion. „In Brüssel erachtet, in Frankreich verachtet, in Deutschland gemacht“, heißt es daher oft im Handel. Dabei hat sogar der deutsche Perfektionismus auch noch seine Lücken; immerhin gibt es noch 37 Ausnahmeverordnungen. Auf der anderen Seite wird allerdings alles geregelt, was zu regeln ist, zum Beispiel Änderungen an mehr als zwanzig bisher schon geltenden Verordnungen, die Zusatzstoff-Zulassungsverordnung genauso eingeschlossen wie die Diät- und die Fertigpackungsverordnung.

Von gravierender Bedeutung ist jedoch die seit heute bindend vorgeschriebene Kennzeichnung von Lebensmitteln in Fertigpackungen. Fertigpackungen, das sind laut Gesetz

„alle nach den Bestimmungen des Eichgesetzes verpackten Erzeugnisse, wenn sie in Abwesenheit des Käufers so abgepackt und verschlossen sind, daß die Menge der darin enthaltenen Lebensmittel ohne Öffnen oder wirkliche Änderung der Verpackung nicht verändert werden kann“. Exakter läßt es sich nicht definieren.

Diese Artikel müssen also ab heute genau gekennzeichnet sein, einmal mit dem Namen des Produkts, der sogenannten Verkehrsbezeichnung, die belleibe keine Phantasiebezeichnung sein darf wie beispielsweise Mitternachtsuppe, oder ähnliches. Zum anderen sind auch Name und Firmenbezeichnung des Herstellers aufzuführen und schließlich sämtliche Zutaten in absteigender Reihenfolge ihrer Menge. Die Verbraucher werden sich also daran gewöhnen müssen, daß in Zukunft z. B. bei abgepackter SB-Wurst nicht nur die selbstverständlichen Zutaten wie Rind- und Schweinefleisch, Wasser und Gewürze aufgeführt sind, sondern auch so wenig zutrefflich klingende Bestandteile wie Phosphate, Geschmacksverstärker, Stabilisatoren und Emulgatoren.

Ob das zum Schutz des Normalverbrauers unbedingt erforderlich ist, ist zumindest umstritten, umstritten

ner als die Tatsache, daß die wenigsten darauf Wert legen. Eine kürzlich veranstaltete Umfrage unter Verbrauchern ergab, daß nur 9 Prozent der Befragten diese Angaben immer beachten, 50 Prozent tun es gelegentlich, 41 Prozent jedoch nie.

Was der Verbraucher in Zukunft allerdings mit Gewißheit beachten wird, ist das sogenannte Mindesthaltbarkeitsdatum. Auch dessen Angabe ist ab heute, dem 27. Dezember, vorgeschrieben, und zwar auch für alle fertigverpackten Lebensmittel; selbstverständlich wieder mit Ausnahmen.

Nicht erforderlich ist die Angabe bei Zucker, Salz, Eiern, Honig, Kaffee-Extrakten, Schokolade, Kakao, Bier und bei allen Getränken mit mehr als 10 Prozent Alkohol, ferner nicht bei frischen Backwaren sowie bei Obst und Gemüse. Bei Tiefkühlprodukten aus Fleisch oder Fisch, bei Butter und Frischkäse gilt das Herstellungsdatum, bei Hackfleisch und Bratwurst das Verbrauchsdatum. Für Fruchtsäfte gibt es noch eine Übergangsfrist. Das Lebensmittelrecht hat eben seine Nuancen und bleibt verwirrend.

Die Masse aller Artikel wird jedoch mit der Angabe versehen sein „mindest haltbar bis...“, eben mit dem

sogenannten Mindesthaltbarkeitsdatum. Das ist jedoch weder das Verfallsdatum noch ein letztes Verkaufs- oder Verzehrdatum.

Der Handel muß jedoch damit rechnen, daß die Masse der Verbraucher diese Feinheiten nicht zur Kenntnis nimmt und das Mindesthaltbarkeitsdatum praktisch mit dem Verfallsdatum gleichsetzt.

Daß die Auswirkung der neuen Bestimmungen zu vermehrtem Rücklauf von Produkten führt, die wegen Überschreitung des Mindesthaltbarkeitsdatums nicht mehr absetzbar sind, wird die Folge sein. In der Kalkulation von Herstellern und Handel wird das zwangsläufig einfließen, bezahlen aber muß es der Verbraucher. Doch die Neuordnung hat sicher auch ihre guten Seiten, und nach einer unvermeidlichen Umstellungsperiode werden sich alle daran gewöhnen, auch wenn die Verbraucherverbände sogar in dieser Periode schon wenig Pardon kennen. Dazu der Verkaufsdirektor einer süddeutschen Handelskette: „Zwischen Weihnachten und Neujahr werden die Hausfrauen-Funktionäre in all unseren Märkten auf der Matte stehen und alles genau kontrollieren. Sie haben dafür extra allen Urlaub abgeblasen.“



Mit dem Krügererrand sind Sie gut bedient. Bei uns sind Sie auch gut beraten.

Denn hinter dem Rat, den Sie von uns bekommen, steht langjährige Erfahrung: 1970 haben wir den Krügererrand in Deutschland eingeführt.

Aufgrund dieser Erfahrung sagen wir Ihnen, wo und in welcher der vier Münzgrößen Sie den Krügererrand kaufen sollten und welchen Teil er in Ihrer Geldanlage insgesamt einnehmen sollte.

Der Krügererrand ist die bekannteste Goldmünze der Welt. In allen unseren Geschäftsstellen leicht zu kaufen und zu verkaufen.



Sprechen Sie mit uns über den Krügererrand – auch wenn Sie kein Konto bei uns haben.

Deutsche Bank



ZK berät Plan. Ist Parteichef Andropow dabei?

dpa, Moskau
In Moskau hat gestern hinter verschlossenen Türen eine zweitägige Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPdSU begonnen. Das wurde aus unterrichteten sowjetischen Kreisen bekannt. Wie es heißt, standen am ersten Sitzungstag die Erörterung des Entwurfs des sowjetischen Wirtschaftsplans und des Budgets für 1984 auf der Tagesordnung. Beide Entwürfe werden der am Mittwoch im Krenl beginnenden Wintertagung des Obersten Sowjet (Parlament) zur Verabschiedung vorliegen.

Von Plenarsitzungen des Zentralkomitees sind in der Regel auch personalpolitische Entscheidungen zu erwarten. Sie betreffen die Zusammensetzung des Politbüros, dem obersten sowjetischen Führungsgremium. Falls personelle Veränderungen beschlossen werden sollten, dürfte die Bekanntgabe aber erst heute erfolgen.

Bisher wurde nicht bekannt, ob der 69jährige sowjetische Staats- und Parteichef Yuri Andropow an der Montagssitzung des ZK-Plenums teilnahm. Er war zum letzten Mal am 18. August in der Öffentlichkeit zu sehen gewesen, als er eine Gruppe amerikanischer Senatoren empfing hatte.

Nach offizieller sowjetischer Darstellung soll Andropow, der am 7. November bei der traditionellen Militärparade auf dem Roten Platz zum Jahrestag der Oktoberrevolution gefehlt hatte, eine „Erkältung“ gehabt haben. Er habe sich von ihr wieder erholt und gehe bereits seit Wochen seinen Amtsgeschäften im Krenl nach.

Papst will Ali Agca im Gefängnis treffen

AFP, Rom
Papst Johannes Paul II. wird heute mit dem türkischen Terroristen Ali Agca zusammengebracht, der am 13. Mai 1981 versucht hatte, den Papst auf dem Petersplatz in Rom zu erschießen. Die italienischen Behörden planen schärfste Sicherheitsvorkehrungen. Das Gespräch des Papstes mit dem Attentäter soll in dem Rebibbia-Gefängnis im Nordosten der italienischen Hauptstadt stattfinden.

Johannes Paul wird in der Gefängniszelle zunächst eine Messe zelebrieren. Anschließend will er in dem kleinen Wartesaal des Gefängnisses allein mit dem 25jährigen Agca sprechen, der in einer mittelitalienischen Haftanstalt seine lebenslange Strafe verbüßt. In einem an den Vatikan gerichteten Brief hatte der Türke, „ehrliebe Reue“ bekundet.

General Pinochet erläßt Amnestie

KNA, Santiago
Eine Amnestie für den größten Teil der politischen Gefangenen in Chile, die in möglichst großer Entfernung von der Hauptstadt im Norden oder im Süden des Landes festgehalten wurden, hat der chilenische Staatspräsident General Augusto Pinochet zum Weihnachtsfest erlassen. Dies gab der chilenische Innenminister bekannt. Angaben über die genaue Zahl der Amnestierten machte der Minister nicht. Nach Angaben kirchlicher Quellen in Chile hatten zum Zeitpunkt der Amnestie 73 Männer und Frauen Zwangswohnorte im Inneren des Landes festgehalten. In einer Seitengasse der Einkaufsstraße Oxford Street explodierte am Sonntagabend eine in einem Papierkorb versteckte Bombe der Terroristen, die zwei Menschen leicht verletzte.

Wieder Anschlag der IRA in London

dpa, London
Die irische Untergrundorganisation Provisorische IRA hat nur acht Tage nach dem Bombenanschlag vor dem Londoner Luxus-Kaufhaus Harrods auch Weihnachten wieder in der Millionenstadt zugeschlagen. In einer Seitengasse der Einkaufsstraße Oxford Street explodierte am Sonntagabend eine in einem Papierkorb versteckte Bombe der Terroristen, die zwei Menschen leicht verletzte.

Der Sprengsatz war etwa ein Kilogramm schwer und damit leichter als die Bombe bei Harrods, deren Gewicht auf mehr als zwölf Kilogramm geschätzt wurde. Die Terroristen hatten den Sprengsatz in einem Papierkorb rund 50 Meter von der auch am Weihnachtsabend noch belebten Oxford Street versteckt. Die Bombe explodierte nach Angaben von Scotland Yard ohne jede Vorwarnung. Der angerichtete Sachschaden war gering. Nach Angaben von Chefinspektor Bill Huckleby von der Sonderkommission von Scotland Yard zur Terrorbekämpfung war dies die erste „Weihnachtsbombe“ der irischen Terroristen in London überhaupt. Es wird befürchtet, daß die IRA damit die Kunden vor dem am Wochenende beginnenden Winterschlussverkauf in der Hauptstadt in Angst und Schrecken versetzen will.

Nach dem verheerenden Anschlag vor dem Kaufhaus Harrods, der an dem viktorianischen Gebäude Sachschaden in Höhe von mehreren Millionen Pfund anrichtete, hatte sich die Führung der IRA (irische Republikanische Armee) für den Tod von Zivilisten bei der Explosion „entschuldigt“.

Die CDU hadert mit Vergangenheit, und die FDP hofft auf Zukunft

Identitätsprobleme auch für Börner / Die Entscheidung der Grünen fällt Mitte Januar

Von D. GURATZSCH
Wenn die hessische CDU auf das ablaufende Jahr zurückblickt, dann tut sie es nicht ohne Bitternis. Wie schon so oft in der Vergangenheit unter dem erfolgreichen Landesvorsitzenden Alfred Dregger, hat die Partei auch unter ihrem neuen Chef Walter Wallmann, dem Frankfurter Stadtoberhaupt, das Ziel einer „Wende“ in Hessen verfehlt. Von 45,6 Prozent der Stimmen (1982) sackte sie bei den Landtagswahlen vom 23. September auf 39,4 Prozent, die SPD wurde erstmals seit 1970 wieder stärkste Fraktion. Daß der Umschwung in Bonn, die heillose Wirnis der „hessischen Verhältnisse“ und Wallmanns Fortune in Frankfurt nichts daran geändert haben, drückt die Hoffnungen der Parteifunktionäre, noch jemals die Geschicke des Landes mitbestimmen zu dürfen, gleichsam unter die Frostgrenze ewigen Eises.

Auch die Sorge vor möglichen künftigen Konstellationen der Landespolitik spielt mit. Die in den Wahlen mit CDU-Empfehlungen hochgepöhlte FDP wird trotz aller Treueschwüre zu einem Alptraum für die Unionsstrategen. Sollte es in Hessen zu einem rot-grünen Bündnis kommen, gerieten die Liberalen nämlich in eine Schlüsselposition. Anders als CDU und Grüne, die zu gegebener Zeit durchaus in der Absicht zum Sturz eines mit grüner Hilfe gewählten Ministerpräsidenten zusammenfinden könnten, würde die FDP nur sehr wenig Interesse an einer dann fälligen Neuwahl aufbringen können, dürfte sie doch kaum zum zweitenmal auf CDU-Schützenhilfe rechnen. Allein durch die Enthaltung bei der Vertrauensfrage könnten die FDP-Abgeordneten dann aber zu Rettern Börners werden – eine Ablassung des Ministerpräsidenten rückte damit in aussichtslose Ferne.

Aber auch im entgegengesetzten Fall, beim Zustandekommen einer heute noch als unwahrscheinlich geltenden großen Koalition zwischen SPD und CDU, würden die Freien Demokraten der Union den Weg zur Macht verlegen. Als einzige Oppositionspartei im Landtag neben den Grünen würden sie in ihrer einstigen Hochburg Hessen (die Liberalen hatten hier einmal Stimmenanteile von über 30 Prozent) vermutlich zu ungeahnten Kräften erstarken – natürlich vor allem auf Kosten der Union.

In dieser Situation machen hessische Unionspolitiker zum Jahresausklang griesgrämige Bilanzen auf. Sie erkennen, wie schon so oft in der Vergangenheit der Bundesrepublik, vor allem ihren eigenen Parteifreunden ein gerüttelt Maß Mitschuld an der Niederlage in Hessen zu. Erinnert wird zum Beispiel an die Papiere der Unionspolitiker George

und Albrecht im Vorfeld der Hessenwahl, mit denen Diskussionen über Pläne der Bonner Koalition für den „sozialen Abbau“ ausgelöst und der hessischen SPD Argumente für den Wahlkampf gegeben wurden. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler wird gleich mit zwei Äußerungen zitiert: Der Pazifismus der dreißiger Jahre habe Auschwitz erst möglich gemacht, und die SPD könne zur „Fünften Kolonne Moskaus“ werden. Das seien Vorwürfe gewesen, die ganz und gar nicht in den Wahlkampfstil der hessischen CDU gepaßt und die deshalb der SPD Munition geliefert hätten.

Auch Minister Blum mit seinem vertraulichen Arbeitspapier über die Heraussetzung der flexiblen Altersgrenze für Frauen, Franz Josef Strauß mit seiner Einföhrung des Milliardenkredits an die „DDR“ und seiner anschließenden Schlappe auf dem CDU-Parteitag sowie der unionsinternen Streit um die Kürzung des Mutterschaftsurlaubes wecken in der hessischen Union unguete Erinnerungen. Schließlich – und keineswegs zuletzt – wird auch des „Querschlägers“ aus Stuttgart gedacht: Lothar Späths vorsichtige Distanzierung vom Bau des Kernkraftwerkes in Wyhl sei Wasser auf Holzer Börners Mühen gewesen.

Indes, mit Identitätsproblemen steht die hessische CDU am Jahreswechsel 1983/84 keineswegs allein. Die SPD hat Börners chameleonhafte politische Verführung noch keineswegs verarbeitet. Die Blockade von Investitionen durch die Verhandlungen mit den Grünen und die Entwicklungen der Landesregierung in gerichtliche Nachprüfungen irritieren den Gewerkschaftsbund und den konservativen Altwählerstamm besonders in den starken nordhessischen Bastionen der SPD. Regierunsmitglieder machen keinen Hehl daraus, daß sie ein „Abrutschen der Basis“ befürchten, wenn das Gezielte mit den Grünen ewig weitergeht.

Auf der anderen Seite fühlt sich die Partei durch die Bundespolitik ihrer Bonner Strategen auf der ganzen Linie bestätigt. Der Ministerpräsident hat mit seinem Zickzackkurs offensichtlich eine Art Vorreiterrolle für bundesweite Aufwärtstendenzen der SPD übernommen. Er war es, der auf dem Münchner SPD-Parteitag nicht nur die wirtschaftliche und sozialpolitische Strategie der Gesamt-SPD formuliert und vorweggenommen hat (siehe seine Vorschläge für die Ergänzungs- und Arbeitsmarkt-

abgabe), sondern auch den energiepolitischen Kurs eines allmählichen Abrückens von der Kernenergie.

Aus seiner Regierungsmannschaft ist zudem auch das sachpolitische Grundsatzprogramm für die rot-grüne Annäherung, das Papier „Arbeit und Umwelt“, hervorgegangen. Und schließlich hat auch kein anderer als Börner schon vor über einem Jahr öffentlich Zweifel an der atomaren Abschreckungsstrategie angemeldet.

Von diesen Positionsverschiebungen führt ein direkter Weg zu den „fairen“ Verhandlungen mit den Grünen, in die Börner vor einigen Wochen unter tausend Beschäftigungsformeln für seine Altwähler eingetreten ist. Da der Regierungschef seine wundersame Wandlung schon vor Beginn der Verhandlungen vollzogen und verkündet hatte, kommt es auf den Anteil der Grünen an Regierungsverantwortung nachgerade kaum noch an. Börner kann sich am Verhandlungstisch wieder und wieder auf eigene Positionen berufen und braucht dem grünen Team in den öffentlich geführten Diskussionen kaum einen Stich zu lassen. Sollten die Verhandlungen scheitern, könnte er nach Verschiebung des überfälligen Haushalts 1983 bis auf weiteres als unsterblicher geschäftsführender Ministerpräsident im Amt bleiben und auf eigene Faust „grüne Politik“ machen.

Vor diesem Hintergrund sind die jüngsten Entwicklungen in Hessen zu verstehen. Die CDU möchte mit ihrem Gang zum Staatsgerichtshof einer Fortführung der geschäftsführenden Amtspraxis einen Riegel vorschieben. Die Grünen mit einem „Vorbehalt“, an den sie ihre Zustimmung zum Haushalt 1983 knüpfen wollen. Die Wahl eines Ministerpräsidenten und die Verabschiedung des Haushalts 1984 halten sie neuerdings erst im Mai oder Juni kommenden Jahres für möglich. Denn für eine positive Bewertung der Verhandlungsergebnisse durch die Mitte Januar tagende grüne Mitgliederversammlung reichen die erzielten Vereinbarungen noch nicht aus, erklären plötzlich die bisher so verbindlichen grünen Verhandlungsführer Karl Kerschgens und Roland Kern.

Dahinter verbirgt sich ein durch den Verhandlungsgang gestärktes neues Selbstbewußtsein der Partei, die bei den Septemberwahlen von 8,0 Prozent (1982) auf 9,9 Prozent Wählerstimmen abgeschmolzen war. Denn die Hoffungsformel der Liberalen nährt auch bei den Umwelt-schützern grüne Hoffnungen. Würde sich die SPD in eine große Koalition flüchten, könnten die Grünen im Landtag nach Herzenslust opponieren. „Dann sind wir bei den nächsten Wahlen zweistellig“, frohlockt ein grüner „Reformist“.

Erfolge der Bremer Raumfahrt-Technik beflügeln auch die Opposition

CDU-Vorstoß in Bonn: Budget soll bis 1988 auf fast eine Milliarde aufgestockt werden

W. WESSENDORF, Bremen
Der gelungene Höhenflug des Bremer Weltraumlabs Spacelab hat auch die CDU des kleinsten Bundeslandes beflügelt. Bastelle der Landesarbeitskreis Forschung, Technologie, Energie bislang mehr oder weniger in geschlossener Gesellschaft an einem Raumfahrtprogramm der CDU, wagt er nun in Bonn den Vorstoß. Treibende Kräfte dabei sind der Bremer CDU-Chef Bernd Neumann sowie der Vorsitzende des Arbeitskreises und ERNO-Direktor Manfred Fuchs (ERNO-Raumfahrttechnik Bremen).

Gleich nach dem spektakulären Start des Weltraumlabs im Bauch des amerikanischen Orbiters „Columbia“ in Cap Canaveral (Florida) richteten Neumann und Fuchs ein Schreiben an die Bundesregierung, um weitere Meilensteine in der bemannten Raumfahrt zu setzen. Fuchs, der als einer der Väter des Spacelab gilt, zur WELT: „Die Führung in Europa in der bemannten Raumfahrt muß jetzt durch eine langfristige Kooperation mit den Amerikanern ausgebaut und abgesichert werden.“ Der dazu vorgeschlagene Weg wurde von dem Bremer CDU-Arbeitskreis mit den entsprechenden Landesparlamenten des Rheinlandes und Baden-Württembergs abgestimmt.

Das Herzstück des vorgelegten Papiers stellt die Beteiligung an der geplanten amerikanischen Raumstation dar. Dabei soll ein eigenständiges Raumstationsmodul zunächst an die US-Raumstation angedockt werden. Später kann es laut Fuchs auch autonom arbeiten. Auf der Basis des Raumlabors haben die Bundesrepublik und Italien dieses Projekt schon in Angriff genommen. Sie nennen es „Columbus“.

Die Christdemokraten fordern allerdings eine Steigerung des Raumfahrtbudgets von durchschnittlich 6,8 Prozent pro Jahr für die nächsten Jahre, um die Projekte zu realisieren. Das macht bis 1988 fast eine Milliarde Mark aus. In der mittelfristigen Finanzplanung sind dagegen bis 1987 nur etwa 800 Millionen Mark vorgesehen. Die Bundesrepublik dürfe mit ihren großen Vorleistungen nicht eines Tages hinter die konkurrierenden



Das Weltraumlabor Spacelab wurde in Bremen entwickelt.

FOTO: AP

Länder Frankreich und Japan zurückfallen, die erheblich höhere Mittel investieren, heißt es in der CDU-Raumfahrtprogramm.

So setzt die Bremer CDU darauf, daß der amerikanische Präsident Reagan Anfang 1984 die Pläne für die amerikanische Raumstation festlegen wird, und erwartet, daß Bundeskanzler Kohl im Frühjahr des nächsten Jahres eine langfristige Zusammenarbeit mit den Amerikanern vereinbaren wird.

Die Entwicklungen auf dem Gebiet der Raumfahrt hätten in den vergangenen 20 Jahren der Bundesrepublik die Chance gegeben, eine führende Rolle in Europa zu übernehmen und damit gleichberechtigter Partner im internationalen Rahmen zu werden. Werde diese Möglichkeit nicht genutzt, so entstehe zwangsläufig ein technologischer Rückstand, der erhebliche wirtschaftliche und politische Folgen nach sich ziehe. Das hohe Innovationspotential raumfahrttechnischer Entwicklungen habe eine weitreichende Ausstrahlung auch in andere Bereiche der Technik, heißt es in dem Programm.

Hat der erste Flug des Spacelab den Ruf Bremens als Stadt der Luft- und Raumfahrt aufpoliert, wird die Zukunft der Bremer Raumfahrttechnik noch heller strahlen. Der am 12. Dezember von Postminister Schwarz-Schilling (CDU) in Auftrag

gegebene Bau des deutschen Fernmeldestellensystems „DFS Kopernikus“ beschreibt den Bremern und ihren Ottonbrunnen Kollegen (Raumfahrtbereich MBB) Arbeiten im Gegenwert von rund 500 Millionen Mark.

Der Höhenflug geht damit weiter, mit dem deutschen Fernmeldestellensystem in eine den Bremern längst geläufige geostationäre Bahn (36 000 Kilometer über dem Äquator). Dort arbeiten schon viele Nachrichtensatelliten mit der Bremer und Ottonbrunnen Präzisionshandchrift, die seit zwei Jahren in einem von der Bundesregierung gebauten Boot (Fusion MBB-VFW) sitzen.

Darüber hinaus hält die CDU auch eine engere Zusammenarbeit mit den Franzosen bei der Weiterentwicklung der Trägerrakete Ariane 5 für notwendig. Ihre zweite Stufe wird bei ERNO gebaut. „DFS Kopernikus“ soll 1987 mit der Ariane hochgeschossen werden. Für Bremen bedeutet dies die langfristige Sicherung von rund 1000 Arbeitsplätzen bei MBB/ERNO“, meinte Fuchs. Zudem könnten sogar neue Stellen geschaffen werden. Ein für Bremen bedeutender Aufschwung, denn seit 1971 ist die Zahl der direkt in der Raumfahrt Beschäftigten erheblich zurückgegangen. Sie verringerte sich von 5700 Mitarbeitern um 40 Prozent auf 3300 in 1983.

Berlin will Integration der Ausländer verbessern

Islamischer Religionsunterricht / Türkisch Zweitsprache

F. DIEDERICH, Berlin
„Zukunft durch Zusammenleben“ – unter dieser Schlagzeile beschloß der Berliner Senat jetzt eine Reihe von Integrationsprojekten für Ausländer, die in der Verwaltung von Sozialsenator Ulf Fink (CDU) erarbeitet wurden. Das Programm der „Berliner Integrationen“ enthält dabei auch ein Vorhaben, das an der Spree von Ausländerexperten als „längst überfällig“ eingestuft wird.

Denn während in Nordrhein-Westfalen und mehreren anderen Bundesländern seit rund zwei Jahren islamischer Religionsunterricht als offizieller „Probelauf“ stattfindet, will jetzt Berlin – mit 145 000 türkischen Mitbürgern die größte türkische Stadt außerhalb der Türkei – ebenfalls Möglichkeiten erarbeiten, islamische Religionslehren an den öffentlichen Schulen zu verbreiten. Die Entscheidung fiel nach jahrelangen Diskussionen im Senatsausschuß für Ausländerfragen, um „den religiösen Bedürfnissen der muslimischen Bevölkerung gerecht zu werden“, so die offizielle Begründung.

Vorerst sind im neuen Jahr zwei Stunden Religionsunterricht in der Woche geplant. Sie werden allerdings, aus rechtlichen Erwägungen, noch nicht in den öffentlichen Schulen angeboten, sondern vorerst im Rahmen des „muttersprachlichen Ergänzungunterrichts“ stattfinden, der unter der Regie des türkischen Generalkonsulats steht. Berlin will, vor einer offiziellen Einführung des islamischen Unterrichts, wie andere Bundesländer eine von der Kultusminister-Konferenz in Arbeit gegebene Studie abwarten, die vor allem die rechtlichen Aspekte eines derartigen Unterrichts klären und die im Januar 1984 vorliegen soll.

Geklärt werden müsse vor allem, so Senatsdirektor Jochen Koch vom Berliner Schulsenator gegenüber der WELT, ob die Lehre islamischer Glaubensgrundsätze wie die Stellung der Frau oder die Grundsätze der Ehe den verfassungsrechtlichen Anforder-

ungen des deutschen Grundgesetzes standhalte. Bisher sei der Islam noch nicht als Religionsgemeinschaft im Sinne des deutschen Rechts anerkannt.

Für Berlin ergibt sich jedoch auch nach Klärung verfassungsrechtlicher Fragen noch eine besondere Situation, die die Spree-Metropole nur noch mit Bremen gemeinsam hat. Nach der sogenannten „Bremer Klausel“ läuft Religionsunterricht in diesen beiden Ländern in alleiniger Verantwortung der Kirchen, während in den übrigen Bundesländern die staatliche Schulaufsicht des Landes die Richtlinien stellt. Die Kirchen in Berlin, so Senatsdirektor Koch, stünden jedoch den Senatsplänen zur Einführung des islamischen Unterrichts „offen gegenüber“.

Neben dem islamischen Religionsunterricht sieht das Integrationsprogramm des Senats seit September 1982 weitere wichtige Schritte zur schulischen und beruflichen Förderung der zweiten und dritten Ausländergeneration vor. Den Hintergrund zu diesen Maßnahmen bildet ein gesteigertes Anteil ausländischer Hauptschulabgänger mit Abschuß, der im Schuljahr 1981 von 51,1 Prozent, 1982 dagegen schon 60 Prozent betrug. Zugunommen habe, so die Senatschulverwaltung, ebenfalls die Zahl ausländischer Schüler auf den Real- und Gesamtschulen sowie den Gymnasien.

Eine weitere Möglichkeit zur Verbesserung der Integration der Ausländer versucht die Senatschulverwaltung derzeit in einem Modellversuch, der gleichzeitig in Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und jetzt auch Niedersachsen läuft und den Ersatz der Fremdsprache Englisch durch die Muttersprache des Schülers vorsieht. 800 türkische Grund- und Hauptschüler lernen in Berlin derzeit Türkisch statt Englisch – rund 2000 der insgesamt 4000 jungen Türken pro Jahrgang, so rechnet der Senat, sollen es bei einem Erfolg des Modells künftig sein.

Die letzte S-Bahn-Runde nur noch eine „Formsache“

Nach zehn Treffen folgen jetzt technische Gespräche

F. DIEDERICH, Berlin
Morgen treffen in Ost-Berlin die Unterhändler des Berliner Senats und der „DDR“-Reichsbahn zur letzten Verhandlungsrunde für die Übernahme der S-Bahn in Westberliner BVG-Regie zusammen. Ein letztes Mal soll der seit dem 31. Oktober in zehn fast gänzlichigen Treffen ausgearbeitete Vertragstext „redaktionell überarbeitet werden“, so der Berliner Senatssprecher Meinhard Ade.

Politische Beobachter rechnen damit, daß diese letzte S-Bahn-Runde von ihrer Kürze alle bisherigen übertrafen dürfte. Zwar wurden über die Weihnachtstage die ausformulierten Vertragstexte zur Überprüfung auf die höchsten politischen Schreibtische im West- und Ostteil der Stadt gelegt. Da jedoch bei allen Gesprächen beide Seiten bewußt auf die Berührung statusrechtlicher Fragen verzichteten – alliierte Sprecher kommentierten den Verhandlungsablauf jetzt als „beispielhaft“ – rechnet niemand mehr mit ernsthaften Hemmschub.

Die alliierte Zustimmung zu dem Vertragstext wird in Senatskreisen ebenfalls nur noch als „Formsache“ apostrophiert und noch für diese Woche erwartet. Der Papierkrieg des Vertrags, nach Ansicht des Senatsprechers, noch in diesem Jahr möglich, wird dann voraussichtlich in der ersten Januarwoche die endgültige Unterzeichnung der Vereinbarung folgen – ein Akt, der in Ost-Berlin

über die Bühne gehen wird. Auch nach dieser Formale sind noch zahlreiche weitere, technische Expertengespräche vorgesehen, die sich vor allem mit der Zukunft der stillgelegten S-Bahn-Anlagen beschäftigen sollen, denn der Berliner Senat wird vorerst nur 40 der insgesamt 140 in West-Berlin vorhandenen Streckenkilometer unter neuer Regie der Berliner Verkehrs-Betriebe (BVG) betreiben lassen.

Als ausschlaggebend für die äußerst zügige Verhandlungsführung wird in Berlin vor allem der Besuch Richard von Weizsäckers bei Erich Honecker im September dieses Jahres bewertet. Mit politischem Feingespür habe Weizsäcker bei diesem Gespräch der „DDR“ vor allem den aufkommenden Wind einer Drohung aus den Segeln genommen, die S-Bahn zum Jahresende gänzlich einzustellen, falls es zu keiner der „DDR“-gemeinhin Übereinkunft käme.

Weizsäcker ließ während seiner Honecker-Visite offensichtlich keinen Zweifel daran, daß bei einer derartigen Verhärterung der Standpunkte der Berliner Senat ebenfalls auf „sturm“ schalten würde – mit dem Argument, die „DDR“ allein hätte bei einer völligen Einstellung der S-Bahn in der Öffentlichkeit die Schaffung von 2000 „Reichsbahn“-Arbeitslosen zu verantworten. „Dieses Gespenst wollte die DDR natürlich nicht heraufbeschwören“, kommentierte ein Berliner Senatspolitiker.

Flick-Vergünstigung: SPD kritisiert Haus Lambsdorff

„Entscheidung trotz Deutlichkeit der Fakten vertagt“

Der SPD-Abgeordnete Dieter Spöri hat dem Wirtschaftsministerium in Bonn vorgeworfen, es vertage trotz „aller Deutlichkeit“ der Fakten die Entscheidung über die Rücknahme der Flick-Gruppe für Kapitalanlagen in den US-Mischkonzern Grace. Diese Überprüfungen, die sich auf die Einhaltung von Flick-Zusagen gemäß dem Auslandsinvestitionsgesetz beziehen, soll nach Angaben eines Sprechers des Wirtschaftsministeriums in der vergangenen Woche spätestens im Januar abgeschlossen sein.

Steuerexperte Spöri begrüßte es im Namen der SPD, wenn nach monatelangen Zögern endlich die Steuerbegünstigungen für Flick zurückgenommen werden sollten. Die Fakten müßten zwingend zu dieser Rücknahme führen, erklärte Spöri. Deswegen könne das Wirtschaftsministerium seine Verantwortung „für den größten Subventionskandal in der Geschichte der Bundesrepublik nicht mehr länger verheimlichen“. Es gehe nicht um die Anklageerhebung gegen Graf Lambsdorff wegen Bestechlichkeit, sondern allein um die „politische Verantwortung für eine skandalöse Subventionsentscheidung“, für die Lambsdorff als zuständiger Minister geradestehen müsse.

Die SPD-Abgeordnete Dieter Spöri hat dem Wirtschaftsministerium in Bonn vorgeworfen, es vertage trotz „aller Deutlichkeit“ der Fakten die Entscheidung über die Rücknahme der Flick-Gruppe für Kapitalanlagen in den US-Mischkonzern Grace. Diese Überprüfungen, die sich auf die Einhaltung von Flick-Zusagen gemäß dem Auslandsinvestitionsgesetz beziehen, soll nach Angaben eines Sprechers des Wirtschaftsministeriums in der vergangenen Woche spätestens im Januar abgeschlossen sein.

Steuerexperte Spöri begrüßte es im Namen der SPD, wenn nach monatelangen Zögern endlich die Steuerbegünstigungen für Flick zurückgenommen werden sollten. Die Fakten müßten zwingend zu dieser Rücknahme führen, erklärte Spöri. Deswegen könne das Wirtschaftsministerium seine Verantwortung „für den größten Subventionskandal in der Geschichte der Bundesrepublik nicht mehr länger verheimlichen“. Es gehe nicht um die Anklageerhebung gegen Graf Lambsdorff wegen Bestechlichkeit, sondern allein um die „politische Verantwortung für eine skandalöse Subventionsentscheidung“, für die Lambsdorff als zuständiger Minister geradestehen müsse.

Paris ersetzt aus Iran ausgewiesene Diplomaten

Die französische Regierung will die drei Diplomaten, die von Iran ausgewiesen wurden, durch andere ersetzen. Ein Sprecher des französischen Außenministeriums sagte, Frankreich sehe zwischen der Ausweisung und der von seiner Regierung verfügten Schließung des iranischen islamischen Zentrums in Paris keinen Zusammenhang.

Frankreich hatte im Zusammenhang mit der Schließung drei iranische Diplomaten des Landes verwiesen. Die iranische Nachrichtenagentur IRNA berichtete, die iranischen Diplomaten sowie einige ebenfalls ausgewiesene Studenten, seien vor ihrer Ausreise am Samstag von der französischen Fremdenpolizei mißhandelt worden.

Der Schließung des islamischen Zentrums war die Schließung französischer Institute in Teheran vorausgegangen. Der iranische Ministerpräsident Mir-Hossein Musawi erklärte, Frankreich stehe im Krieg gegen Irak auf der Seite des Gegners. Der Abbau des französischen Botschaftspersonals werde „die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf das niedrigste mögliche Niveau“ bringen.

Blockierer fühlen sich provoziert

dpa, Mutlangen
Während derseits Wochen andauernden Blockaden in Mutlangen (Baden-Württemberg), dem Stationierungsort amerikanischer Pershing-2-Raketen, werden die „Friedensgruppen“ nach eigenen Angaben zunehmend von Teilen der Bevölkerung „proviziert“. Wie ein Sprecher ihres Mutlanger Büros erklärte, drohen einige Gegner der Blockade mit der Gründung einer „Bürgerwehr“. Zudem sei es zu Sachbeschädigungen gekommen. Derzeit laufe außerdem eine Unterschriftenaktion für eine „Demonstrationsfreie Zone Mutlangen“. Der Polizeistandort eigenen Angaben nichts von Zwischenfällen bekannt.

Der „Dauerpräsenz“ der Atomwaffengegner in Mutlangen werde allerdings von einem Großteil der einheimischen Bevölkerung Gleichgültigkeit oder Sympathie entgegengebracht, meinte der Sprecher des Blockade-Büros. Seit Beginn der Aktionen vor mehreren Wochen seien rund 350 Blockierer zur Feststellung der Personalien festgenommen worden.

Sofia spricht von Gefahr für Antonow

dpa, Sofia
Bulgarien befürchtet offenbar einen Anschlag auf das Leben von Sergei Iwanow Antonow, der für die italienische Justiz lange Zeit als Hauptverdächtiger im Zusammenhang mit dem Papst-Attentat von 1981 galt. Die bulgarischen Behörden baten den italienischen Behörden die Zusammenarbeit zum Schutz Antonows an, der kürzlich aus der Untersuchungshaft in Rom entlassen und unter Hausarrest gestellt worden war.

Der Direktor der amtlichen bulgarischen Nachrichtenagentur BTA, Bojan Trajkow, warnte gestern in Sofia davor, daß die wirklichen Hintermänner des Papst-Attentats jetzt versuchen würden, Antonow zu töten. Er forderte die „sofortige und bedingungslose Freilassung“ von Antonow.

Der ehemalige Angestellte der bulgarischen Luftfahrtgesellschaft „Balkan Air“ in Rom war am 25. November 1982 in Untersuchungshaft genommen worden. Der zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilte türkische Papst-Attentäter Mehmet Ali Agca hatte ausgesagt, daß der 36jährige Antonow ihm im Auftrag des bulgarischen Geheimdienstes bei der Planung und Ausführung des Anschlages auf Papst Johannes Paul II. am 13. Mai 1981 geholfen habe.

Diese Vorwürfe gegen Antonow waren aber in den vergangenen Monaten immer mehr durch widersprüchliche Aussagen des Türken entkräftet worden. Bulgarien hatte nach der Haftentlassung Antonows erklärt, es sei jetzt „völlig klar, daß weder Antonow noch Sofia mit dem Attentat auf den Papst etwas zu tun“ hätten.

Mehr Ausschuß als verkäufliche Ware

rr, Moskau
In der sowjetischen Wirtschaft gehen jährlich durch die Produktion von Ausschußware Millionen Rubel verloren. Allein in diesem Jahr seien im Bereich der Konsumgüter- und Elektroindustrie fehlerhafte Waren im Wert von mehr als 70 Millionen Rubel (knapp 250 Millionen DM) produziert worden, berichtete das Gewerkschaftsorgan „Trud“. In einigen Betrieben sei die Lage so kritisch, daß der Ausschuß die verkäufliche Ware übersteige. Das Grundproblem sei, daß die industrielle Entwicklung immer noch in Quantität statt in Qualität gemessen werde. Es sei an der Zeit, diese Kriterien zu ändern, schrieb „Trud“.

DIE WELT (Ausg. 602-603) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Mubarak rückt wieder an die arabische Seite

Aber die USA bleiben als Partner lebensnotwendig

PETER M. RANKE, Kairo
Der schweigsame und zurückhaltende Präsident Hosni Mubarak gilt bei den Ägyptern jetzt als geschickter Taktiker und als schlauer Wüstenfuchs, der das Land zurück ins arabisch-moslemische Lager führt. So wird in Kairo allgemein die Verständigung zwischen Mubarak und PLO-Chief Arafat gewertet, die nach Meinung politischer Beobachter Arafats Rest-PLO eine neue politische Basis in Ägypten und Jordanien schaffen soll.

Aus diplomatischer Quelle verlautet, daß die Begegnung Mubarak mit

AGYPTEN

Arafat von Außenminister Kamal Hassan Ali in Washington vorbereitet worden ist. Es gab in Washington keine Einwände gegen Mubaraks Wunsch, da Ali versicherte, Arafat wolle eine politische Lösung der Nahost-Probleme.

In Kairo wird auch die Version verbreitet, Washington habe das Treffen angeregt. Jedenfalls will die ägyptische Seite den Eindruck vermeiden, sie sei gegen den Willen Washingtons aktiv geworden. Daß Arafat sich nach der Begegnung mit Mubarak dem alten ägyptischen Wunsch angeschlossen hat, die PLO solle eine Exil-Regierung bilden, kommt Kairo genauso entgegen wie Arafats Äußerung, die Verständigung mit Mubarak diene der arabischen Einheit.

Daß Mubarak mit mächtigen Schwimmschiffen aus arabischen Ufern eilt, ist zwei Jahre nach dem Tod Sadats durch die Lahmlegung des Friedensprozesses mit Israel offenkundig. Während Jordanien gerade ein neues Handelsprotokoll mit Kairo unterzeichnete und jede Beschränkung aufhob, zeigt sich neben den Radikalen wie Syrien und Libyen vor allem noch Saudi-Arabien reserviert wegen des Friedensschlusses Kairo-Jerusalem 1979. Ägypten wurde auf saudischen Wunsch nicht zum Gipfel der Islamischen Konferenz im Januar nach Casablanca eingeladen, und Mubarak soll zum arabischen Gipfel Ende März in Riad erst erscheinen dürfen, wenn die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt sind.

In Kairo wird befürchtet, daß die Saudis für diese Wiederaufnahme harte Bedingungen stellen werden wie das Verschwinden des israelischen Botschafters aus Kairo oder gar wie in Sudan die Einführung der islamischen Scharia-Rechtsprechung. Das würde zwar die oppositionellen Fundamentalisten in Ägypten beruhigen, Mubarak aber den Widerstand der acht Millionen christlichen Kopten eintragen.

Entwicklungspolitik vor „Dekade der Anpassung“

Die Unido in Wien soll noch wirksamer werden

MANFRED NEUBER, Wien
Die Organisation für industrielle Entwicklung (Unido) mit Sitz in Wien muß auf die geplante Aufwertung zu einer eigenständigen Sonderorganisation der Vereinten Nationen weiter warten. Finanzielle Zurückhaltung im Westen und politische Motive im Osten halten die Ratifizierung der neuen Unido-Statuten auf.

Der Beschluß über die Umwandlung der Unido in eine selbständige Unterorganisation von gleichem Range wie die Unesco (Kultur) und die FAO (Ernährung) wurde im Mai dieses Jahres gefaßt. Sie soll der Unido eine größere finanzielle Unabhängigkeit von der UNO-Zentrale in New York und somit auch mehr Handlungsspielraum geben.

Bisher obliegen wichtige Budget- und Personalentscheidungen dieser Organisation, die multilaterale Entwicklungshilfe in der Dritten Welt leistet, dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen. Das bringt bürokratischen Leerlauf und erhöhte Kosten mit sich. Die beabsichtigte Aufwertung der Unido kommt auch der UNO-City in Wien zugute.

Kurz vor Jahresende 1983 haben zwar mehr als hundert Mitgliedstaaten die neue Verfassung der Unido ratifiziert, doch wird mit der formellen Umwandlung jetzt nicht vor Anfang 1985 gerechnet. Schuld an dem Aufschub sind in erster Linie die Sowjets, die personelle Vorbedingungen an ihre Zustimmung geknüpft haben. Notfalls will man jedoch ohne Moskau den Status verändern.

Ostblock sperrt sich

Die Ostblockstaaten sperren sich gegen marktwirtschaftlich konzipierte Projekte der Unido und wollen der Dritten Welt ihre sozialistische Planwirtschaft aufdrängen. Ohne auf die Ratifizierung durch den Kramel zu warten, sind allerdings schon Rumänien und Ungarn der neuen Satzung der Unido beigetreten.

Nachdem die Vereinigten Staaten wie auch die Bundesrepublik Deutschland diesen Schritt vollzogen haben, sind rund 83 Prozent des künftigen Haushalts der Unido gezeichnet. Strengegenommen reichen Zusagen über 80 Prozent der Finanz-

Daß die Saudis die Begegnung Arafat-Mubarak mißtrauisch beurteilen, zeigt sich daran, daß sie Arafat den Landgang in Jeddah verweigerten und weder ihn noch seine „Kämpfer“ begrüßten. Die Saudis wollen wissen, welche PLO sich aus den Machtkämpfen herauschält und welche Rolle Arafat überhaupt noch spielen kann.

Der Augenschein in Kairo beweist, daß der arabische „Boykott“ oder die „Isolierung“ Ägyptens nach Camp David immer übertrieben wurde, um die USA und Westeuropa zu stärkerer Wirtschaftshilfe zu mobilisieren. Die Flüge der Jordanier, Iraker und Saudis nach Kairo wurden längst wiederaufgenommen oder waren gar nicht unterbrochen. Keiner der drei Millionen Ägypter, die in arabischen Ländern arbeiten und jährlich 2,8 Milliarden Dollar überweisen, wurde aus politischen Gründen nach Hause geschickt.

Außenminister Kamal Hassan Ali besuchte Jordanien, Marokko und Irak. Der arabische Sommertourismus vom Golf macht bis zu dreißig Prozent des gesamten Tourismus am Nil aus, und private Gelder der Öl-Araber stecken längst wieder in die ägyptischen Wirtschaft. Was Kairo noch fehlt, sind hohe Kredite und Investitionen der Banken und Regierungen am Golf zur Ergänzung der westlichen Hilfe.

Allein die USA zahlen jährlich bis zu 2,3 Milliarden Dollar an Militär- und Wirtschaftshilfe, jeder zweite Brotfladen wird aus US-Weizen gebacken. Ägypten muß für sieben Millionen Dollar täglich Nahrungsmittel importieren oder subventionieren. Die finanzielle Erleichterung, die man durch Einsparung von Rüftungsausgaben im Frieden erwartet hatte, ist durch die neue Auf- und Umrüstung nicht eingetreten.

Die westliche Hilfe kann und will Mubarak nicht gefährden, zumal er erkannt hat, daß der Frieden mit Israel zumindest eine positive Seite hat: Ägypten erhält westliche Waffen in früher unerreichter Größenordnung und Qualität und exportiert sie zum Teil weiter an arabische Länder.

Kairo kann gut ohne diplomatische Beziehungen zu Ländern wie Saudi-Arabien auskommen, lebenswichtig bleibt das Verhältnis zu Amerika. Die Beziehungen zu Israel sind von untergeordneter Bedeutung, solange es keinen völligen Zusammenbruch der Friedensabmachungen gibt. Mubarak wird daher weiter so operieren wie bisher: schrittweise zur Vormacht gegen Syrien. Zusammen mit Jordanien und gemäßigten Palästinensern. Mit Zustimmung der USA und ohne Rücksicht auf Israel. (SAD)

Bignone darf Argentinien nicht verlassen

rr, Buenos Aires

Ein argentinischer Richter, der das Verschwinden von Zivilisten während der Herrschaft des Militärs untersucht, hat dem früheren Staatspräsidenten Reynaldo Bignone verboten, das Land zu verlassen. Das gleiche Verbot trifft nach Angaben aus Justizkreisen vom Montag rund 20 Polizei- und Militäroffiziere.

Das Ausreiseverbot erging nach diesen Angaben im Zusammenhang mit den Ermittlungen im Fall Alfredo Giorgi - ein Techniker, der im November 1978 verschwunden war. Bignone sei in diesen Fall verwickelt, hieß es, weil er zu dieser Zeit einer militärischen Aufklärungseinheit angehörte, die von General Guillermo Suarez Mason geführt wurde.

Menschenrechtsgruppen gehen davon aus, daß in den 70er Jahren in Argentinien rund 30 000 Menschen verschwunden und ermordet worden sind. Bignone, der am 10. Dezember dem gewählten Präsidenten Raul Alfonsín die Macht übergeben hatte, war auch wegen der illegalen Verhaftung von zwei Rekruten sowie von Kommunisten angeklagt worden, die seit 1978 verschwunden sind.

In der vergangenen Woche hatte nach dem argentinischen Abgeordnetenhaus auch der Senat das Amnestie-Gesetz aufgehoben, mit dem die abgetretene Militärgewalt die strafrechtliche Verfolgung von Armeangehörigen wegen Gewaltverbrechen während des „schmutzigen Krieges“ verhindern wollte.

An der Straße von Hormuz hat Oman die Wächterrolle übernommen

Von CARL-H. PIERK

Es herrscht Ausflugsstimmung. Der Pilot des Militärhubschraubers, dessen Helm ein Abziehbild aus der Muppets-Show ziert, prophezeit: „Auch im Norden ist alles ruhig.“ Er meint die meteorologischen Verhältnisse. Pünktlich um 9.45 Uhr haben wir vom Hauptquartier der Streitkräfte des Sultanats Oman ab zum Flug in eine politisch brisante Wetterecke: der Straße von Hormuz. Zwei Stunden dauert der Flug. Zunächst knattert der Hubschrauber den Palmengürtel der Batinah-Küste entlang. Unter uns entfaltet sich ein für dieses karge Land ungewöhnliches Bild: Grün, so weit das Auge reicht. Die Schule für Landwirtschaft des Sultanats, in der 164 Kilometer von der Hauptstadt Muscat entfernten maleisischen Stadt Nizwa beheimatet, hat hier eine Gärtnerei nach der anderen aufgebaut.

Der Helikopter dreht zum offenen Meer ab. Im Golf von Oman sehen wir die Tanker-Rallye. Fünfzehn Schiffe zählen in der Höhe des Territoriums der Vereinigten Arabischen Emirate. Dann ändert sich die Szene, wir scheinen einer Mondlandschaft entgegenzufliegen. Der Pilot findet seine Route durch zerklüftete Felsenbarrieren, steuert schließlich auf die Halbinsel Musandam zu, eine omanische Exklave. Unter uns wilde Steilküsten, blaues Meer, kleine Inseln.

Plötzlich taucht die Musandam Na-

val Base auf. Wir fliegen eine Schleife, erblicken unter uns einige Küstenwachboote und setzen staubwirbelnd auf einem steinigen, kaum markierten Landeplatz auf. Neben einer Moschee ducken sich langgestreckte Unterkünfte für die Marinesoldaten. Auf einer Anhöhe, nur dank der Antennen zu erkennen, schlägt das elektronische Herz des Stützpunktes.

„Wir zählen Schiffe“, erläutert Commander Carrington, ein braungebrannter Brite, die Aufgabe seiner Leute. Carrington zählt zu den 530 Engländern, die London an die 20 450 Mann zählende Streitmacht des Sultanats ausgeliehen“ hat. Schiffszählen, das ist britisches Understatement. Es geht um die Überwachung der vor der omanischen Küste gelegenen Straße von Hormuz, die an ihrer engsten Stelle zu Iran 40 Kilometer breit und 80 Meter tief ist. Durch dieses Nadelöhr kommen 60 Prozent der westlichen Ölversorgung aus dem Persischen Golf.

50 Tanker pro Tag

In diesen Dezembertagen sind es pro Tag etwa 50 Tanker, die die Straße von Hormuz passieren. Im Inneren der Beobachtungsstation ist auf einem Bildschirm die Tankerroute zu erkennen. Die Verkehrsroute liegt innerhalb der omanischen Zwölf-Meilen-Zone.

Als Folge amerikanischer Warnungen vor einer Schließung der Straße

von Hormuz haben sich die Spannungen in der Golf-Region verschärft. Iran hatte mit der Verminung des einzigen Zugangs zum Golf gedroht für den Fall, daß der Irak die mit Exocet-Raketen bestückten, aus Frankreich gelieferten Kampfflugzeuge einsetzt. Nervosität hier an der Lebensader des Westens? Der erst 27-jährige Salim Abdullah, Kommandeur des Küstenwachbootes „Al Mujahid“, den wir auf einer Patrouillefahrt in den Golf begleiten, meint: „Die Iraner werden sich zurückhalten, denn sonst haben sie die ganze Welt gegen sich.“

Auch andere Varianten einer Sperrung der Seestraße, etwa das Versenken mehrerer großer Tanker am engsten Punkt der Fahrrinne, der Einsatz von Froschmännern, die Öltanker angreifen und versenken könnten, sieht der vollbärtige Omani nicht als realistisch an. „Jedenfalls nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt.“ Vorerst vertraut Salim Abdullah auf die beiden Großmächte im Hintergrund, denen an einer dramatischen Zuspitzung der Lage im Golf nicht gelegen sein kann.

Sultan Kabus bin Saud, der 43-jährige Herrscher Omans, nimmt die Bedrohung der westlichen Lebensader im Persischen Golf dagegen überaus ernst. Er würde eine mögliche Blockierung der Straße von Hormuz nicht nur als einen Angriff auf sein Land deuten; denn es wären alle Anrainer-

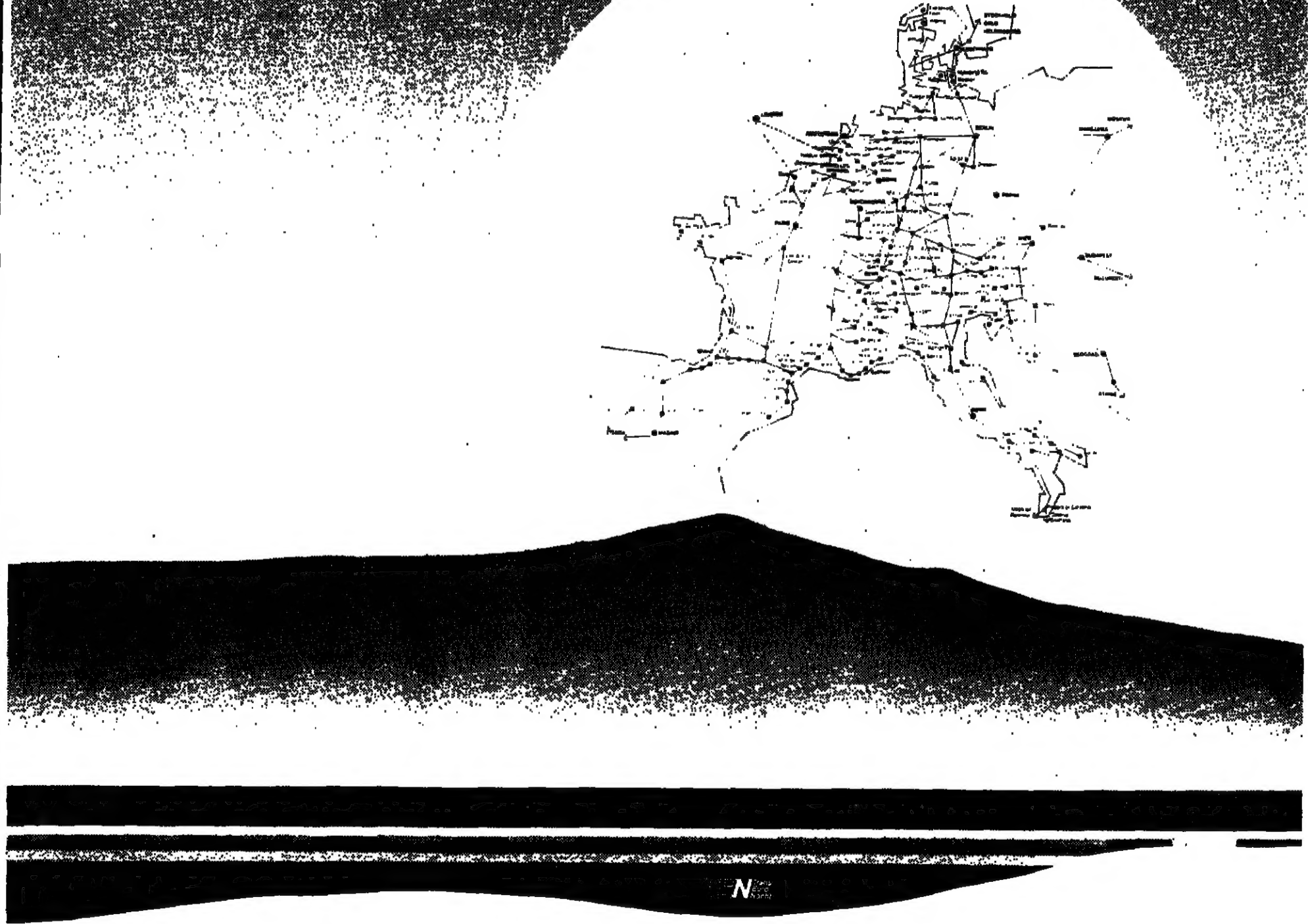
staaten davon betroffen. Der Konflikt würde internationalisiert.

Während des Gesprächs mit Sultan Kabus kommt auch die Frage nach der westlichen Unterstützung zur Sprache. Das Sultanat investiert derzeit 49 Prozent seines Bruttoerzeugnisses in die Sicherung der Straße von Hormuz. Das ist für das Sultanat, das im Zeitalter auf dem Sprung vom Mittelalter zur industrialisierten Gegenwart ist, eine immense Leistung.

15 deutsche Unternehmen

Deutlich sind die Appelle an die deutsche Industrie, mehr im Sultanat zu investieren. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit liegt im Bereich des Bausektors, vor allem beim Straßen- und Hafenbau, bei Kommunikations-einrichtungen (Telefonnetz, Aufbau einer Fernsehstation) und der Errichtung von Anlagen der Grundstoffindustrie (Zementwerke zum Beispiel). Zur Zeit sind in Oman etwa fünfzehn deutsche Unternehmen permanent vertreten (etwa 220 Deutsche leben im Sultanat). Die deutsche Industrie sieht sich in Oman einem starken Konkurrenzdruck durch Japan, Indien und Südkorea ausgesetzt. „Die Japaner meinen eine Waffe in der Hand zu haben, weil sie 90 Prozent des in Oman produzierten Öls kaufen, die Deutschen dagegen nur 0,4 Prozent“, sagt ein hoher Regierungsbeamter.

In Europa ist die Nacht zum Reisen da.



Augen zu – und Sie sind da.

Genießen Sie die erholsame Art zu reisen: im Schlafwagen. Auf unserem dichten Streckennetz erreichen Sie schnell und bequem die größeren Städte in Europa. Über Nacht. Mit allem Komfort, gepflegtem Service – bis hin

zum reichhaltigen Frühstück. Sie kommen ausgeruht und pünktlich an. Und haben den ganzen Tag noch vor sich.

Nähere Informationen bei allen Fahrkartenausgaben, DER-Reisebüros und den anderen Verkaufagenturen der Bahn.

Zeit sparen. Nachts fahren. Im Schlafwagen.

TEN Trans
Euro
Nacht



Nach vier Jahren Krieg verdrängt der Traum von der Einheitsfront den Alptraum bisheriger Zersplitterung



Ex-König Zahir Schah: Repräsentant Afghanistans?

Mohammed Nabi Mohammadi: Eine neue Epoche hat begonnen!

Dr. Hashmatullah Mujaddidi: Sakraltum nach nationalem Dach

Mir Sayed Ghilani: Nichts darf überstürzt werden!

Gulbuddin Hekmatyar: Ablehnung in Bousch und Regen

Juma Khales: Der König ist an allem schuld!

Burhanuddin Rabbani: Einheitsfront ja, König nein! (FOTO: AP/N, Arab (6))

Afghanistan am historischen Wendepunkt

Von WALTER H. RUEB

Afghanistans Widerstand gegen die sowjetische Aggression genießt seit nunmehr vier Jahren die Sympathie der Weltöffentlichkeit, doch er hat keinen legitimen Führer. Das soll jetzt werden: seit Monaten sucht eine Verhandlungskommission in Pakistan und Afghanistan eine Mehrheit für eine Sammlungsbewegung hinter Ex-König Zahir Schah. Allein der seit zehn Jahren im römischen Exil lebende frühere Monarch kann nach Meinung der meisten Afghanen an die Spitze von nationaler Sammlungsbewegung und Einheitsfront treten und dadurch dem afghanischen Widerstand endlich die Repräsentanz verschaffen, die ihm zum entscheidenden politischen und militärischen Durchbruch bis heute gefehlt hat. Doch die Welt weiß, daß die Afghanen zersplittert sind und ihr Widerstand in viele Gruppen zersplittert ist. Skepsis ist deshalb angebracht: Kommt es zu einer Sammlungsbewegung und zu der ersehnten Einheitsfront? Die WELT sprach jetzt in Peshawar mit den Führern der afghanischen Exil-Organisationen und stellte ihnen die Frage: Beteiligung an Sammlungsbewegung und Einheitsfront – ja oder nein?

Mohammed Nabi Mohammadi, früher Theologieprofessor und Parlamentsabgeordneter und heute Führer der Bewegung für die Islamische Revolution (Harakat Inqelabi Islami, nationalistisch und stark religiös), erinnerte an die vier in Angriff genommenen, doch stets gescheiterten

Einigungsversuche der Widerstandsorganisationen. „Wir schämen uns dafür vor der Welt“, sagte er. „Der Mißerfolg aber rührte daher, daß einige Führer nicht bereit waren, andere zu akzeptieren. Wir aber waren und sind bereit zur Einigung. Wir begrüßen den Appell des Königs und sind bereit, ihn zu unterstützen. Daß aber auch jetzt wieder einige Führer nicht bereit sind, ihre persönlichen Ambitionen hintanzustellen und den König als Führer zu akzeptieren, bereitet uns Kummer.“

In lockerem Plauderton gab Mohammed Nabi Mohammadi eine Anekdote aus Washington wieder. „Ein amerikanischer Diplomat hat mir erzählt, daß ein afghanischer Besucher das Weiße Haus kaum verlassen hatte, als schon Telefonanrufe beim Präsidenten einliefen, in denen diesem vorgeworfen wurde, soeben den falschen Afghanen empfangen zu haben... Das zeigt, daß wir endlich eine wirkliche politische Repräsentanz brauchen. Sie muß kommen! 95 Prozent der Afghanen stehen hinter der Widerstandsbewegung, die gleiche Zahl fordert auch die Einheitsfront. Wir haben uns immer gewünscht, unter ein Dach und eine Führung zu kommen. Wir sind sicher, daß diese jetzt endlich zustande kommt. Die Vorarbeiten gingen in einem sehr guten Klima über die Bühne. Der Anfang ist gemacht. Eine neue Epoche in einer Einheitsfront hat begonnen.“

Dr. Hashmatullah Mujaddidi, Bruder des berühmten Führers der Front für die Nationale Befreiung

(Nedjate Meli, monarchistisch und nationalistisch), beteuerte in Abwesenheit seines Bruders: „Uns hat die nationale Einigung von jeher am Herzen gelegen. Nach vier Jahren Krieg ist es heute wichtiger als je, auch die islamischen Parteien unter ein einziges nationales Dach zu bringen sowie eine auch für sie annehmbare Zielsetzung und Satzung zu erarbeiten.“

Viel guter Wille zur Einigung sprach aus den Worten von Hashmatullah Mujaddidi. Er liegt ganz auf der Linie seines Bruders Sebghatullah, von dem bekannt ist, daß er nach anfänglichem Zögern mittlerweile der glühendste Verfechter einer

Sammlung, Proklamation einer Sammlungsbewegung und Bildung einer Einheitsfront ist Zeit vorrücken. Da darf nichts überstürzt werden.“

Gulbuddin Hekmatyar, Führer der großen islamischen Partei (Hezbi Islami Afghanistan I, hervorgegangen aus Moslembruderschaft gegen Monarchie und Stammesgesellschaft), lehnte eine Einheitsfront kategorisch ab – zumindest unter Führung von Leuten, die sich nicht mehr in Afghanistan aufhalten, damit außerhalb des Kampfes sind und lediglich die Russen zu einem gefährlichen Einverständnis kommen wollen. Die Russen wollen Bakr Karmal ersetzen und haben deshalb mit dem ehemaligen König Kontakt aufgenommen. Dadurch versuchen sie zweierlei: erstens ihre Interessen in Afghanistan zu retten, und zweitens wollen sie verhindern, daß in Afghanistan eine freie islamische Regierung zustande kommt. Wir wissen, daß Kontakte zwischen den Russen und dem früheren König bestehen.“

Juma Khales, der farbige und unkonventionelle Führer der kleineren islamischen Partei (Hezbi Islami Afghanistan II, eine Abspaltung der großen von Hekmatyar, ebenfalls fundamentalistisch und rechtskonservativ), hatte wenige Tage vor dem Gespräch mit einem Brief an die Redaktion „Islam heute“ in Islamabad Aufsehen erregt. Darin erhob er schwere Vorwürfe gegen fundamentalistische Kampfführer und bezichtigte sie des Separatismus, der Korruption, persönlicher Bereicherung und sogar Verrats an der gemeinsamen Sache.

„Auf präzise Fragen gab Ghilani jedoch zu, daß Vertreter der Fundamentalisten die Reise nach Rom nicht mitgemacht hätten. Am Zustandekommen einer Einheitsfront zweifle er trotzdem nicht. „Für Verhandlungen, Ausarbeitung der Satzung, Einberufung der Nationalver-

Sammlung, Proklamation einer Sammlungsbewegung und Bildung einer Einheitsfront ist Zeit vorrücken. Da darf nichts überstürzt werden.“

Gulbuddin Hekmatyar, Führer der großen islamischen Partei (Hezbi Islami Afghanistan I, hervorgegangen aus Moslembruderschaft gegen Monarchie und Stammesgesellschaft), lehnte eine Einheitsfront kategorisch ab – zumindest unter Führung von Leuten, die sich nicht mehr in Afghanistan aufhalten, damit außerhalb des Kampfes sind und lediglich die Russen zu einem gefährlichen Einverständnis kommen wollen. Die Russen wollen Bakr Karmal ersetzen und haben deshalb mit dem ehemaligen König Kontakt aufgenommen. Dadurch versuchen sie zweierlei: erstens ihre Interessen in Afghanistan zu retten, und zweitens wollen sie verhindern, daß in Afghanistan eine freie islamische Regierung zustande kommt. Wir wissen, daß Kontakte zwischen den Russen und dem früheren König bestehen.“

Juma Khales, der farbige und unkonventionelle Führer der kleineren islamischen Partei (Hezbi Islami Afghanistan II, eine Abspaltung der großen von Hekmatyar, ebenfalls fundamentalistisch und rechtskonservativ), hatte wenige Tage vor dem Gespräch mit einem Brief an die Redaktion „Islam heute“ in Islamabad Aufsehen erregt. Darin erhob er schwere Vorwürfe gegen fundamentalistische Kampfführer und bezichtigte sie des Separatismus, der Korruption, persönlicher Bereicherung und sogar Verrats an der gemeinsamen Sache.

„Zu viel Geld wurde und wird ausgeben“, sagte er, „doch leider nicht für die Freiheitskämpfer in Afghanistan, sondern hier in Peshawar... Was ich wünsche, ist eine Sammlungsbewegung aller. Sie soll allein ausgerichtet werden auf den bewaffneten Kampf zur Befreiung von Afghanistan.“

Die Frage, ob er bereit sei, sich mit seiner Partei der Sammlungsbewegung hinter Ex-König Zahir Schah anzuschließen und sich auch an der geplanten Einheitsfront zu beteiligen, beantwortete Khales so: „Der König hat bisher nicht gegen die Sowjets gekämpft, und er kann auch künftig dem Kampf keine wirkliche Unterstützung geben. Mohammed Zahir wird deshalb von der islamischen Bevölkerung abgelehnt. Er ist auch verantwortlich für die afghanische Tragödie. Unter ihm wurden die Weichen gestellt, die schließlich die Russen zur Invasion in unserem Land veranlaßt haben.“

Burhanuddin Rabbani, Theologieprofessor und Führer der islamischen Gesellschaft (Jamiat Islami Afghanistan, ebenfalls aus der Moslembruderschaft hervorgegangen und Sammelbecken der intellektuellen Fundamentalisten), gilt als Schlüsselfigur einer Einigung. „Ihn gilt es zu gewinnen, denn er ist stark und seine Partei militärisch im Innern Afghanistans dominierend“, hatte ein hochrangiger Diplomat und Staatsmann Afghanistans der WELT anvertraut.

Rabbani aber äußerte sich ganz im Sinne seines fundamentalistischen

Bruders Hekmatyar. „Die Einberufung einer Nationalversammlung und die geplante Bildung einer Einheitsfront, wie sie vom ehemaligen König Mohammed Zahir Schah vorgeschlagen wurde, ist nach unserer Auffassung eine vollkommen unrealistische Sache“, sagte er.

Immerhin erwähnte er den früheren König mit Namen – eine für einen monarchistisch-fundamentalistischen ungewöhnliche Tatsache. Rabbani Begründung für die ablehnende Haltung war schwach: Die Freiheitskämpfer hätten mitten in ihrem Ringen mit dem „blutsaugenden Feind“ keine Möglichkeit, sich aus der „heißen Kampfzone“ zurückzuziehen, um im In- oder Ausland Versammlungen abzuhalten. „In der gegenwärtigen Lage ist die Abhaltung einer Loya Jirga einfach nicht machbar“, fuhr Rabbani fort, „gibt es aber dann überraschend zu, daß eine Einheitsfront die einzig mögliche Antwort auf die barbarischen Aktivitäten des Feindes ist.“

Rabbani lehnte die Führung von Sammlungsbewegung und Einheitsfront durch Ex-König Zahir Schah kategorisch ab. Er habe das Land verlassen und „viele Prüfungen nicht mit Erfolg abgelegt“. Eine Einheitsfront müsse unter dem Dach der hohen islamischen Lehre gebildet werden, und sie müsse vollkommen frei und unabhängig von sämtlichen Kräften des Auslandes sein. „Die Einheitsfront ist wichtig“, sagte Rabbani mit Nachdruck, „aber sie darf nicht geführt werden von Personen, deren Beziehungen zum Volk schwach und lose sind.“

Die Märtyrer verlangen Einigkeit

Wortlaut der Deklaration von Ex-König Zahir Schah zum 4. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan:

Wie die ganze Welt weiß, hat die Sowjetunion genau vor vier Jahren, entgegen allen international gültigen Vereinbarungen und Prinzipien der Entsendung regulärer Truppen, den Entschluß in die Tat umgesetzt, Afghanistan zu besetzen. Mit dieser Aggression hat sie die auf den Prinzipien friedlicher Koexistenz gegründeten freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern brutal zerrissen.

Das gläubige und freiheitsliebende Volk von Afghanistan, das im Laufe seiner Geschichte seinen Glauben, seine Freiheit und seine Unabhängigkeit stets mit seinem Blut verteidigt hat, ringt seither um seine islamischen Grundsätze und nationalen Traditionen sowie um Glaube, Land und Freiheit. Mit Unterstützung von Gott, dem Allmächtigen, und gestützt auf Glauben und unerschütterliche Entschlossenheit, leistet es gegen eine der größten Mächte der Welt Widerstand.

Der ungleiche Krieg hat in dieser langen Periode zum Märtyrertod von Hunderttausenden unserer Landsleute, zur Vertreibung von mehr als drei Millionen ins Ausland und zur ständigen Flucht von Millionen Menschen im Inneren des Landes geführt. Er hatte zugleich die Zerstörung von Dörfern und Städten in Afghanistan zur Folge. Leider ist das Ausmaß von Opfern und Zerstörungen wegen der zunehmenden Intensivierung der feindlichen Angriffe noch im Wachsen.

Diese unerträgliche und beispiellose Katastrophe machte Regierungen und Weltbevölkerung klar, daß das afghanische Volk, genau wie in der Vergangenheit keine Fremdherrschaft akzeptiert und es als seine Aufgabe sieht, Glaube, Land und Freiheit zu verteidigen und seinen heiligen Jihads fortzusetzen, ohne an die mit ihm verbundenen Opfer und Verluste zu denken. Solange, bis die völlige Unabhängigkeit gewonnen, die territoriale Integrität gesichert und die nationale Souveränität wiederhergestellt sind. Andererseits haben die Ereignisse die Sowjetunion darauf aufmerksam gemacht, daß sie trotz der Anwendung großer Militärmacht nicht in der Lage ist, Glaube und nationale Widerstandsmentalität des afghanischen Volkes zu brechen und eine dauerhafte und totale Kontrolle über das Land zu festigen.

Zugleich machte das leidvolle Geschehen das fromme und patriotische

Volk von Afghanistan aufmerksam auf vergangene und gegenwärtige Unzulänglichkeiten. Es ist ihm klar geworden, daß die kämpfenden Organisationen, trotz Hinnahme beispielloser Opfer, die zu würdigen sind, es wegen des Fehlens einer von allen Seiten akzeptierten Bewegung nicht erreicht haben, ihre Stimme als alleinige Vertretung der Nation gegenüber internationalen Stellen und der Welt wirksam zu erheben. Gleichzeitig hat das Fehlen einer politischen Repräsentanz dazu geführt, daß Organisationen und Kräfte der Mujahedin von den bis jetzt über das Problem Afghanistan auf internationaler Ebene stattgefundenen Verhandlungen ferngehalten worden sind.

Diese Lücke, die ein großes Hindernis im Wege der Realisierung der Ziele des afghanischen Volkes darstellt, ist von allen Landsleuten begriffen worden. Die wiederholten Forderungen von Volk und Widerstandsorganisationen bringen die erste Notwendigkeit zur Gründung einer Einheitsfront zum Ausdruck. Dennoch muß mit Betonung wiederholt werden, daß der Schritt zur Schaffung einer Einheitsfront keineswegs ein Zufall ist und daß deren Ursprung niemals von einer einzelnen Person oder einer besonderen Gruppe ausgeht, sondern daß die Zusammenkunft der Afghanen niemals eine Gefahrquelle für seine Nachbarn dar. Sie will im Gegenteil gut nachbarschaftliche Beziehungen mit ihnen pflegen.

Diese Beziehungen basieren stets auf den Prinzipien friedlicher Koexistenz, Nichtmischung in die inneren Angelegenheiten und auf dem Respekt nationaler Souveränität und legitimer nationaler Interessen. Nachdem die Sowjetunion mit der Besetzung Afghanistans den Frieden unseres Landes, das Gleichgewicht der Region und das internationale Kräfteverhältnis gestört und unserem Volk einen erbarmungslosen Krieg auferlegt hat, hat das Volk von Afghanistan keine andere Wahl, als mit Entschlossenheit und Mut Glauben und Ehre zu verteidigen. Natürlich bedeutet diese Tatsache keineswegs, daß ein anderer Weg, der dem leidenden afghanischen Volk zur Realisierung seiner legitimen Ziele im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen verhilft, nicht berücksichtigt wird.

Zum Schluß würdige ich die Seelen der Märtyrer des Freiheitskampfes und bete zu unserem allmächtigen Gott, dem kämpferischen und patriotischen Volk von Afghanistan zur Erreichung seiner gerechten Ziele zum Erfolg zu verhelfen. Gezeichnet Mohammed Zahir.“

wegung. Die Zusammenarbeit mit den Landsleuten, die sich dem Feind heroisch entgegengeworfen haben, aber sind die wichtigsten Voraussetzungen des Erfolges.

Diejenigen Landsleute, die organisiert oder einzeln ihre religiöse und nationale Aufgabe durch politischen und geistigen Kampf erfüllt haben, sind zu loben. Aber der Ernst der Zeit erfordert, daß jeder einzelne Afghan, wo immer er auch steht, seine Aktivitäten nicht auf eine Unterstützung der eigenen Bewegung beschränkt, sondern darüber hinaus zur Schaffung eines günstigen Klimas und zur Bildung der Einheitsfront sowie ihrer Weiterentwicklung tatkräftig beitragen muß.

Da die Spaltung der Mujahedin nur dem Feinde nützt, hat jeder Afghan die Aufgabe, Verständnis und Zufriedenheit derjenigen Landsleute zu gewinnen, die die neue Bewegung kritisch ansehen. Nur dann ist auch deren Mitwirkung bei der neuen Bewegung zu erreichen. Es ist selbstverständlich, daß die Bildung der Einheitsfront und die Regulierung ihrer Aktivitäten das unbestreitbare Recht aller Landsleute ist. Die Einheitsfront aus den wahren Vertretern des afghanischen Volkes stellt aufgrund der Friedensliebe der Afghanen niemals eine Gefahrquelle für seine Nachbarn dar. Sie will im Gegenteil gut nachbarschaftliche Beziehungen mit ihnen pflegen.

Diese Beziehungen basieren stets auf den Prinzipien friedlicher Koexistenz, Nichtmischung in die inneren Angelegenheiten und auf dem Respekt nationaler Souveränität und legitimer nationaler Interessen. Nachdem die Sowjetunion mit der Besetzung Afghanistans den Frieden unseres Landes, das Gleichgewicht der Region und das internationale Kräfteverhältnis gestört und unserem Volk einen erbarmungslosen Krieg auferlegt hat, hat das Volk von Afghanistan keine andere Wahl, als mit Entschlossenheit und Mut Glauben und Ehre zu verteidigen. Natürlich bedeutet diese Tatsache keineswegs, daß ein anderer Weg, der dem leidenden afghanischen Volk zur Realisierung seiner legitimen Ziele im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen verhilft, nicht berücksichtigt wird.

Zum Schluß würdige ich die Seelen der Märtyrer des Freiheitskampfes und bete zu unserem allmächtigen Gott, dem kämpferischen und patriotischen Volk von Afghanistan zur Erreichung seiner gerechten Ziele zum Erfolg zu verhelfen. Gezeichnet Mohammed Zahir.“

Blut und Tränen sind wirksamer als Worte

Achtzig Prozent der Afghanen stehen hinter den Einigungsbestrebungen. Was in Afghanistan bei den Kämpfenden schon lange Tatsache ist – nämlich eine gemeinsame Front gegen einen übermächtigen Feind –, soll jetzt auch in Pakistan und anderswo im Ausland Wirklichkeit werden: eine Sammlungsbewegung hinter einer legitimen Persönlichkeit. Der Kampf um die politische Repräsentanz treibt dabei nach Berichten von Beobachtern und Beteiligten oft seltsame Blüten.

Gruppen der offiziell abseits stehenden Fundamentalisten aus Afghanistan kommen im Schutze der Nacht zu uns, erzählt Hekmatullah Mayar. Der Ingenieur lebt seit dem Überfall der Sowjets auf sein Land im hessischen Eschborn, hat aber nach der Berufung in die in Pakistan tätige Verhandlungskommission Deutschland sofort verlassen und ist nach Peshawar gereist. Dort bewohnt er zusammen mit mehreren anderen Exil-Afghanen im almodischen, doch gemächlichen und bequemen Deans-Hotel aus der britischen Kolonialzeit mehrere Zimmer. Neben ihm haben zwei Afghanen vorübergehend Quartier aufgeschlagen, die seit Jahren in die USA leben: Den greisen Gelehrten Mohammad Nabi Yusuf hat es aus Kandahar nach Alkany/New York verschlagen, der frühere afghanische Karrieryoung hat nach vielen beruflichen Stationen in der ganzen Welt eine vorläufige Exilstation im kalifornischen Palm Springs gefunden. Die beiden Männer beziffern die Zahl der in die USA lebenden Landsleute auf 40 000 bis 50 000 und bezeichnen deren Situation als zufriedenstellend.

Sogar der kommunistische Staatsrundfunk in Kabul meldete die Ankunft der Verhandlungsdelegation in Peshawar, bezeichnete aber die Kommissionsmitglieder als CIA-Agenten. Den Afghanen in Peshawar ist dies gleichgültig. Hauptsache, der letzte Afghan in der Heimat weiß jetzt, was in Peshawar im Gange ist“, sagt Mayar.

Briefe aus Afghanistan signalisieren Zustimmung. Die Briefe gelangen teilweise auf abenteuerlichen Wegen nach Pakistan. Die meisten sind auf Stoff geschrieben. Die Stoffbriefe werden in die Kleider von Freiheitskämpfern eingewickelt, die sich auf geheimen, doch gefährlichen Pfaden nach Pakistan begeben, um ihre Familien in Lagern zu besuchen, sich von Ärzten behandeln zu lassen oder um Waffen zu besorgen.

Auf gleiche Art gelangen Briefe der Verhandlungskommission in den Besitz von Guerrillagruppen im Innern Afghanistans. Diese werden regelmäßig über den Stand der Verhandlungen mit den Exilorganisationen in Peshawar informiert, so oft wie der frühere König Zahir Schah im römischen Exil. Die pakistanische Regierung duldet bisher die afghanischen Aktivitäten und billigt den Flüchtlingen sogar großzügige Erleichterungen zu. Und ihr Hauptquartier im Deans-Hotel in Peshawar läßt sie von Soldaten rund um die Uhr bewachen. Das schriftliche Echo aus der Heimat sowie aus Pakistan, Iran, Europa, USA und anderen Teilen der Welt auf die Aktivitäten der Verhandlungskommission füllt mittlerweile im Zimmer von Mayar ganze Kartons. Viele Briefe von großen und kleinen Gruppen von Freiheitskämpfern zielen auf Fotos ihrer Kommandanten.

Manche werden ergänzt durch komplette Listen der aktiven Kämpfer und der zur Verfügung stehenden Waffen. Das versetzt Mayar in die Lage, das aktive Widerstandspotential ziemlich genau zu beziffern. „Unter Waffen stehen zwischen 250 000 und 300 000 Afghanen“, sagt er. „Eine kleine Zahl im Vergleich zur Übermacht der Sowjets, doch bei uns ist die Moral gut und die Motivation riesig.“

Vor kurzem kehrte die Verhandlungskommission aus Quetta, der Hauptstadt von Belutschistan, nach Peshawar zurück. Mayar: „Wir haben dort acht Flüchtlingelager besucht und zu rund 50 000 Afghanen gesprochen. Es war beeindruckend. In ei-

nem Lager, in dem die Mehrheit der Insassen mit der fundamentalistischen Hezbi Islami sympathisiert, bekamen wir Beifall und Zustimmung für unseren Einigungsplan. Die Kosten unseres Aufenthaltes wurden von den Lagerinsassen übernommen. In einem anderen Lager begrüßte man uns mit Salutschüssen. Videoaufnahmen beweisen die Begeisterung der Menschen in und um Quetta.“

Die Kommission überschritt in Belutschistan sogar die Grenze zu Afghanistan. Auf der Paßhöhe oberhalb Chaman erblickten mehrere der Kommissionsmitglieder nach Jahren erstmals wieder die Heimat. „Einige haben geweint“, gesteht Mayar. In Spin Bouldak jenseits der Grenze fand die Kommission bei dem früheren afghanischen Parlamentsabgeordneten Abdul Samat Noorzai gastliche Aufnahme. In der gebirgigen

ein eigenes Gericht installiert. Seit her werden Kandahar große und kleine Sünder nicht mehr von den Beamten des kommunistischen Regimes von Bakr Karmal abgeurteilt, sondern von Männern des Widerstands. 350 schwerbewaffnete Guerrillas stehen hinter der freien Justiz.

Das freie Gericht von Kandahar hat mittlerweile die kommunistischen Richter arbeitslos gemacht, obwohl es alle Fälle aus den Gouvernements Kandahar, Helmand, Sabul und Farah mit insgesamt 1,7 Millionen Menschen bearbeitet. Es verhängt Strafen von ein paar Tagen Gefängnis bis zur Erschießung. Mayar: „Bisher ist es zu keiner Zwischenfälligkeit mit den örtlichen Behörden gekommen.“

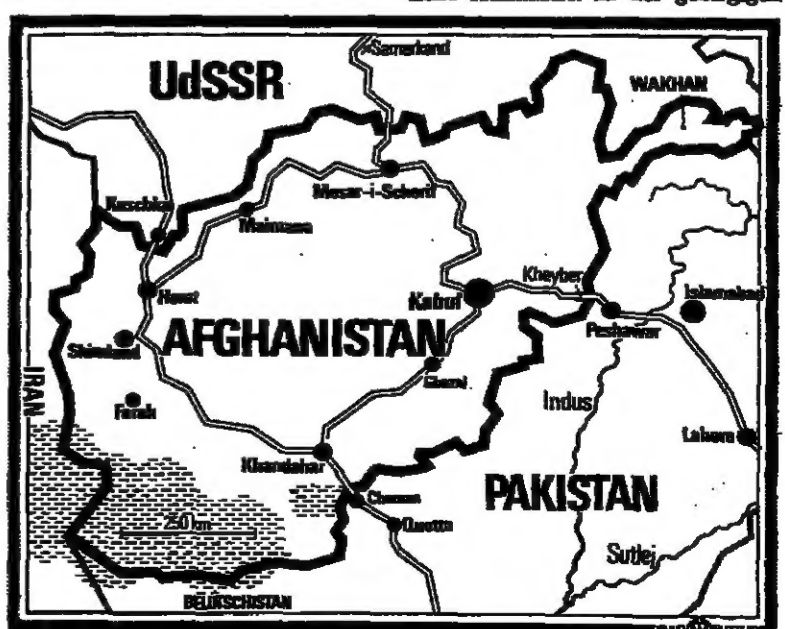
Der Wahl-Eschborn ist nach wochenlangem „Verhandlungsfähigkeit“ zuversichtlich. Aus zwei Gründen: Jeder Afghan weiß inzwischen, daß jetzt die letzte Karte gespielt werde und fast überall sei der Wunsch nach Einigung groß.

Mayar verrät auch, wie die Bildung einer Einheitsfront über die Bühne gehen soll. „In allen 28 afghanischen Gouvernements werden Vertreter in die Nationalversammlung gewählt. Wo diese tagt, steht allerdings nicht fest. Afghanistan ist angesichts sowjetischer Luftheerrschaft wohl zu gefährlich, Pakistan dürfte aus Furcht vor sowjetischen Protesten die Abhaltung einer Nationalversammlung auf seinem Boden verbieten – was bleibt, sind die arabischen Länder, in Europa eventuell Frankreich. Die Nationalversammlung soll die freien Afghanen wählen, dieser die lang ersehnte nationale Einheitsfront proklamieren.“

Einer der eifrigsten Förderer der nationalen Einheit ist vor kurzem im Alter von 47 Jahren in St. Augustin bei Bonn fern der Heimat gestorben: Dr. Walid Hokohi, früher Mitglied des höchsten afghanischen Gerichtshofes und zuletzt Mitglied der Verhandlungskommission in Peshawar, wird weder an der Nationalversammlung teilnehmen noch jemals nach Afghanistan zurückkehren.

Wann werden dies die 4,4 Millionen Afghanen tun können, die zur Zeit in Pakistan und Iran leben? Daß sie dies wirklich wollen, beteuern sie immer wieder. Ihre Sehnsucht nach Frieden und Heimkehr ist angesichts von Not und Elend, Unfreiheit und Heillosigkeit verständlich. Die Bildung einer Einheitsfront würde sie ihrem Ziel näherbringen.

WALTER H. RUEB



Obergrenzen der Versicherungen neu festgesetzt / Beiträge künftig auch vom Krankengeld

3000 Hamburg St. Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Die Sorge um den Frieden bestimmt den Ton der Weihnachts-Predigten

Höfner beklagt „Verlust an Menschlichkeit“ / Lohse: Aufruf zu „Brot für die Welt“

DW. Bonn
Die Sorge um den Frieden und die Aufforderung an die Christen, mit denen zu teilen, die Hilfe brauchen, standen im Mittelpunkt der Weihnachtspredigten. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höfner, beklagte im Kölner Dom, daß die Sünde sich auch in den sozialen Strukturen eingestrichelt und die gesellschaftlichen Verhältnisse verdorben habe. Das habe zu Haß und Feindschaft, zu Knechtung und Ausbeutung, zu Terror und Krieg sowie zu Verletzung der Religionsfreiheit geführt. Der Kardinal sprach von einem generellen Verlust an Menschlichkeit.

Den Appell des Papstes, Rüstungsgelder für den Kampf gegen den Hunger in der Welt zu verwenden, griff der Münchener Bischof Reinhard Lettmann in seiner Predigt im St.-Paulus-Dom auf. Christi Geburt bringe Licht und Wärme in das Leben der Menschen. Sie sei ein Grund, im Menschen den Bruder zu sehen, brüderlich und friedlich miteinander umzugehen und auch brüderlich zu teilen. Allerdings sei zu fragen: „Wie

wird es weitergehen in einer Welt, die immer mehr von Waffen starrt“, in der „ein großer Teil der Menschen in Hunger, Armut und Krankheit lebt“, in der „viele keinen Arbeitsplatz finden“ und die voller Gegensätze und Spannungen sei? Die Feier des Weihnachtsfestes mache Mut, „denn wenn Gott mit uns ist, wer ist dann gegen uns?“

Der Erzbischof von München und Freising, Friedrich Wetter, wandte sich auch gegen ein Klima der Abgrenzung und der Feindschaft. Die christliche Weihnachtsbotschaft nannte er nicht nur eine Verheißung für die Zukunft, sondern eine Aussage für die Gegenwart.

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Eduard Lohse, sagte in der Marktkirche in Hannover: „Weil Christus um uns herum ist, macht er uns durch seine Gnade reich; und denen, die auf ihn vertrauen, füllt er die Hände, damit sie seine Barmherzigkeit weiterreichen.“ Darum könnten Christen nicht anders handeln, „als daß sie sich gerade am Weihnachtsfest dazu

verpflichtet wissen, mit denen zu teilen, die Hilfe brauchen“. Lohse erinnerte daran, die weltweit tätige Aktion „Brot für die Welt“ zu unterstützen.

In vielen evangelischen Kirchengemeinden Mitteldeutschlands ist zu Weihnachten um Mut und Durchhaltetraft für die kirchliche Friedensarbeit gebetet worden. Vor allem in den stark besuchten Gottesdiensten am Heiligen Abend wurde vielfach ein von dem Ostbischöflichen Bischof Gottfried Forck formuliertes Gebet gesprochen, in dem an Gott die Bitte gerichtet wird: „Stärke das Zeugnis aller, die bereit sind, um des Friedens willen Nachteile auf sich zu nehmen. Segne alle, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigern. Bewahre alle Soldaten davor, daß sie die Waffen brauchen müssen, an denen sie ausgebildet werden.“

Auf die in diesem Gebet ebenfalls enthaltene Bitte um Verhandlungsbereitschaft der Politiker zu wirksamen Abrüstungsschritten hat Konsistorialpräsident Manfred Stolpe in einem von „Radio DDR“ verbreiteten Kommentar hingewiesen.

Streit über PLO trübt die Beziehungen Israel-USA

Fortsetzung von Seite 1

Khaled El Fahoum, die provisorische Leitung der PLO übernehmen sollte. „Arafat ist nicht mehr Chef der PLO. Er ist zum palästinensischen Sadat geworden, den unser Volk verdammt“, sagte Habasch auf einer Pressekonferenz in Damaskus.

Das Zentralkomitee der „Fatah“, der größten Gruppierung innerhalb der PLO, forderte die palästinensischen Organisationen auf, ihre öffentliche Kritik an Arafat einzustellen. In einem in Tunis veröffentlichten Kommuniqué hieß es, die Organisationen sollten nur von den „nationalen palästinensischen Instanzen“ zu dem unstrittigen Treffen mit Mubarak Stellung nehmen, „um die Einheit der Palästinenser nicht zu gefährden“. Die „Fatah“-Führung hatte auf einer Sitzung in Tunis am Donnerstag selbst das Treffen Arafat-Mubarak verurteilt, da der PLO-Chef seine Initiative zuvor nicht mit dem ZK abgesprochen habe und dieses gegen die Richtlinien der PLO verstoße.

Die syrische Tageszeitung „Techrit“ bezeichnete am Sonntag die bisherige Kritik an der Begegnung zwischen Arafat und Mubarak als „unzureichend“ und forderte schärfere Reaktionen von palästinensischer Seite. Das Blatt beonte, die PLO sei die Vertretung aller Palästinenser und nicht der „Abweichler“ unter Arafat. Eine einfache Verurteilung des Treffens in Kairo genüge nicht, „zumal Arafat die Öffnung zu Jordanien und den Agenten Israels innerhalb der besetzten Gebiete vorbereitet“, hieß es in dem Kommentar. Syrien werde weiterhin gegen die Abweichler in der PLO und gegen „Kapitulationskämpfer“ kämpfen.

Die ägyptische Nahost-Politik hat unterdessen durch das Treffen Arafat-Mubarak sichtlich Auftrieb bekommen. Ägyptens Staatsminister im Außenministerium, Butros Ghali, schlug Israel am Samstag eine Wiederaufnahme der Verhandlungen um eine Autonomie für das palästinensische Volk vor. In einem Interview mit dem israelischen Rundfunk sagte Ghali, an solchen Verhandlungen müßten allerdings neben seinem Land und Israel auch Jordanien und Vertreter der Palästinenser teilnehmen.

Peking sagt weitere Eskalation im Propagandakrieg um Europa voraus

Prognose über USA und UdSSR / „Friedensbewegung“ und Moskaus Doppelstrategie

Jo. Bonn
Mit einer weiteren Eskalation im „diplomatischen und propagandistischen Krieg“ der beiden Weltmächte USA und UdSSR in Europa rechnet Peking im Jahr 1984. Die amtliche Nachrichten-Agentur Xinhua kommt zu dem Schluß: Beide Supermächte in Europa seien nach der begonnenen Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen militärisch vor eine Patt-Situation gestellt. Diese mache es wahrscheinlich, daß die USA und die Sowjetunion mit großer Vorsicht agieren werden, um direkte Konfrontationen zu vermeiden. „Die Jahre der Entspannung sind vorbei, aber ein neuer kalter Krieg hat den noch nicht begonnen.“

Differenzierter als noch vor wenigen Wochen bewertet Peking die „Friedensbewegung“. Peking hält es für denkbar, daß die „Friedensbewegung“ 1984 von der Bundesrepublik Deutschland auf die anderen westeuropäischen Länder übergreifen wird. Aus „nationalen Interessen und unter dem Druck dieser Bewegungen“, so Xinhua, könnten westliche Staaten zögern, weitere Raketen aufzustellen.

Moskau werde dabei seine doppelte Taktik von „Zuckerbrot und Peitsche“ ausspielen und die „Friedensbewegung“ als Vehikel benutzen, um einen Kollaps zwischen der USA und ihre westlichen Alliierten zu treiben. „Obwohl Washington die termingerechte Aufstellung der Raketen in Europa als großen politischen Sieg feiert, könnten die relativ harmonischen Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa nach der Aufstellung des ersten Teils der Raketen erheblich beeinträchtigt werden.“

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West werden sich nach Pekingers Ansicht 1984 kontinuierlich weiterentwickeln, da beide Seiten daraus erheblichen Nutzen zögen. Immerhin, so schreibt Xinhua, betrage der sowjetische Handel mit dem Westen fast ein Drittel des gesamten sowjetischen Außenhandels. Die Sowjetunion erhalte durch diesen Wirtschaftsverkehr nicht nur von ihr dringend benötigte Technologien, sondern auch eine Reihe politischer und militärischer Vorteile. Umgekehrt sei in einer Phase, in der die westeuropäischen Staaten noch immer mit der

Bewältigung der ökonomischen Krise zu kämpfen haben, kein westliches Interesse vorhanden, die Märkte der Sowjetunion und Osteuropas abzuschreiben.

Für unwahrscheinlich hält Peking eine Wiederaufnahme der Gendarmen-Gespräche schon in absehbarer Zeit, obwohl die Staaten Westeuropas dies nachdrücklich wünschen. Beide Großmächte hätten aber in unterschiedlichem Maße ihre Bereitschaft zur Rückkehr an den Verhandlungstisch signalisiert. Die Türen seien, so sieht es Peking, nicht geschlossen worden.

In einer Prognose kommt Xinhua daher zu der Voraussage, daß die Zunahme der Spannungen 1984 zwar anhalten aber während der Phase der Präsidentschaftswahlen in den USA abflauen werde. Beide Supermächte würden diese Phase ausnützen, um ihre jeweilige Position zu festigen. Für wahrscheinlicher als eine direkte Konfrontation hält Peking für 1984 eine tiefere Verwicklung der beiden Supermächte in regionale Konflikte, insbesondere im Mittleren Osten und im Golf.

Walesa hinter kritisierten Priestern

Untergrund-„Solidarität“ wird systematisch ausgebaut / Geheimer Kongreß bei Warschau

DW. Warschau
Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat offen die sogenannten „extremistischen“ Priester verteidigt, die von der Regierung scharf kritisiert und vom Episkopat zu politischer Enthaltsamkeit aufgefordert wurden. In einem Interview, das er westlichen Journalisten gewährte, sagte Walesa: „Die öffentliche Meinung hört auf diese Priester, weil sie sie gerecht findet.“

Zbigniew Bujak, ein Untergrundführer der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität“, hat seinen Widerstand gegen den Aufruf des Arbeiterführers Lech Walesa an die USA bekundet, die westlichen Sanktionen gegen Polen aufzuheben. In einem Interview der US-Fernsehgeseilschaft NBC sagte Bujak: „Walesa selbst fordert eine Aufhebung der Sanktionen. Unser Standpunkt ist jedoch genau umgekehrt. Trotzdem haben wir beschlossen, Walesa das

Recht zuzugestehen, eine solche Forderung auszusprechen.“

Nach Angaben Bujaks sind er und andere Untergrundführer der „Solidarität“ kürzlich mit Walesa zusammengetroffen. Dabei hätten alle Anwesenden einseitige Abrüstungsmaßnahmen westlicher Länder abgelehnt. Walesa bestritt gegenüber westlichen Journalisten, daß es zwischen ihm und der Untergrundführung der „Solidarität“ Meinungsverschiedenheiten gebe.

Papst Johannes Paul II. hat sich auf dem traditionellen Weihnachtsempfang für die im Vatikan tätigen Polen für die Wiederaufnahme des Handels zwischen Polen und den westlichen Industrieländern ausgesprochen. Er richtete diesen Wunsch besonders an die USA.

In Danzig haben mehrere tausend Menschen nach der Mitternachtsmesse beim Verlassen der Brighthen-Kirche eine Sympathiekundgebung für

Walesa veranstaltet. Nach Augenzeugenberichten brach die Menge unmittelbar nach der Messe in Ovationen für Walesa aus.

Der polnische Primas, Kardinal Glemp, gab bei der Weihnachtsmesse in der Warschauer Johannes-Kathedrale bekannt, auf Betreiben der Kirche hätten rund 30 politische Häftlinge zu Weihnachten Hafturlaub erhalten. Davon ausgenommen seien die elf inhaftierten Führer der „Solidarität“ und des „Komitees zur Selbstverteidigung“ (KOR).

Die illegal erscheinende Wochenzeitung „Tygodnik Mazowsze“ berichtete, die Untergrundorganisation der „Solidarität“ werde systematisch ausgebaut. Bei Warschau habe in der Weihnachtszeit ein erster geheimer Kongreß von Delegierten der wichtigsten Industriebetriebe stattgefunden. Dabei seien Maßnahmen gegen die bevorstehenden Preis erhöhungen beschlossen worden.

Bischof beschuldigt Sandinisten

Als entführt gemeldeter Geistlicher aus Nicaragua verbrachte Weihnachtsfest in den USA

AP/AFIP, Miami/Managua
Der angeblich von „Konterrevolutionären“ entführt und in Honduras wieder aufgetauchte Bischof von Bluefields, Salvador Schlafier, hat die Weihnachtsfeier im Kreise von Verwandten im US-Staat Wisconsin begangen. Nach seiner Ankunft aus dem honduranischen Tegucigalpa erklärte Schlafier am Heiligen Abend, der nicaraguanische Botschafter in Washington habe ihn zur Rückkehr nach Nicaragua eingeladen. Er werde der Einladung innerhalb von zwei Wochen folgen. Er fürchte nicht um seine Sicherheit.

Der 65jährige Geistliche, der in der vergangenen Woche mit mehr als 3000 Miskito-Indianern nach dreitägigem Marsch durch dichten Dschungel in Honduras eingetroffen war, dementierte Meldungen, er sei entführt worden. „Ich habe freiwillig die Miskitos nach Honduras begleitet, die vor der sandinistischen Regierung

fliehen wollten“, sagte der Bischof kurz nach seiner Ankunft in Honduras. Er habe sich den bewaffneten und mit Funkanlagen ausgerüsteten Indianern angeschlossen, weil ihm die Rückkehr in das Innere Nicaraguas versperrt gewesen sei. Die Indianer hätten vor ihrem Abmarsch zwei Brücken gesprengt, damit ihnen die Lastwagen der Regierungstruppen nicht hätten folgen können. Dadurch sei es ihm unmöglich geworden, mit seinem Lastwagen zurückzufahren, sagte der Bischof.

Schlafier war am Montag vergangener Woche nach Franca Serpe gekommen, um eine Weihnachtsmesse zu zelebrieren. In dem nicaraguanischen Dorf hatten die Sandinisten im Frühjahr die aus fünf Ortschaften ausgesiedelten Miskito-Indianer untergebracht, mit der Begründung, den konterrevolutionären Brigaden eine Basis zu entziehen. Wie der Bischof vor der Presse in Honduras

sagte, hätten die Indianer, die sehr religiös seien, wegen der Verfolgung und Schläge der Behörden ihre Flucht schon seit langem geplant. Er habe davon erst in dem Dorf erfahren. Schlafier beschuldigte dabei die sandinistische Regierung, die Indianer und die Kirche zu verfolgen und verglich das Dorf Franca Serpe mit einem „Konzentrationslager“.

In der vergangenen Woche hatte Managua zuerst mitgeteilt, der Bischof sei vom rechtsgerichteten Rebellen ermordet worden. Nach der Ankunft Schlafiers in Honduras erklärte der sandinistische Junta-Chef, Daniel Ortega in Managua, seine Regierung habe die Meldung über die angebliche Ermordung des Bischofs ausgetreut, um ihren Gegnern vorzuzukommen. Managua habe verhindern wollen, daß eine wirkliche Ermordung des Bischofs zum Vorwand für ein militärisches Eingreifen der USA gegen Nicaragua werde.

Am ersten Weihnachtstag verstarb nach kurzer Krankheit der ehemalige Vorsitzende der Geschäftsführung unserer Gesellschaften, Herr

Ernst Ellsiepen

Träger des Bundesverdienstkreuzes

im 75. Lebensjahr.

Der Verstorbene war unseren Unternehmen 52 Jahre aktiv verbunden. Er hat den Aufbau unserer Unternehmensgruppe in dieser Zeit prägend mitgestaltet. Der unermüdete Dienst für unsere Gesellschaften und ihre Mitarbeiter war ihm erfüllende Aufgabe. In Dankbarkeit ehren wir sein erfülltes Lebenswerk.

Aufsichtsräte, Geschäftsführung, Betriebsräte und Mitarbeiter der

Rheinische Kalksteinwerke GmbH
Dolomitwerke GmbH

5603 Wülfrath

Die Beisetzung findet am Donnerstag, dem 29. Dezember 1983, um 14.00 Uhr auf dem evangelischen Friedhof in Wülfrath, Mittelstraße, statt.

Statt gegebenenfalls zugesandter Kranzspenden bitten die Angehörigen im Sinne des Verstorbenen um eine Zuwendung für die „Bergische Diakonie“, Sonderkonto 39 800, bei der Stadtparkasse Wülfrath.

Dr. Egon Emmel

Botschafter a. D.

* 29. 5. 1914 † 22. 12. 1983

Bonn-Röttgen

Die Trauermesse wird gehalten am Mittwoch, dem 28. Dezember 1983, um 10.00 Uhr in der Pfarrkirche Christi Auferstehung, Bonn-Röttgen, Herzogsfreudenweg.

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
-39 42 oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

...und hinein geht's ins neue Ski-Vergnügen mit SkiMagazin. Der rasanten Zeitschrift voller Ski-Erlebnis.



Lesen Sie im Januar-Heft:

- Neue Wachs-Ski und Langlaufschuhe im Test... Skipaß-Preistabelle für den gesamten Alpenraum...
- Bergpaßgebühren für alle, die mit dem Auto ins Gebirge fahren...
- Fünf ausgesuchte Ski-Orte und ihre Attraktionen...
- Stretching-Übungen für Langläufer... Die besten Plätze für Winter-Camper...
- Modische Overalls für jeden Zweck.

Holen Sie sich das neue SkiMagazin bei Ihrem Zeitschriften-Händler für DM 5,-

Wozu der Winter-Sport wirklich kostet:

- MAUT
- SKI-PASSE
- CAMPING
- OLYMPIA 84
- Hobel-Werk
- soil Gold bringen
- Für Langläufer
- 38
- NEUE WACHS-SKI

IBM	123,75	120,625
PanAm	8,375	8,50
US Steel	29,25	28,50
Woolworth	36,25	38,125

AIRBUS

Bau des A 320 gesichert?

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Nachdem jetzt die jugoslawische Inlands- und Chartergesellschaft Inex-Adria Airways dem europäischen Flugzeugbau-Konsortium Airbus Industrie auf den noch im Planungsstadium befindlichen „kleinen“ Airbus A 320 fünf Festbestellungen und drei weitere Optionen erteilt hat, würden die kommerziellen Voraussetzungen für die Aufnahme der Serienproduktion vorliegen, erklärte Airbus-Chef Bernard Lathière in Paris.

Allerdings bedürfe es noch der Zustimmung der Konsortialpartner, insbesondere der British Aerospace, die zu diesem Zweck auf eine staatliche Hilfe von 400 Millionen Pfund warte. Gegenwärtig verfügt die Airbus Industrie über Festaufträge für 47 und Optionen für 41 Maschinen. Sie ver-

Anzeige

Abonnieren Sie Realismus

Die WELT will aufzeigen, "was Sache ist". Und sie will in ihren Analysen, Hintergrundberichten und Kommentaren deutlich machen, was die weltweiten Fakten und Tendenzen für uns bedeuten. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich einen sicheren Beurteilungsmaßstab für verantwortliches Handeln.

DIE WELT

Hinweis für den neuen Abonnenten:
Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abends-Datum) schriftlich zu widerrufen bei:
DIE WELT,
Vertrieb, Postfach 305830, 2000 Hamburg 30.

Bestellkosten:
Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,40 (Arbeitslohn 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrerlöse sind eingeschlossen.

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____
Telefon: _____ Datum: _____
Unterschrift: _____
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abends-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 305830, 2000 Hamburg 30.

tellen sich auf die Air France (25 plus 25), die französische Air Inter (10 plus 10), die British Caledonian (7 plus 3) und die Inex-Adria (5 plus 3). Zum Baubeginn des derzeit gefertigten A 310 lagen weniger Aufträge vor.

Mit diesem größeren Airbus hat das Konsortium in letzter Zeit allerdings kaum noch Erfolge erzielt. Nur zehn Maschinen konnten in diesem Jahr verkauft werden. Auch die Absatzchancen für das nächste Jahr werden sehr pessimistisch eingeschätzt. Deshalb wurde kürzlich beschlossen, das Produktionstempo zu drosseln. Im nächsten Jahr sollen bei einer mehr als doppelt so hohen Kapazität nur noch 47 A 310 gebaut werden.

Mittelfristig ist Lathière aber optimistisch. Seinen Berechnungen nach müßten weltweit etwa 3000 Mittelstreckenflugzeuge ersetzt werden. Gegen die Konkurrenz von Boeing und Mac Donnell Douglas könne Airbus auf diesem Markt einen Anteil von 25 bis 30 Prozent erobern. Schon aus diesem Grunde brauche die Gesellschaft auch weiterhin eine hohe Fertigungsflexibilität.

Adidas steigert Eigenkapitalbasis

dpa/WVD, Nürnberg

Die Adidas Sportschuhfabriken Adi Dassler KG, Herzogenaurach, hat ihre Umsätze im Geschäftsjahr 1982 (31.12.) weiter erhöht. Wie aus dem Bundesanzeiger erschienenen Pflichtveröffentlichung hervorgeht, stiegen die Umsatzerlöse in der KG auf 895,3 (712,6) Mill. DM und im Konzern auf 846,7 (750) Mill. DM. Über das tatsächliche Umsatzvolumen des Sportartikelherstellers lassen sich daraus jedoch keine Rückschlüsse ziehen, denn eine Weltbilanz wird nicht vorgelegt. In der Branche waren für den Umsatz in der Welt-Konzern Schätzungen von rund 3 Mrd. DM genannt worden, zu denen in Herzogenaurach allerdings kein Kommentar abgegeben wird.

Wie schon im Vorjahr wurde auch 1982 die Eigenkapitalbasis der Unternehmenseinheit gestärkt. Zum Bilanzstichtag wird das Eigenkapital der KG mit 224 (195) Mill. DM und im Konzern mit 223 (194) Mill. DM ausgewiesen. Die Rückstellungen wurden in der KG deutlich auf 60 (32,7) Mill. DM aufgestockt. Dabei blieben die Pensionsrückstellungen mit 1,1 Mill. DM fast unverändert. Adidas beschäftigte in der KG 3133 (2659) Mitarbeiter.

BIERMARKT / WELT-Gespräch mit Leo König: Spitzenbiere stützen sich gegenseitig

Zu den Festtagen war Premium ein Verkaufsschlager

HANS BAUMANN, Duisburg
„So viel Bier wie in diesem Jahr haben wir vor den Feiertagen noch nie verkauft.“ Leo König, promovierter Diplom-Braumeister und Geschäftsführer der renommierten Privatbrauerei in Duisburg, belegt es mit Zahlen: Mehr als 11 000 Hektoliter pro Tag verließen vor Weihnachten die Brauerei, das ist doppelt so viel wie an normalen Werktagen im Durchschnitt. Dabei ist zu den Feiertagen das Bier in der Regel kein Verkaufsschlager. „Aber Premium läuft“, sagt König in einem Gespräch mit der WELT.

Appropos Premium: Diese Spitzenbiere im oberen Preissegment stützen sich nach Meinung Leo Königs gegenseitig im Markt. Sie haben nach seiner Theorie das Verdienst, dem Konsumenten klargemacht zu haben, daß es exzellente Biere und Konsumbier gibt. Und damit wiederum werde die Vielfalt am deutschen Biermarkt verteidigt. Er prägt ein Bild von der gegenseitigen Befruchtung der Spitzenprodukte des Biermarktes: „Ein Karussell ist noch keine Kirmes, drei aber sind eine!“ Für 1984 sieht er eine leichte Belebung des Marktes. Daran soll das König-Pilsener überproportional partizipieren, wenn die Wettbewerber den letzten Preisrückgang für König-Pilsener folgen. Doch König glaubt, daß es bei der Konkurrenz an Mut fehlt, die davongetriebenen Kosten

mit dem Preis für Bier wieder einzuholen. „Die schieben Abschreibungen vor sich her und verzichten lieber auf Investitionen“, sagt er. „In unserem Haus hat nur die Kasse etwas zu sagen“, sagt der robuste Mann mit den feinen Nerven. So kennt er auch keine Gnade bei den Preisen. 1983 hatte die Brauerei noch rund 8000 Preise. Heute sind es genau zwei, einer für Flaschenbier und einer für Faßbier. Rabatte, Rückvergütungen oder Streckensubventionen kennt das Haus nicht. „Unser Preis am Rampe gilt für alle, die unser Bier haben wollen – ohne Ausnahme“, sagt König.

Daß ihm seine Preisführerschaft in den letzten beiden Jahren 100 000 Hektoliter gekostet hat, ficht ihn nicht an. „Wir haben zwar von 2,5 auf 2,4 Millionen Hektoliter eingebüßt, aber den Ertrag gehalten.“ Anhand von Preisurkunden weist er nach, daß Mengen mit niedriger Rendite abgeschmitten und gegen solche mit höherem Ertrag ausgetauscht worden sind. So hat König in Nordrhein-Westfalen, wo rund 60 Prozent seines Bieres verkauft werden, einen durchschnittlichen Pro-Liter-Preis von 1,79 Mark, vor einem Jahr lag er bei 1,78 Mark und im Durchschnitt 1980 bei 1,81 Mark.

Weiteres Wachstum anstrebt, bleibt bei Leo König nicht im Verbalen hängen. Hatte man in der Media-Wer-

bung mit rund zwei Mark je Hektoliter bisher eher gekleckert, so soll nun geklotzt werden. Acht Mark sollen es bald sein, „es können auch 10 werden“, ergänzt er sich selbst. Für die kommenden fünf Jahre? „Mindestens – bis wir wieder Engpässe bekommen.“

Doch da setzt er Investitionen gegen. „40 bis 45 Millionen Mark pro Jahr bis 1990“. Der Rat der Stadt Duisburg hat einstimmig die Bebauungspläne gebilligt. Bei erwarteten Zuwachsraten von 2 bis 3 Prozent im Jahr rechnet er für das Jahr 2050 mit einem Ausstoß von rund vier Millionen Hektoliter. Dafür stehen dann auch die Kapazitäten zur Verfügung. König stellt jetzt die ersten drei zylindrischen Tanks auf. Doch die Bierproduktion bleibt in Duisburg konventionell: kalte Gärung und Lagerung – mindestens 40 Tage. König baut nach wie vor auf Hopfendolden, er leht Pellets ab und erst recht Hopfenextrakt. Sein Brauwasser bezieht König aus der Hohen Mark.

Die 1329 Mitarbeiter sind in einem grundsätzlichen Haus tätig. Nach dem Krieg wurde 15 Jahre lang keine Mark aus dem Unternehmen entnommen, das zu 76 Prozent ihm und seiner Cousine Renate König gehört; 24 Prozent sind bei Freunden, die aber nur nach innen verkaufen dürfen, falls sie sich von ihren Anteilen trennen wollen. Heute noch fließen Jahr

für Jahr 80 bis 85 Prozent des Gewinns wieder in das Unternehmen zurück. Investiert wird aus dem Cash-Flow, Fremdvorschuldung gibt es nicht.

Wie sehr König-Pilsener gefragt ist, belegt Leo König damit, daß im letzten Jahr 900 Gasthäuser (saldiert) hinzugekommen werden konnten. 40 Prozent des Ausstoßes gehen in die Gastronomie, der Faßbieranteil von 36 Prozent steigt. Nach König wächst bei den Gastronomen die Erkenntnis, daß neben dem Ortsbier ein Spitzenbier an den Hahn gehört. 30 Millionen Mark hat er als Darlehen und Zuschüsse in der Gastronomie, das ist relativ wenig. Nur mit 30 Prozent seiner Wirt unterhält er Bierlieferverträge, die anderen sind frei.

Der Umsatz des Hauses stieg kontinuierlich von 193 Millionen Mark 1973/74 auf 326 Millionen Mark 1982/83. Und wie steht es um eine neue Preissteigerung? „Für das Brauwirtschaftsjahr 1983/84 wird es mit Sicherheit keine Preisänderung geben“, kommt die Antwort prompt. Und er fügt hinzu, daß dies „wahrscheinlich“ auch für das ganze Kalenderjahr 1984 gelten würde. Wer ein so skurriles Unternehmen mit einer so stolzen Marke aufgebaut hat, der darf auch heidnisch erklären, daß seine Brauerei „goldrichtig“ liege, „im Kreuz vom Schwarzen Meer nach Rotterdam und von Narvik nach Gibraltar“.

FRANKREICH / Technologiehilfe für Autoindustrie

Finanzierung per Sparbuch

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Der von der französischen Regierung vor einigen Monaten für die Modernisierung der Industrie geschaffene Sonderfonds FIM wird noch vor Jahresende den beiden Automobilkonzernen Renault (staatlich) und Peugeot (privat) je 500 Millionen Franc an „technologisches Beteiligungsdarlehen“ bereitstellen. Dies sind die beiden ersten Vorzugskredite, die aus den Erträgen des neuen Industrieparabuchs „Codeliv“ finanziert werden.

Die mit steuerfrei 7,5 Prozent verzinslichen Sparbücher haben sich in den letzten Monaten eines außerordentlich starken Zuspruchs erfreut. Obwohl die Hälfte der Sichteinlagen bei der Caisse des Dépôts als Reserven hinterlegt werden müssen, stehen die für die diesjährige Ausstattung des FIM vorgesehenen drei Milliarden Franc reichlich zur Verfügung. (1984 soll der FIM sechs Milliarden Franc verteilen.)

Die FIM-Darlehen selbst werden der Industrie für sieben bis 10 Jahre eingeräumt. Der Zinssatz liegt mit zur Zeit neunprozentig Prozent nicht unter dem Marktzins von etwa 15 Prozent, sondern auch unter dem für die meisten staatlich subventio-

nierten Kredite von etwas über 10 Prozent. Dem FIM sind bisher etwa 150 Kreditanträge zugegangen. Die Verteilung erfolgt nach strikten Produktivitätskriterien.

Die beiden Automobilkonzerne wollen mit den FIM-Krediten die Automatisierung ihrer Produktionsanlagen vorantreiben, und zwar insbesondere durch den Einsatz von Robotern. Hier besteht noch ein großer Rückstand vor allem gegenüber der japanischen Automobilindustrie.

Schon im September hatte sich Renault eine Milliarde Franc durch die Emission von Partizipationsscheinen beschafft. Dies ist ein Mittelweg zwischen stromrechtlosen Aktien und Obligationen, die zu den Eigenmitteln gezählt werden. Demgegenüber begünstigte sich der Peugeot-Konzern mit einer Anleiheemission von einer Milliarde Franc. Er hat aber inzwischen ein bedeutendes Entlassungsprogramm eingeleitet.

Auf dem Inlandsmarkt konnte sich die Peugeot-Gruppe dank ihrer neuen Modelle Peugeot 205 und Citroën CX besser behaupten als die Renault-Gesellschaft, die erst im nächsten Frühjahr mit einem neuen Wagen, dem R 25, aufwartet.

USA / New York freut sich über den „großen Kaviar-Krieg“

Der Preis purzelt von Tag zu Tag

SAD, New York
Die New Yorker Kaviar-Liebhaber konnten sich kein schöneres Weihnachtsgeschenk denken: Ausgerechnet kurz vor dem Fest ist zwischen zwei renommierten Feinkostgeschäften der „große Kaviar-Krieg“ ausgebrochen, und der Preis der raren Delikatesse purzelt von Tag zu Tag tiefer und tiefer.

Vor einem Jahr kostete die sogenannte „Pfunddose“ Beluga-Malosol-Kaviar (sie enthält in Wirklichkeit nur 296 Gramm) in New York etwa 400 Dollar, das sind nach dem heutigen Kurs etwa 1100 Mark. Dann wurden aus Iran zum ersten Mal seit zwei Jahren wieder größere Mengen Kaviar angeliefert, und der Preis sank bis zum Herbst auf etwa 200 Dollar (etwa 550 Mark).

Dann begann der „große Kaviar-Krieg“, wie die „New York Times“, die über dieses Ereignis mit Vergnü-

gen berichtet, den Konkurrenzkampf zwischen dem Feinkostgeschäft Zabar's und der Feinkostabteilung des Kaufhauses Macy's nennt. Als sich die New Yorker Preise im Herbst bei etwa 180 Dollar eingependelt hatten, eröffnete Zabar's die Offensive und bot die Pfunddose für 149,95 Dollar (etwa 410 Mark) an. Das Kaufhaus Macy's ging daraufhin auf 145 Dollar herunter. Eine Woche vor Weihnachten nahm Macy's einen weiteren Preisschnitt auf 139,95 Dollar vor, und am nächsten Tag antwortete Zabar's mit 129,95 Dollar. Vor einer Woche ging Macy's auf 125 Dollar, und Zabar's schoß mit 119,95 Dollar zurück.

Murray Klein, Besitzer von Zabar's, schwört Stein und Bein, daß er jeden Preis von Macy's unterbieten werde. „Die wollen mich in die Knie zwingen“, erklärt er dramatisch, „aber das

wird ihnen nicht gelingen, und wenn ich 50 000 Dollar zusetzen muß.“

Der Preisrückgang zwischen Macy's und Zabar's ist nicht der einzige Grund, warum die Kaviarpreise fallen. In den USA kommt seit einigen Jahren mehr und mehr amerikanischer Kaviar auf den Markt, der von Störchen in Flüssen an der amerikanischen Westküste stammt und dem importierten Kaviar aus Iran und der Sowjetunion zunehmend Konkurrenz macht. Die Umweltschutz-Bewegung hat dazu geführt, daß viele amerikanische Flüsse heute wieder so sauber sind wie vor der Industrialisierung im vorigen Jahrhundert, als in den USA eine große Menge Kaviar erzeugt wurde. Sogar New Yorks „Hausstrom“, der Hudson, ist wieder so sauber, daß die Störche in ihn zurückgekehrt sind. Die Berufsfischer am Hudson rechnen damit, daß schon in wenigen Jahren Hudson-Kaviar auf den Markt kommen wird.

ERFOLGREICH IM WETTBEWERB / Chemische Spezialprodukte von Weiland & Cie in Bielefeld

Vom Lizenznehmer zur europäischen Gruppenzentrale

HEINZ STÜWE, Bielefeld
Die 30 Mitarbeiter der Weiland & Cie in Bielefeld müssen oft wochenlang ohne ihren Chef auskommen. Ein „Nebenjob“ in den USA ist der Grund: Klaus Römer, promovierter Chemiker und geschäftsführender Gesellschafter des galvanotechnischen Unternehmens, ist Vorstandsmitglied und Großaktionär der McGean-Rohco Inc. in Cleveland/Ohio.

Römer sieht in der US-Erwerbung alles andere als ein Abenteuer. Die in 20 Jahren kontinuierlich ausgebauten Verbindung begründet er vor allem mit Erfordernissen der Branche.

Weiland lebt sozusagen von blauen Metallteilen. Hergestellt werden chemische Spezialprodukte, die galvanische Anstalten als Zusatz benötigen, beispielsweise zum Verchromen, Vernickeln oder Verzinken. Solen Bremszylinder hartverchromt oder Schrauben gegen Korrosion geschützt werden, sind hohe Anforderungen an Belastbarkeit und Haltbarkeit zu erfüllen. Für funktionelle Zwecke dieser Art erschließt sich die Galvanisation laufend neue Bereiche.

Die eher dekorativen Anwendungen wie verchromte Stoßstangen oder Zierleisten gehen dagegen nach Angaben Römers sehr stark zurück.

Um auf dem innovativen Markt nicht ins Hintertreffen zu geraten, war Weiland auf Lizenzen angewiesen. So wurde der Kontakt zur R. O. Hull & Co. in Cleveland, der späteren Rohco Inc., geknüpft. Als Lizenznehmer standen wir allerdings immer in der Gefahr, irgendwann keine Rezepturen mehr zu bekommen“, begründet Römer den nächsten Schritt: Als der Oladditivproduzent Lubrizol 1979 seine Tochter Rohco verkaufen wollte, griff Römer zu und sicherte sich die Hälfte des Kapitals und einen Vorstandssessel.

Die Fusion mit McGean Chemical Company vergrößerte 1981 die Angebotspalette um Antimon-Produkte und den Bereich Kunststoffverlebung. Für dieses Jahr erwartet McGean-Rohco in den USA, wo die Gesellschaft 330 Mitarbeiter beschäftigt, 50 Millionen Dollar Umsatz. Sie ist damit die Nummer drei oder vier am Markt, schätzt Römer. In Europa hält die Gruppe Rang sechs bis acht.

Die Arbeitsteilung in der Gruppe, zu der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in England, Schweden, Kanada, Mexiko, Japan und Australien gehören, ist genau festgelegt, nicht zuletzt, um die eigenen Kapazitäten möglichst auszulasten: Während der Einkauf von Rohstoffen frei ist, dürfen Zwischenprodukte nur innerhalb der Gruppe gekauft werden. In der Regel heißt das: in den USA. Nur der japanischen Tochter und Weiland, die über eigenes Know-how verfügen, ist es vorbehalten, selbst Reaktionsprodukte zu erzeugen.

Im Zuge einer Straffung der Organisation wird Bielefeld zum Jahreswechsel zur europäischen Zentrale der Gruppe. McGean und Weiland gründen bei jeweils 50 Prozent Kapitaleinsatz eine gemeinsame Holding für alle europäischen Beteiligungen. Die Forschungsaktivitäten der Gruppe sind schon heute in den USA konzentriert. „Wenn wir ein neues Produkt für den deutschen Markt zu entwickeln“, betont der Firmenchef, „das zähle sich im Vertrieb aus. Denn Service und Beratung sind für ihn das „alles Entscheidende“. Im

nordwestdeutschen Raum stützt sich Weiland auf festangestellte Verkäufer. In Frankfurt sowie in Baden und Bayern verkaufen selbständige Vertriebspartner im eigenen Namen die Weiland-Produkte. Nur Großkunden werden direkt von Bielefeld aus betreut.

Daß die Vertriebsstrategie erfolgreich ist, belegt ein reales Umsatzwachstum, das „in den letzten Jahren nie unter 10 Prozent lag“, begleitet von entsprechenden Ertragssteigerungen, wie Römer versichert. Dazu hätten alle Sparten mit Ausnahme von Cadmium beigetragen.

Obwohl im Gegensatz zu den USA in Deutschland noch keine durchgreifende Belebung spürbar sei, rechnet Weiland 1983 mit einem Umsatzplus von 18 bis 20 Prozent. Verdächtig ist das Stichwort. Einige der etwa 30 Wettbewerber schleppen ein Handicap mit sich herum: Sie sind, wie Marktführer Schering und Langbein Planhauer in Neuß, gleichzeitig im galvanotechnischen Anlagenbau engagiert. Koppelgeschäfte sind jedoch bei den Abnehmern nicht sonderlich beliebt.

ITALIEN / Straßenverbindung nach Sizilien

Chancen für Brückenprojekt

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Regierung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem 220 Milliarden Lire (über 360 Millionen Mark) für die Beschleunigung der Vorbereitungs- und Realisierungsarbeiten einer festen Straßen- und Schienenverbindung zwischen Sizilien und dem Festland aus Staatsmitteln zur Verfügung gestellt werden sollen. Gleichzeitig hat sich auch die EG-Kommission bereit erklärt, mit einem kleinen Betrag den Bau zu fördern. Der Gesetzentwurf setzt Ende Dezember 1985 als letzte Frist für die Vorlage eines definitiven Bauprojektes. Träger der Initiative ist die Anfang Juni 1981 ins Leben gerufene Gesellschaft der Meerenge von Messina (Società dello Stretto di Messina S. P. A.). Das Kapital dieser Gesellschaft ist im Besitz der Regionen Sizilien und Kalabrien, der Staatsbahnen, der staatlichen Straßenbahngesellschaft ANAS, der Bereichsholding für die staatliche Stahlindustrie, Finsider, und des staatlichen Anlagenbauunternehmens Italtat.

Zur engeren Wahl stehen sechs der 143 im Jahre 1989 im Rahmen eines öffentlichen Wettbewerbs vorgelegten Bauprojekte. Davon beziehen sich fünf auf den Bau einer Brücke und nur eines auf den Bau einer selbsttragenden Tunnelröhre auf dem Meeresboden. Ausgeschlossen wurde dagegen die Durchtunnelung

des Meeresgesteins wegen der hochgradigen Erdbebengefahr, die in der Meerenge herrscht.

Die Kosten für eine feste Straßen- und Schienenverbindung zwischen Sizilien und Kalabrien schwanken in heutigen Preisen zwischen 2000 Milliarden Lire für die Böhre und 5000 Milliarden Lire für das teuerste Brückenbauprojekt, die Hängebrücke mit nur einem Bogen von 3,3 Kilometer Länge, die von dem aus den Firmen Fiat, Finsider, Montedison und Pirelli gebildeten Brückenbaukonsortium Gruppe Ponte vorge schlagen wird. Die Durchführbarkeit dieses technisch kühnen Vorhabens wird neuerdings stark angezweifelt, nicht nur wegen der ungewöhnlichen Windschwankung der Fahrtrahne, die bis zu 15 Meter nach links und rechts reichen könnte, sondern auch wegen der Brückentürme, die mit ihren 400 Metern Höhe den Flugverkehr des Flughafens von Reggio Calabria behindern würden.

Experten rechnen damit, daß bei der Wahl des endgültigen Projektes nicht nur technische und finanzielle Faktoren mitspielen werden, sondern auch die Menge Stahl, die bei der Durchführung des Bauvorhabens Verwendung finden wird. Gute Chancen haben hierbei sämtliche Brückenprojekte, da in ihrem Fall rund ein Drittel der Investitionsumme auf Stahlkonstruktionen entfällt.

AACHENER RÜCK / Kapitalerhöhung durchgeführt

Prämienwachstum halbiert

HARALD POSNY, Düsseldorf

Ein auf vielen wichtigen Versicherungsmärkten in wesentlichen Sparten erhöhter Schadenaufwand hat bei der Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Aachen, im Geschäftsjahr 1982/83 (30.6.) erneut zu einem versicherungstechnischen Verlust geführt. Zwar hat sich das Ergebnis vor Schwankungsrückstellungen gegenüber dem Vorjahr geringfügig verbessert, doch weist der Geschäftsbericht nach Entnahme von 2,6 (7) Mill. DM aus dieser Rückstellung einen auf 13,9 (12,9) Mill. DM gestiegenen Verlust aus. Die Ursache dafür ist vor allem im Bereich der Feuer- und Transportversicherung zu suchen.

Bei Neugeschäft und Vertragsverlängerungen hat sich die Aachener Rück wiederum stark zurückgefallen. Was sich in einem von 12,9 auf 5,7 Prozent mehr als halbierten Prämienwachstum auf 584 Mill. DM (brutto) bzw. von 16,7 auf 11 Prozent verringerten Beitragsplus auf 380 Mill. DM (netto) niederschlagen hat.

Wesentlich besser hat sich das allgemeine Geschäft entwickelt. Aus 785 (732) Mill. DM Kapitalanlagen

wurden auch unter Ausklammerung von Sonderdividenden des Vorjahres (27 Mill. DM aus dem Verkauf von Anteilen an der amerikanischen First Colony Life Insurance) die Vermögensgegenstände gesteigert. Neben einer Sonderzuweisung von 8 (13,7) Mill. DM zur Schadenrückstellung wurde aus dem Jahresüberschuss von 5,6 (10,7) Mill. DM die Rücklage mit 2,8 (5,3) Mill. DM dotiert. Der gleiche Betrag dient der 9-DM-Ausschüttung je 50-DM-Aktie. Im Vorjahr war zudem ein Bonus von 7,50 DM gezahlt worden. Unter Berücksichtigung des o. a. Ertrags sank das Ergebnis je Aktie von 23 auf 18,20 DM.

Die Eigenmittel (zwischenzeitlich wurde das Grundkapital um 4 auf 20 Mill. DM aus Gesellschaftsmitteln aufgestockt) machten am Ende des Berichtsjahres 16,6 (17,6) Prozent der Nettobeträge aus, die versicherungstechnischen Rückstellungen 158,6 (154,6) Prozent. Trotz nicht zu erwartender durchgreifender Verbesserung des technischen Ergebnisses wird für 1983/84 bei guten Kapitalerträgen und verstärkten Reserven eine „angemessene Dividende“ möglich sein.

Pelikan verkauft Gimborn an Eckes

dos, Hannover

Die H. von Gimborn GmbH, Emmenrich, die seit 1929 zum hannoverschen Büro- und Schreibwaren-Hersteller Pelikan AG gehört, wechselt zum Jahresende 1983 in neue Hände. Nach Angaben eines Pelikan-Sprechers stehen die neuen Gesellschafter der Eckes-Gruppe in Nieder-Olm (unter anderem Marienroth und Chantre) sowie der Arag-Versicherungsgruppe, Düsseldorf, nahe.

Gimborn befaßt sich mit der Herstellung von Zubehör für Heimtiere, vor allem für Katzen und Hunde. Seit dem Frühjahr 1983 ist die Firma auch im Aquaristik-Bereich tätig. Der künftige geschäftsführende Gesellschafter, Michael Eckes, habe erklärt, die bisherigen Produktionslinien beibehalten. Pelikan beziffert den Gimborn-Umsatz auf rund 20 Mill. DM, die Zahl der Mitarbeiter mit 77. Zum Kaufpreis werden keine Angaben gemacht. Das Stammkapital wird mit 1 Mill. DM ausgewiesen.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Werner/Foster: Der Bauprozess, Werner-Verlag GmbH, Düsseldorf 1983, 644 S., 140 Mark.

Der Erfolg dieses Werkes, das sich durch eine übersichtliche Darstellung der prozessualen und materiellen Probleme des zivilen Bauprozesses einen festen Platz in der baurechtlichen Literatur erobert hat, liegt an dem hervorragenden Autorenschritt. Den Ablauf des Bauprozesses schildern sie unter dem Blickwinkel des vor den Schranken und auch des hinter den Schranken des Gerichts Stehens. Beide Sichtweisen, die des Rechtsanwaltes und die des Richters, garantieren in ihrer Kombination eine klare praxisgerechte Erläuterung. Die vierte Auflage berücksichtigt selbstverständlich die in den letzten Jahren ergangene Rechtsprechung und Literatur. Dabei erfordert die rasche Fortentwicklung des Baurechts, daß einige Kapitel umgeschrieben werden und andere ergänzt werden müssen. Die besonderen Verfahrensfragen und das spezielle Baurecht befinden sich wiederum auf dem neuesten Stand und werden in dieser Konzeption dem Praktiker wie bisher wertvolle Dienste leisten.

Friedrich Zeller: Zwangsversteigerungsgesetz, C. H. Beck Verlag, München 1983, 1739 S. (L.), 158 Mark.

Kurt Stüber, der sich als Fachmann des Vollstreckungsrechts bereits mit seinem Werk über die Forderungspfändung einen Namen gemacht hat, will an die erfolgreiche und bewährte Tradition des Werkes des im September 1982 verstorbenen Zeller anknüpfen. Vollständig neu bearbeitet berücksichtigt die Neuaufgabe Gesetzgebung und Rechtsprechung vom Stand Anfang 1983. Hinzugekommen sind Erläuterungen zu Fragen um die Bedeutung der Grundschuld als Kreditversicherungsmittel im Versteigerungsverfahren, der gesetzliche Lösungsanspruch nachrangiger Grundpfandgläubiger und der Erbschaftsteuer. Die Tabellen im Anhang bringen die für die Praxis wichtigsten Angaben zu den Diskont- und Lombardsätzen der Bundesbank, eine Statistik der mittleren Lebenserwartung und eine verbes-

serte Zusammenstellung über Zins- und Diskontierungsschemata für verschiedene Berechnungen nach dem Zwangsversteigerungsgesetz.

Heribert Prantl: Die journalistische Information zwischen Ausschlussrecht und Gemeinfreiheit, Gieseking Verlag, Bielefeld 1983, 195 S., 48 Mark.

Die Studie wurde 1982 von der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg als Dissertation angenommen und mit dem Preis der Fürstlichen Häuser Thurn und Taxis für die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften 1982 ausgezeichnet. Sie gilt in bisher nicht dagewesener Art dem sogenannten Nachrichtenschutz, dem mittelbaren Schutz der journalistischen Information durch Paragraph 1 UWG und dem Exklusivvertrag über journalistische Informationen. Die Jagd nach Exklusivverträgen geschieht im Spannungsfeld der Interessen des Informanten und der Öffentlichkeit. Der Exklusivinformant pocht auf sein Recht an den erhaltenen Informationen. Die Konkurrenten dagegen erheben den Vorwurf der Monopolisierung und fragen nach ihrem Recht auf Information. Dies sind eigene Probleme, die die vorliegende Arbeit zu klären versucht.

Günter Schaub: Arbeitsrecht, Handbuch, C. H. Beck Verlag, München 1983, 1514 S. (L.), 138 Mark.

Die Darstellung des Individualarbeits- und des Betriebsvertragsrechts stehen im Vordergrund dieses Nachschlagewerkes für die arbeitsrechtliche Praxis. Die allgemeinen Grundsätze werden systematisch dargestellt. Darin eingebunden und in einer für den täglichen Gebrauch der Praxis gebotenen Ausführlichkeit werden alle übrigen Sachfragen behandelt. So findet sich neben einer ausführlichen Abhandlung des Steuer- und Sozialversicherungsrechts auch eine leicht verständliche Darstellung des Lohnpfändungsrechts wieder. Viele Problemkreise sind in dieser 5. Auflage überarbeitet, so das Unfallsrecht und das Arbeitskampfrecht, jeweils unter besonderer Berücksichtigung der neueren Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts.

RENTENMARKT / 8¼-Prozenter zu Silvester?

Noch keine Kursfrisuren

In der Weihnachtswoche setzte sich am Rentenmarkt eine freundliche Tendenz durch. Die Kurse zogen auf breiter Front an. Motor war der leichte Zinsrückgang in den USA, wo der Zinsspekulationismus zwar etwas nachließ, der Markt aber nach wie vor einen unsicheren Eindruck machte. Die Zinsermäßigung am deutschen Kapitalmarkt um rund ¼-Prozentpunkt wurde unterstützt durch die Zurückhaltung der Dauerrentenrenten. Kursrisiken zur Vorbereitung

auf den Jahresresultate waren bisher nicht zu beobachten. Solche Operationen zur Verminderung des Abschreibungsbedarfs werden aber in dieser Woche nicht ausgeschlossen. Die Silvesteranleihe des Bundes wird, wie man in Rentenhandelskreisen erwartet, mit einem 8¼-prozentigen Coupon ausgestattet werden. Vor einem Jahr kam die Silvesteranleihe als 7¼-Prozenter, ein Zinssprung, von dem man für 1984 kaum zu träumen wagt.

Emissionen	23.12.83	16.12.83	30.12.82	30.12.81	30.12.80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,92	7,90	7,45	10,05	8,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,83	7,89	7,04	10,85	8,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	8,00	7,95	7,81	10,26	8,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,32	8,35	8,24	11,52	8,35
Kreditanstalten u. Körperschaften	7,98	8,01	7,86	10,13	8,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,75	7,77	7,43	10,50	8,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,38	8,41	7,94	9,75	8,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,90	8,00	7,63	10,19	8,41
DM-Anleihen	8,15	8,14	8,45	10,32	8,39

Wie der ehemalige Nationalspieler Joachim Deckarm sein schweres Leben meistert. Bundespräsident Karl Carstens sagte zu ihm: „Ich bewundere Sie“

Rollstuhl wird nicht mehr gebraucht, und im Schach gewinnt er

Von MARKUS BERG

Mit sanfter Geduld korrigiert die Mutter eines Flüchtigkeitsfehler ihres Sohnes, der mit unetischen Fingern die Buchstaben auf der übergeordneten Tastatur einer elektronischen Schreibmaschine erfüllt: „Joachim, da ist ein 'j' zuviel in das Wort gerutscht.“ Der junge Mann, der am 18. Januar 30 Jahre alt wird, blickt angestrengt auf den winzigen, einzelnen Monitor vor sich, preßt die Lippen aufeinander und verbessert sich. Übungen dieser Art gehören zum täglichen Pflichtprogramm des Joachim Deckarm, der einmal, wie es der frühere Bundestrainer Vlado Stenzel formulierte, „der perfekte Handballspieler der Welt“ war. Heute lebt der frühere Modellatlet in einem kleinen Reihenhaus in der stillen Haubertstraße am Stadtrand von Saarbrücken, das ihm Ruth Deckarm nach dem Tod ihres Mannes vor vier Monaten überschrieben hat.

In seinem Zimmer im ersten Stock erinnert nur wenig an den Sportler. Ein Wimpel des VfL Gummersbach, in dessen Meisterteam „Jo“, wie er von seinen Freunden genannt wird, der große Star war. In einem Sessel hockt stumm der Bär Mische, das Maskottchen der Olympischen Spiele von Moskau. Über dem Bett hängt ein blau-weißer geflochtener Teppich mit dem Symbol des Vereins TSC 1910 Tatabánya.

In der kleinen Halle dieses ungarischen Klubs in der Nähe von Budapest begann der Leidensweg des Joachim Deckarm. Bei einem Europacupspiel prallte er am 30. März 1979 mit einem Gegenspieler zusammen und schlug mit dem Kopf auf den Betonboden. Die erheblichen Hirnverletzungen wurden zunächst in Budapest, dann in den Unikliniken von Köln und Bad Homburg behandelt.

Es war ein Sturz in die Zukunftlosigkeit. 131 Tage lag der Handballer in Koma, nur seine athletische Kon-

stitution hielt ihn am Leben. Werner Hürter (64), sein erster Trainer beim TB St. Johann Saarbrücken und heutiger Betreuer, sagt: „Ich hab' gedacht, aus dem Bub wird nichts mehr. Es wäre besser für ihn, er wäre tot.“

Das ist lange her. Hürter, ein pensionierter Polizeibeamter, und sein Trainerkollege Reinhard Peters (33), im saarländischen Kultusministerium für den Schulsport zuständig, glauben längst an eine Chance für ihren Schützling, um den sie sich selbstverständlich ohne Entgelt täglich bemühen. Sie haben ein Mobilitätsprogramm entwickelt, das Körper und Geist gleichermaßen fordert und das mit Erfolgen in der Größe von Moskausteinen verlorene Fähigkeiten wiederzugewinnen versucht.

Im Wasser fühlt sich Joachim Deckarm am sichersten. Er schwimmt 60 Meter weit ohne jegliche Hilfe. „Gestern bin ich untergetaucht und habe mich am Boden mit der Brust abgestoßen“, sagt der Patient. Er spricht bedächtig, rau, scheint die Worte im Mund zu formen. Die Tonlage ist tiefster Baßbariton. „Er hat etwas geschluckt, aber dafür zahlen wir 20 Pfennig mehr Wasser“, ergänzt Hürter, und dann lachen sie beide.

Im heimischen Wohnzimmer übt Deckarm das Gehen am Stock. Den Rollstuhl braucht er kaum noch. Die Bewegungen sind ungenau, aber weitaus sicherer als vor einhalb Jahren, als er seine Beine überhaupt nicht unter Kontrolle hatte. Hier sind die Fortschritte am deutlichsten. Fingerlockungen gehören dazu, manchmal schneidet er Fratzen, um die schlaffe Gesichtsmuskulatur auf der rechten Seite zu kräftigen. Auch die Gleichgewichtsübungen, wohl der schwierigste Teil, gelingen mit Anstrengungen.

Es ist falsch, wenn sich der Besucher angesichts dieser Versuche der gewaltigen Sprungwürfe des Athle-

ten erinnert. Mitleid braucht der junge Mann am wenigsten. Verständnis und ständige Bereitschaft zur zwischenmenschlichen Beschäftigung sind gefragt. Zustatten kommen den Helfern der ausgeprägte Ehrgeiz und die über die Jahre hinweg in Spiel und Training entwickelte Disziplin des Sportlers.

„Es war sehr falsch, ihn frühzeitig als Pflegefall einzureihen“, sagt Werner Hürter. „Die Ärzte, die ihn früher behandelt haben, hätten ihn stärker beschäftigen müssen.“ Dieser Meinung war auch der bekannte Freiburger Sport-Traumatologe Professor Armin Klümper, der Deckarm unlängst mehrfach untersuchte, auch mit Frischzellen behandelte und mit einem brieflichen Tip für die „Rehabilitation der Muskulatur der unteren Extremität nach Meniskusoperationen oder allgemein einer Operation im Bereich des Kniegelenks“ heimschickte.

Im Umgang mit Messer und Gabel ist dies schon gelungen. Seitdem er sich dort sicherer fühlt, drängt es Jo häufiger außer Haus. Früher kapselte er sich ab. Junge Handballer holen ihn zu Spielen ihrer Mannschaft ab, seine ehemalige Grundschullehrerin Hildegard Arend übt regelmäßig mit ihm Lesen und Schreiben. Längere Worte kann er noch nicht recht erfassen, kurze greift er schnell auf. Zuweilen beantwortet er seine Post, die sich vor Weihnachten häufte, mit ein paar Sätzen, die grammatikalisch richtig sind, auf der Schreibmaschine. Zweimal wöchentlich kommt ein Zivildienstleistender und spielt mit ihm Schach. Die erste von drei Partien gewinnt Jo regelmäßig, dann verliert er, weil das Zusatzpotential an geistiger Konzentration nicht ausreicht.

Die Stabilisierung der Muskeln im Hüftbereich war in der Uni-Klinik Freiburg schon nach zehn Tagen offenkundig. Seitdem möchte Deckarm mit seinen Helfern öfter an die

frische Luft. „Wir müssen uns nicht verstecken“, sagt Hürter und erfüllt diesen Wunsch immer wieder gern.

Das Unglück von Tatabánya habe ihr Sohn innerlich verarbeitet, ja sogar akzeptiert, glaubt Ruth Deckarm. Es belastet ihn nicht, wenn darauf die Sprache kommt. Nur als Zuschauer beim Handball wird er zuweilen unruhig.

Vor einer Woche war der Patient unter seinen Freunden in Gummersbach beim Spitzenspiel des VfL gegen Großwallstadt. Sein väterlicher Freund Eugen Haas, der Gummersbacher Handballobmann, kümmerte sich um ihn, Bundespräsident Professor Karl Carstens drückte ihm die Hand: „Ich habe Sie als Sportler immer bewundert und bewundere Sie heute, wie Sie Ihr schweres Schicksal ertragen.“ Als ein Bekannter ihm nachher im Scherz empfahl, sich nach dem Händedruck so bald nicht mehr die Finger zu waschen, meinte Deckarm: „Das gilt aber auch für den Herrn Präsidenten.“

Die immensen Behandlungskosten wurden bisher total von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Saarbrücken getragen. Vom Sonderfonds der Deutschen Sporthilfe (Konto: Dresdner Bank Frankfurt 93 210 300, Bankleitzahl 5 008 400 00) wurden die Spezialschreibmaschine und vor einigen Tagen (für rund 6000 Mark) ein speziell für seine Bedürfnisse entwickelter Fahrrad-Ergometer bezahlt. Ansonsten blieb der Fonds, der nach verschiedenen Aktivitäten gut 600 000 Mark enthielt, bisher unangestastet.

„Lieber Pressefotograf“, schrieb Joachim Deckarm auf seiner Maschine, „als wir uns verabschiedeten, hoffentlich schicken Sie mir ein paar Fotos.“ Als wir versicherten, darauf könne er sich verlassen, sagte er lächelnd: „Hoffentlich bin ich da nicht verlassen.“

Sicher nicht, wo sich so viele Menschen um ihn sorgen.



Training auf dem eigenen für ihn entwickelten Fahrrad-Ergometer: Joachim Deckarm und sein Betreuer Werner Hürter. FOTO: TILLMANN

FUSSBALL

Malta prüft 1:12-Debakel

Der Fußball-Verband von Malta hat angesichts der herben Kritik nach der 1:12-Niederlage im Europameisterschafts-Qualifikationsspiel am Mittwoch letzter Woche gegen Spanien einen Untersuchungsausschuss gebildet, der sich mit den Hintergründen der Schlappe in Sevilla befassen soll. Spanien konnte durch den Sieg mit den erforderlichen elf Toren Unterschied Holland im Kampf um die Qualifikation zur Endrunde der Europameisterschaft noch abfangen. Die französische Presse sprach von einem „Skandal“ und vermutete Manipulationen.

Der Ausschuss soll sich aus Regierungsmitgliedern, einem ausgewählten Sportjournalisten und einem Richter zusammensetzen. Der Verband hatte nach der Begegnung Protest eingelegt, weil einige seiner Spieler während der Partie von Gegenständen getroffen worden seien. Außerdem hatte der Verband den fehlenden Schutz nach dem Schlußpfiff beklagt, als die enthusiastischen spanischen Fans den Platz gestürmt hatten.

FUSSBALL

Quartier nahe Paris

Gut zwei Wochen vor Auslösung der beiden Endrunden-Gruppen (10. Januar) weiß die deutsche Fußball-Nationalmannschaft schon, wo sie vor und während der vom 12. bis 27. Juni 1984 stattfindenden Europameisterschaft wohnen wird. Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) buchte für den Titelverteidiger in St. Germain-en-Laye ein Hotel, das in einem Waldgebiet 15 km westlich von Paris liegt und bereits oft der französischen Nationalmannschaft als Quartier diente. In unmittelbarer Nähe befindet sich das Gelände des FC St. Germain, auf dem die DFB-Auswahl trainiert wird.

Anders als vor der WM 1982, als man zunächst eine Woche im Schwarzwald weilte, wird Jupp Derwall mit seinem Team das gewählte Quartier zuvor auch schon als Trainingslager nutzen. Die Bundesliga-Saison endet am 26. Mai 1984. Am 5. Juni – also eine Woche vor Turnierbeginn – reist die Mannschaft nach Frankreich. Im Gegensatz zur EM 1980 und zur WM in Spanien werden Pressevertreter diesmal nicht im DFB-Quartier wohnen.

Spieler der deutschen Mannschaft sind in der Vorrunde Straßburg, Lens und Paris, für das Halbfinale kommen Lyon und Marseille in Frage, das Finale findet in Paris statt. Die Nationalität wird zu ihren Begegnungen entweder am Spielfeld oder am Vorabend per Bus, Schnellzug oder Flugzeug aus Paris anreisen.

DOPING

Arzt warnt vor Hysterie

Vor einer um sich greifenden Doping-Hysterie hat der Freiburger Sportmediziner Josef Keul gewarnt. In einem Interview mit dem saarländischen Rundfunk machte der Mannschafsarzt mehrerer deutscher Olympiamannschaften deutlich: „Die Doping-Analytik ist inzwischen kompliziert geworden. Sie ist im Vergleich zu den anderen Möglichkeiten der sportmedizinischen Forschung viel zu stark ausgebildet.“

Als Beweis führt Keul die ständige Erweiterung der Liste verbotener Substanzen durch das Internationale Olympische Komitee an. Bei etlichen der mittlerweile 69 Präparate sei eine positive Leistungsbeförderung völlig ungewiss, wie auch die wissenschaftliche Nachweisbarkeit mancher Substanzen stark umstritten sei. Dabei wies der Freiburger Mediziner auf das männliche Hormon Testosteron wie auch auf das in Kaffee und Cola-Getränken enthaltene Koffein hin. Besonders bei Koffein gehe man über den eigentlichen Zweck der Doping-Kontrollen weit hinaus. Es stehe zwar auf der Liste der verbotenen Substanzen, dennoch seien bei den Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Helsinki überall – an den Wettkampfstätten, in den Umkleidekabinen, ja sogar in den Wartebäumen für Doping-Kontrollen – koffeinhaltige Getränke ausgeschenkt worden.

Dies sei eine äußerst fragwürdige Geschichte, sagte Keul. Man solle deshalb diese Stoffe von der Dopingliste streichen und die Suche auf jene Substanzen beschränken, die wirklich Leistungssteigerungen bewirken und wissenschaftlich nachweisbar sind. Dies sei der Fall bei Aufputschmitteln und anabolen Steroiden. Nach Auffassung von Keul müßte bei der Lösung des Doping-Problems ein anderer Weg eingeschlagen werden: „Wenn wir alles auf die Analytik und die Kontrollen verlagern, wie dies derzeit der Fall ist, und dort immer besser werden, aber nicht die Selbstverantwortung der Athleten, Trainer und Betreuer stärken, läuft das Schiff auseinander.“

SPORT-NACHRICHTEN

Senne flog Weltrekord

Melbourne (sid) – Erwin Müller aus Ulm und Karl Senne, Sportmoderator des Zweiten Deutschen Fernsehens, erreichten in Australien einen Weltrekord im Segelfliegen. Mit einer Mi-2 legten sie über der Wüste von Bond Springs im Ziel-Rückkehr-Fliegen 1040 Kilometer zurück. Die alte Bestmarke stand bei 1001 km.

Viel Geld für Zico

Rio de Janeiro (sid) – Der brasilianische Fußballstar Zico erhält von seinem ehemaligen Verein FC Flamengo umgerechnet 1,65 Millionen Mark. Das sind 15 Prozent der 11 Millionen Mark Ablöse, die der italienische Klub FC Udinese vor Saisonbeginn für Zico bezahlen mußte.

Olympia-Test fiel aus

Sarajevo (sid) – Der Olympia-Test für die deutsche Damenmannschaft im alpinen Skilauf auf der Strecke von Sarajevo fiel ins Wasser. Bis zum 30. Dezember wollte Cheftrainer Willi Lisch mit seinen Damen auf der Olympiapiste üben. Anhaltender Regen und Temperaturen von zehn Grad machten das unmöglich.

Rummenigge Viertler

Buenos Aires (sid) – Bei einer von der argentinischen Wochenzeitung „El Grafico“ veranstalteten Wahl wurde Michel Platini, Franzose in Diensten von Juventus Turin, mit 185 Punkten „Fußballer des Jahres“ gewählt. Die weiteren Reihenfolge: 2. Falcao (AS Rom/117 Punkte), 3. Zico (FC Udinese/65), 4. Rummenigge (Bayern München/59), 5. Maradona (FC Barcelona/43), 6. Magath (Hamburger SV/40).

Sieg für Liboton

Diegem (sid) – Querfelden-Weltmeister Roland Liboton kam im belgischen Diegem zu seinem 14. Saisonsieg im 15. Rennen. Der 26 Jahre alte Belgier verwies auf der 25 km langen Strecke den Holländer Hennie Stammeijer auf den zweiten Platz. Raimund Dietzen aus Trier kam nur auf Platz 19. Dietzen hatte einen Tag zuvor ein Rennen in Luxemburg gewonnen.

Von Bezirksliga zu Schobel

München (sid) – Handball-Bundestrainer Simon Schobel berief den bis-

herigen Bezirksligaspieler Hans Kögel vom TV Neugablonz in den Kader der Nationalmannschaft zu einem Lehrgang in der Sportschule Steinbach. Der 22 Jahre alte und zwei Meter große Rückraumspieler wird künftig für den Regionalklub TSV Miltershofen spielen.

Eishockey: Junioren 1:6

Nyköping (sid) – Die Junioren-Auswahl des Deutschen Eishockey-Bundes unterlag zum Auftakt der Weltmeisterschaft in Schweden der CSSR 1:6. In Nyköping zeigten die deutschen Junioren ein gutes Spiel und hielten im ersten Drittel ein 1:1.

Meisterschaft abgesagt

Bubenbach (sid) – Wegen Schneemangels wurden die deutschen Meisterschaften im nordischen Skisport, die am 28./29. Januar in Bubenbach/Schwarzwald stattfinden sollten, abgesagt. Der neue Termin ist der 25./26. Februar.

Nominierung in Etappen

München (sid) – Die Nominierung der deutschen Olympia-Mannschaft für die Winterspiele 1984 in Sarajevo erfolgt in zwei Etappen. Die „hundertprozentig sicheren Fälle“, so Helmut Meyer vom Bundesausschuß für Leistungssport, werden am 10. Januar 1984 in Frankfurt vom Nationalen Olympischen Komitee (NOK) für Deutschland, die restlichen Athleten am 18. Januar in München benannt.

ZAHLEN

ESHOCCY
Weltmeisterschaft der Junioren in Nyköping/Norwegen: CSSR – Deutschland 6:1, UdSSR – Schweiz 14:2, Schweden – USA 4:1, Finnland – Kanada 4:2. Freundschaftsspiel: Mannheim – Földi Kladno/CSSR 4:1.

TENNIS
Leistungssport der Junioren in Miami Beach, Klasse unter 16 Jahren, Halbfinale: Becker (Deutschland) – Morello (Mexiko) 7:5, 6:0. Finale: Olesar (Jugoslawien) – Becker 2:6, 7:6, 6:0. Becker mußte wegen einer Knieverletzung aufgeben. – Mädchen, unter 16 Jahren, Finale: Foltz (USA) – Rossides (USA) 7:5, 7:6.

GEWINNZAHLEN
Lotto: 15, 17, 31, 32, 40, 47, Zusatzzahl: 46. – Spiel 77: 1 3 3 3 4 4 4. (Ohne Gewähr)

FUSSBALL / Fast überall weniger Zuschauer

Bundesliga steht im Vergleich noch gut da

GREGOR DERICHS, Düsseldorf

Die deutsche Fußball-Bundesliga klagt seit Jahren über rückläufige Zuschauer-Zahlen. Ein Blick über die Grenzen zeigt aber: Es gibt viele Länder mit weit größeren Sorgen. Leere Stadien gehören zur Fußball-Landschaft ebenso wie hohe Schuldenberge. Mit 190 Millionen Mark stehen die Vereine der ersten spanischen Liga in der Kreide, aus England wird die neue Rekordhöhe von 250 Millionen Mark Schulden gemeldet. Dazu gibt es in Spanien und Frankreich Profi-Klubs, die nur durch staatliche Subventionen vor dem Bankrott bewahrt werden.

Mit dem Durchschnitt von 20 730 Zuschauern pro Spiel (Ende der Hinrunde) nimmt die Bundesliga in Europa einen Spitzenplatz ein. Sie hat erstmals die erste englische Division (20 130) überholt, die seit der Ausrichtung der WM 1966 sechs Millionen ihrer damals 15,3 Millionen Besucher verloren hat. Höher als in Deutschland liegt der Zuschauerspruch nur in Italien (33 274) und Spanien, wo offizielle Angaben fehlen, die Liga allerdings von der Attraktion der Großklubs Real Madrid und FC Barcelona abhängig ist.

Insgesamt spüren auch die Spanier sinkendes Interesse. Nicht anders ist es in Portugal (8250 Zuschauer pro Spiel), wo mit einem Minus von mehr als 25 Prozent der größte Rückgang verbucht wurde. In Dänemark (3119 / minus 9,5 Prozent) und Österreich (3337 / minus 7,2) ging es ebenfalls deutlich bergab, während in Belgien (9275), Holland (9211) und Frankreich (14 588) nur knapp das Vorjahres-Niveau verfehlt wurde. Auffällig dabei ist, daß sich in Dänemark und Portugal die überraschenden Erfolge der Nationalmannschaften nicht auswirken. Die Dänen schafften in der Qualifikation zur Europameisterschaft England, die Portugiesen die Sowjetunion aus.

Ein Plus machten lediglich die Nationalliga A in der Schweiz (5500) und die schwedische Meisterschaftsrunde (6060), wo zudem ein neuer Play-Off-

Modus mit 14 Spielen 100 000 Zuschauer mehr in die Stadien lockte. In Italien wird sogar eine weitere Steigerung erwartet. Der Toto-Skandal von 1979 ist vergessen. Es wackelt sogar die absolute Bestmarke von durchschnittlich 38 300 Zuschauern pro Spiel aus der Saison 1973/74.

Ausgelöst wurde der neue Boom vor allem durch brasilianische Fußball-Artisten wie Zico, Falcao und Cerezo, denen die Klubs ungeachtet aller Schulden Jahressummen von zwei Millionen Mark garantierten. In dieser ungesunden Lage kommt ein Angebot des privaten Fernsehens („Kanal 5“) aus Mailand gerade recht: 45 Millionen Mark will der Sender ab der nächsten Saison zahlen. Bisher honoriert das staatliche Fernsehen RAI die Übertragungsrechte mit 13 Millionen Mark jährlich.

Kraß ist der Niedergang in England. Mit 250 Millionen Mark sind die Schulden der 92 Profi-Klubs fast viermal so hoch wie bei den 38 Lizenzvergebern der beiden deutschen Profiligen, deren Verbindlichkeiten derzeit etwa bei 66 Millionen Mark liegen. Die englischen Banken weigern sich neuerdings, die immensen Ablösesummen für Spieler durch Kredite zu finanzieren.

Die Klubs suchen fieberhaft nach neuen Einnahmequellen, wobei das Konzept, sich in Aktiengesellschaften umzuwandeln, vielerorts schon wieder fallengelassen wurde. Denn die Aktien der Tottenham Hotspur, den Vorreitern dieses Modells, haben keineswegs die erhoffte stürmische Entwicklung an der Börse genommen.

Auf Unterstützung durch die öffentliche Hand, wie sie in Spanien und Frankreich geleistet wird, kann der englische Fußball nicht hoffen. Die französischen Erstliga-Klubs werden in diesem Jahr mit 17,5 Millionen Mark (58 Millionen Franc) subventioniert. „Würden wir nicht zahlen, wären viele Vereine in drei Monaten tot“, meint Guy Leclercq, Bürgermeister und Vereinspräsident in Brest.

TENNIS / 1:1 zwischen Australien und Schweden

Doppel wird Finale des Davis-Cups entscheiden

sid, Melbourne

Der Kampfkraft des 23 Jahre alten John Fitzgerald verdanken es die Australier, daß sie ihre Hoffnungen auf den 25. Sieg im Davis-Cup nicht schon vorzeitig aufgeben mußten. Fitzgerald, Nummer 30 der Welttrangliste, glied mit „Kooyong-Stadium“ von Melbourne die 1:0-Führung der Schweden durch ein 6:4, 6:2, 4:6, 6:4 über Joakim Nystrom nach dem ersten Spieltag aus. Zuvor hatte der 19 Jahre alte Welttranglisten-Vierte Mats Wilander den ein Jahr jüngeren Pat Cash erwartungsgemäß mit 6:3, 4:6, 9:7, 6:3 bezwungen.

Nach diesem Gleichstand ergibt sich für beide Trainer die gleiche Situation. Überstimmend sagen Neale Fraser (Australien) und Hans Olsson (Schweden): „Jetzt wird das Doppel die Entscheidung bringen.“ Hier stehen sich heute die vor 14 Tagen bei den „Australian Open“ am gleichen Stille siegreichen Routiniers Mark Edmondsson/Paul McNamee und die im Frühjahr bei den „French Open“ in Paris erfolgreichen schwedischen Nachwuchsspieler Anders Jarryd/Hans Simonsson gegenüber. Morgen spielt zunächst Cash gegen Nystrom, bevor Fitzgerald und Wilander das Schlussspiel bestreiten.

Der eher zurückhaltende Mats Wilander hatte die Chance für sein Team vor dem 72. Finalkampf optimistisch beurteilt: „Ich glaube, wir sind jetzt alle auch auf Gras die besseren Spieler.“ Das sagte der Schwede, weil seit Ende November genügend Zeit bestand, um sich in Australien auf die Klima- und Platzverhältnisse optimal einstellen zu können. Die Umstellung auf den Grasboden war ohnehin nicht problematisch, weil der Platz nach Regen und anschließend starker Sonneneinstrahlung mehr einem Hartplatz glich.

Wilander war aber auch deshalb optimistisch, weil er und seine Kollegen in den letzten Wochen die besseren Resultate vorweisen konnten. Im Vorfeld des Finales besiegte Wilander bei den internationalen australischen Meisterschaften in Melbourne im Finale Ivan Lendl (CSSA),

den er damit auch vom Platz eins in der Grand-Prix-Wertung 1983 verdrängte.

Doch nach seinem sehr sicheren Erfolg über Pat Cash, der in Melbourne zu Hause ist, sagte der Schwede nachdenklich: „Es ist weitaus schwieriger, für sein Land zu kämpfen, als auf eigene Rechnung zu spielen. Der Davis-Cup hat seine eigenen Gesetze, der Druck ist bei weitem größer als etwa bei einem Grand-Prix-Turnier.“

Gerade die eigenen Gesetze des Davis-Cup mußte Wilanders Landsmann Joakim Nystrom anschließend besonders schmerzhaft erfahren. Nach dem 0:2-Satz-Rückstand gegen Fitzgerald gewann der Schwede den dritten Durchgang sicher mit 6:4 und hatte bei einer 2:0-Führung im vierten Satz gleich sechsmal die Chance, Fitzgeralds Aufschlag zum 3:0 zu durchbrechen und damit dem Spiel noch eine Wende zu geben. Der Australier aber erinnerte in dieser für ihn kritischen Phase mit seinem gradlinigen Angriffsspiel an die Glanzleistungen beim 3:2-Halbfinal-Sieg über Frankreich im Oktober in Sydney, als er gegen den Linkshänder Henri Leconte am Eröffnungstag ebenfalls für den 1:1-Ausgleich und gegen den Welttranglisten-Fünften Yannick Noah am Schlußtag für die Entscheidung gesorgt hatte.

Brian Tobin, Australiens Verbandspräsident, ist deshalb auch sehr zuversichtlich: „Wir haben das bessere Doppel, Cash müßte Nystrom schlagen, und außerdem hat Fitzgerald gegen Wilander ebenfalls eine gute Chance.“ Der erste Davis-Cup-Sieg nach dem 3:1 über Italien 1977 in Sydney und sechsjähriger Pause ist bei der 40. Finalteilnahme für die Australier in greifbare Nähe gerückt. Mit 24 Siegen steht Australien an zweiter Stelle hinter den USA in der ewigen Siegerliste. Der Cupverteidiger scheiterte in diesem Jahr bereits in der ersten Runde an Argentinien. Die Südamerikaner sind im 73. Davis-Cup-Wettbewerb der erste Gegner der deutschen Mannschaft in Stuttgart (24.-26. Februar 1984).

STANDPUNKT / Die soziale Offensive des Sports rollt – sie hat viele Partner . . .

Willi Weyer, der Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB), hat zur Weihnachtzeit schon Tradition, Bilanz gezogen. Im Presse-dienst des DSB schrieb er so etwa: „Eine Standortbestimmung des deutschen Sports vor dem olympischen Jahr. Die Welt durch Willi Weyers Kommentar als „Standpunkt“.“

Von WILLI WEYER

Der Sport verändert sein Gesicht. Viele neue Züge hat er hinzugekommen. Die Vereine sind für jedermann offen und bieten moderne Formen in angepaßten Strukturen an. Das gute Ergebnis läßt sich auch aus den Zahlen des jährlichen Zuwachses ablesen: Eine viertel Million neuer Mitglieder 1983! Vor allem ältere

Menschen und Frauen, behinderte, minderbegünstigte und ausländische Mitbürger suchen sportliche Betätigung, Gemeinschaft und Geselligkeit in den Vereinen.

Diese soziale Offensive des Sports hat viele Partner, die sich leicht aus den Trümm-Aktionen ablesen lassen: Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Banken, Sparkassen und Versicherungen, Kirchen, Kommunen und viele andere. Gerade die Gemeinden sind es, die in einer Zeit angespannter Finanzlage dem Sport die Treue halten, weil sie am besten wissen, daß Verlaß ist auf die Turn- und Sportvereine und auf die freiwillige Leistung ihrer Mitarbeiter, ohne die nichts läuft.

Diese freiwilligen Helfer in allen gesellschaftlichen Organisationen be weisen, daß das so oft mißbrauchte Wort vom Gemeinnutz, der vor Eigennutz geht, für ein freiheldedemokratisches Gemeinwesen besonders gilt, auch wenn Gerichtsanteile, wissenschaftliche Gutachten und amtliche Stellungnahmen es gelegentlich besser wissen wollen und im letzten Jahr zu Schließung oder Nutzungsbeschränkung so mancher Sportanlage führten. Dies kann nicht lautlos hingenommen werden.

Wir alle werden allerdings lernen müssen, früher miteinander zu sprechen und die Interessen des einzelnen mit den Wünschen der Gemeinschaft abzustimmen. Gibt es denn

nicht auch ein Recht auf Freude am sportlichen Spiel? Die soziale Offensive des Sports kommt jedenfalls ohne die Toleranz der Nachbarn, ohne die Einsicht der öffentlichen Hände und ohne die Hilfen aller, die sie mittragen können, nicht aus. Gerichte sollen hier wirklich die letzte Instanz bleiben.

Alle sprechen vom Frieden. Der praktische Beitrag des Sports für den inneren Frieden ist die Fairneß; denn die mehr als 18 Millionen organisierten Bürger in 60 000 Vereinen wollen nicht nur selbstverantwortlich etwas für ihre Gesundheit tun, sondern auch lernen, fair miteinander umzugehen. Dies ist auch unser Modell für

den äußeren Frieden. Die Schwachstellen sind bekannt und wir werden Maßnahmen ergreifen, um das weltweite Problem brutaler Wettkämpfe, sportlichen Wettrüstens und polizeilichen Mißbrauchs des Sports zu überwinden.

Dies verlangt tägliche Bewährung von allen. Rückschläge sollten uns nicht entmutigen und schwierige Lagen uns nicht wehleidig machen. Der Sport in unserem Lande hat alles, um mehr zu sein als lediglich ein Abbild der Gesellschaft. Er kann zwar nicht ausgleichen zwischen unterschiedlichen politischen Meinungen, aber er kann doch die emotionale Basis für ein besseres Verständnis zwischen differenzierten Standpunkten schaffen.

fen, sich wenigstens in den Prinzipien des Sports verbunden zu fühlen – in Fairneß, Freundschaft, Gerechtigkeit und Solidarität!

Wer die Zukunft meistern will, muß diesen Ausgleich mit aller Kraft suchen. In diesem optimistischen Geist gehen wir an die nächsten Aufgaben heran – an die Olympischen Spiele 1984 ebenso wie an die neuen Kampagnen im Sport für alle, an die fortlaufende Anpassung unserer organisatorischen Strukturen ebenso wie an die Weiterbildung unserer ermüdeten Mitarbeiter. Der DSB ist sicher, daß dann in den Vereinen mit dem alten Elan auch die neuen Aufgaben gemeistert werden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Folgen einer Utopie

Bundeskanzler Kohl hat sich gegen eine 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich ausgesprochen. Ihm wird deshalb vom Deutschen Gewerkschaftsbund vorgeworfen, damit in die Tarifautonomie einzugreifen. Ist dem wirklich so? Was beinhaltet die Tarifautonomie? Wie der Name sagt, das Aushandeln von Löhnen. Geht es im vorliegenden Fall aber darum? Nein!

Die Gewerkschaften wollen mit ihrer Maßnahme die Arbeitslosigkeit beseitigen. Die Arbeitslosigkeit zu beseitigen ist jedoch Aufgabe der Regierung, wenn sie dabei auch auf die Mithilfe der Sozialpartner angewiesen ist. Im vorliegenden Fall dagegen greifen die Gewerkschaften einseitig in die Befugnisse der Regierung ein. Nicht die Tarifautonomie wird hier verletzt, sondern die Zuständigkeit der Regierung. Sollten die Gewerkschaften ihr Vorhaben mit einem Streik ertrotzen wollen, so wäre das ein Mißbrauch des Streikrechts, ein verbotener Streik.

Gewiß erscheint das angestrebte Ziel als sozial und ökonomisch lobenswert. Sozial, weil es die Not der Arbeitslosen mindert, ökonomisch, weil es den Staat von der Zahlung weiterer Arbeitslosenunterstützungen und der Kommunen von der Gewährung von Sozialbeiträgen befreit. Es fragt sich nur, womit dieser Erfolg erkauft wird. Mit einer etwa 15prozentigen Lohnsteigerung! Und das zu einer Zeit, die so gut wie keinen Anlaß für eine Lohnsteigerung gibt.

a) weil die Inflationsrate selten niedrig ist,
b) weil das Wirtschaftswachstum kaum ein Prozent beträgt. Dabei gilt diese hohe Lohnsteigerung nicht nur für die gegenwärtigen Arbeitnehmer, sondern auch für die zukünftig eingestellten Arbeitslosen.

Daß dadurch alles teuer wird, sowohl im Inland wie für den Export, daß dadurch der Absatz stockt, kündigt die Gewerkschaften nicht. Würde durch diesen Schritt ein großer Teil der Arbeitslosen von der Straße geholt, so könnte man sich mit dem Preis Opfer vielleicht noch abfinden. Aber nach Ansicht aller, die nicht Gewerkschafter sind, ist der erwartete Erfolg zweifelhaft, sei es, daß die Arbeitgeber infolge einer Absatzminderung Arbeitsplätze einsparen, sei es, daß sie sich zu weiteren Rationalisierungen gezwungen sehen. Man kann deshalb nur fragen: Haben die Herren Funktionäre beim Deutschen Gewerkschaftsbund keine anderen Ideen?

Eine Arbeitszeitverkürzung, hier auf 35 Stunden, ist im Grundsatz sicher richtig. Wenn die Gewerkschaften nicht wären, hätten wir heute noch, wie ich annehme, die 48-Stunden-Woche. Schon in Anbetracht der fortschreitenden Rationalisierung muß eine Arbeitszeitverkürzung mit der Entwicklung Hand in Hand gehen. Freilich soll dabei durch eine Verkürzung der Stundenzahl die Kaufkraft nicht gemindert werden und der Lebensstandard nicht sinken. Doch in der gegenwärtigen Lage ist ein solcher Schritt allen Ernstes ein Experiment.

Die Tarifpartner sollten sich deshalb, wenn kein anderer Weg aus den Streitigkeiten herausführt, das Risiko teilen und den Lohnausgleich zur Hälfte vornehmen, um in den kommenden Jahren, für die ein gewisser Aufschwung erwartet wird, das Lohn-Defizit wieder auszugleichen.

Dr. Klien,
Pinneberg

Als nunmehr Selbständiger mit durchaus noch vorhandenen gewerkschaftlichen Erinnerungen aus früheren Berufsjahren ist es teils vernünftig, teils traurig, der Diskussion über die verschiedenen Arbeitszeitkürzungsmodelle zu folgen.

Unstreitig ist, daß zu wenig Arbeit bei derzeit gültigen Kosten für Arbeitswillige vorhanden ist. Unstreitig ist auch, daß genügend Arbeit zu den Nettokosten der Schwarzarbeit vorhanden ist und auch geleistet wird.

Die vorgelegten Modelle der Gewerkschaften und der Bundesregierung zur Arbeitszeitverkürzung haben den großen Nachteil, daß sie nur den legalen Bereich des allgemeinen Arbeitslebens betreffen, die vielfältigen Bereiche der Schwarzarbeit aber außer acht lassen.

Die 35-Stunden-Woche, logischerweise zu den Kosten von 35 Stunden, kann natürlich ein Segen sein, wenn sie gesetzlich festgeschrieben wird und für alle Beschäftigten gilt. D. h. es müssen Zwangsmittel her, und normale Unternehmer und Freiberufler unterliegen ebenso diesem Gebot wie abhängig Beschäftigte. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit und der Beginn der Ruhestandsphase mit dem 58. oder 58. Lebensjahr macht volkswirtschaftlich nur Sinn, wenn auch sie für alle Wertschöpfenden gilt.

Bei dem Blimschen Modell ist zu erwarten, daß rüstige Endflitzer, unbeschwert und heiter dem Alter entgegengehend, von vergreiselten Freiberuflern und Politikern nur neidische Aufmerksamkeiten erhalten können.

Der derzeitige Diskussionsstand zeigt klar, daß der Faktor Arbeit nur verhärtet einseitig als Kostenstelle, und auf der anderen Seite als Zwangszeit gesehen wird. Wir müssen dahin kommen, den Lebensinhalt Arbeit neu zu definieren.

Vielleicht ist die Zeit reif, den Weg zurückzugehen, d. h. die Wertschöpfung durch Maschinen erhöht zu besteuern und der menschlichen Wertschöpfung steuerliche Erleichterung zu gewähren.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Jürgen Griebel,
Berlin 33

Schweigepflicht!

Wer schützt vor solchen Staatsanwaltschaften?

Die Bonner Staatsanwaltschaft, die die Pressekonferenz im Flick-Komplex gaben, sind Beamte. Im Beamtengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen ist wie in jedem deutschen Beamtengesetz eine Schweigepflicht normiert.

Diese Pflicht haben diese Staatsanwälte ohne erkennbaren Grund durch diese Pressekonferenz verletzt. Strafbar gemäß Paragraph 353 d Ziffer 3 StGB ist ihr Verhalten zwar nicht, weil sie nicht „im Wortlaut“ vorgetragen haben, ein Verstoß gegen die beamtenrechtliche Schweigepflicht bleibt nach wie vor.

Möglichweise als Flucht nach vorn wird geprüft, ob die Veröffentlichung im „Spiegel“ und im „Stern“ strafbar seien. Wer aber prüft oder gar ahndet die beamtenrechtlichen Verstöße der o. a. Bonner Staatsanwälte? Und, falls dies nicht geschieht, wer zieht die dafür Verantwortlichen zur Verantwortung?

Mit freundlichen Grüßen
Friedrich Schöberl,
Isarhahn

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntypisch zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Jagd und Natur

„Leserbrief: Alles verkümmert“, WELT vom 17. November

Daß Herr Dr. Dr. Klaus Sojka aus Hamburg 61 die Jäger und ihre Bräuer nicht leiden kann, ist seine Privatangelegenheit.

Daß man die Jagd und die Jäger für die Verkümmern der Natur verantwortlich macht, ist schlicht falsch!

Der Eisvogel, der Fischreiher, der Fischotter sind nahezu ausgerottet, nicht durch die Jäger, sondern durch die Teichwirte, und Angler. Der Große Brachvogel und das Birkwild sind z. B. in der Umgebung von Soltau abgewandert, weil man eine städtische Mülldeponie in ein Moor verlegt hat. Glaubt Herr Dr. Dr. Sojka im Ernst, daß jemals ein Jäger einen Schwarzwurich geschossen hat, den es – Gott sei Dank – noch gibt?

Immer aus dem Bereich Soltau könnte ich namentlich auflisten. Der Beruf ist nicht ausgestorben, sondern er ist ein Wandergewerbe geworden. Seine Stationen sind: Obstblüte im Alten Land, Rapslüte in Holstein, Tannen- und Lärchenblüte in Süddeutschland und im August Heideblüte in der Lüneburger Heide. Die bunten Kästen gibt es noch, wenn auch der Heidebewuchs in beängstigender Weise zurückgegangen ist. Man will nicht einsehen, daß die Schuckenhaltung allein nicht zum Erhalt der Heideflächen ausreicht. Man hat vereinzelt erfolgreich neue Mittel und Wege gefunden. Was haben aber die Jäger damit zu tun?

Ist Hörschall in der Natur etwas Straßes? Er erklingt weit öfter bei Reit- als bei Schießjagden. Die Hetzjagd auf lebendes Wild ist seit 1928 in Deutschland verboten. Warum sollen Jäger nicht auch alte Bräuer hochhalten? Das tun andere Berufe auch. Hat der Leserbriefverfasser einmal daran gedacht, welche angenehme Einnahmequelle die nicht angenehme Jagdpächter für manche Gemeindegeldbesitzer sind? Welche Summen werden im Handel mit Jagdwaffen und Munition oder Jagdbeleidung umgesetzt, und essen nicht viele gern einen Wildbraten?

Nein, der Jäger ist am wenigsten an der Vermehrung der Natur schuld. Ich habe seit 1945 keine Jagdwaffe mehr angeführt, bin nur noch eifriger Naturbeobachter.

Kl. Bahr,
Soltau-Ahlten

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Blech-Trommler

„Grass steht auf Wehrtafeln“, WELT vom 19. Dezember

Herr Grass, früherer Blechtrommler für Willy Brandt, leidet – sein Leiden könnte man ja wohl progressiven doppelseitigen Realitätsverlust nennen. Oder genießt er ihn?

Einerseits unfähig, zu lesen oder zu begreifen, daß die Bundesrepublik ihre Bundeswehr und die gesamte NATO rein defensiv sind, überschätzt er andererseits seine „Mission“ und seine missionarische Potenz im Ungeheuren: Herr Grass ist angetreten, der Republik seinen Willen aufzuzwingen.

Dies allein wäre nur lächerlich. Gefährlich ist nicht Herr Grass, gefährlich ist die Tatsache, daß er und seine gleichartigen Beifall finden.

Ich stelle mir vor, jemand im Ostblock äußerte sich dort über sein sozialistisches Staatswesen in ähnlicher Weise – er würde im Irrenhaus landen!

Mit freundlichen Empfehlungen
K. Kroymann,
Hamburg 36

Fakten aus Afrika

Stimmen und Nationen im modernen Afrika, GEISTIGE WELT vom 18. Dezember

Sehr geehrte Herren,
mit Interesse lese ich immer Ihre Beiträge in der Beilage GEISTIGE WELT, so auch den Beitrag von Vumbi-Loko Mbuta.

Nur hätte sich Herr Mbuta etwas mehr um die Fakten kümmern müssen, so:

Angola und Cabinda sind nie Kolonien gewesen, sondern waren Überseeprovinzen von Portugal, was ein großer Unterschied zu den Kolonien der Engländer und Franzosen in Afrika ist. Weiterhin wurde Cabinda nicht erst in Addis Abeba in seinen heutigen Grenzen festgelegt, sondern bereits 1884/85 in Berlin mit der damals festgelegten Kongo-Akte. Seit dieser Zeit gehörte Cabinda als Enklave zur Überseeprovinz von Portugal.

Heute würden Zaïre oder die Volksrepublik Kongo die Enklave gerne übernehmen, schon wegen der großen Ölvorkommen dort.

Mit freundlichen Grüßen
A. W. von Harpe,
Detmold

Lohnende Aufgabe

„Europa droht Abstieg zur mikroelektronischen Kolonie“, WELT vom 19. Dezember

Sehr geehrte Herren,

Berni Conrads Bericht stimme ich voll zu: Wir sind – insbesondere in Deutschland – auf diesem wichtigen Gebiet rückständig. Manche reden von einem Rückstand von sechs Jahren. Das stimmt, wenn man dabei den überaus geringen Beitrag an einschlägigen Erfindungen in Rechnung stellt, der aus der Bundesrepublik kommt. Wir leben insofern aus zweiter Hand, wenn nicht sogar aus dritter Hand.

Die zunehmende Kaufkraft für Kleincomputer in diesem Weihnachtsgeschäft zeigt aber eine Trendwende bei uns; zwar sind diese Dinge vorerst nur zum Spielen geeignet, aber das Interesse wird geweckt, und das ist im Augenblick das Wichtigste. Dann kommen die Erfindungen schon eines Tages nach.

Der Grund, weshalb ich Ihnen schreiben, ist aber ein anderer: Der Verlag Axel Springer könnte dazu beitragen, die Mikroelektronik populärer zu machen, und ich bin sicher, daß er das bei seinem Geschick im Zeitungsmachen auch zustande bringen würde. Uns fehlt eine wirklich interessante Computerzeitschrift mit den wirklich aktuellen Nachrichten zum Thema einschließlich bsp. eine Zeitschrift nicht nur für Fans, sondern auch für Interessierte, die den Computer zugleich beruflich nutzen wollen. Das wäre eine hochinteressante Aufgabe für das Verlagshaus Axel Springer, welche angesichts der in der WELT beschriebenen Situation im öffentlichen Interesse liegen würde.

Mit freundlichem Gruß
Dr. P. Wunsch,
Hamburg 20

Wort des Tages

„Es beweist ein großes Herz mit Reichtum an Geduld, wenn man nie in eiliger Hitze, nie leidenschaftlich ist. Erst sei man Herr über sich, so wird man es nachher über andere sein. Nur durch die weiten Räume der Zeit gelangt man zum Mittelpunkt der Gelegenheit.“

Balthasar Gracian, span. Philosoph
und Theologe (1601–1668)

für Öffentliches Recht mit dem Schwerpunkt Verfassungsrecht arbeiten.

Dieter Koch, Vorstandsmittglied der Hannoverschen Hochschule für AG, ist ab 1. Januar 1984 Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Deutschen Hochschule für AG e. V. Er ist Nachfolger von Bruno Peschmann, der aus der Geschäftsführung der „Nordsee“-Deutsche Hochschule für AG ausgeschieden und am 1. Januar die Geschäftsführung der Seefischerei Cuxhaven übernimmt.

GESTORBEN

Alfons Erb, Gründer und langjähriger Geschäftsführer und späterer Ehrenpräsident des Maximilian-Kolbe-Werkes, das bedürftige polnische KZ-Opfer und deren Angehörige unterstützt, ist im Alter von 78 Jahren in Freiburg gestorben. Der Journalist Erb arbeitete in der katholischen Kirchenpresse und seit 1955 in der Presseabteilung des Deutschen Caritasverbandes und setzte sich schon früh für eine deutsch-französische Verständigung ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg legte er einen Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf die Aussöhnung zwischen dem deutschen und polnischen Volk. Neben der Gründung des Maximilian-Kolbe-Werkes widmete er sich auch „Miserere“, zu dessen Initiatoren er zählt. Außerdem war Alfons Erb lange Jahre in der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi tätig, zu deren Mitgründern er ebenfalls gehörte. Für seine Verdienste erhielt er unter anderem den päpstlichen Silvesterorden.

FOTO: KBL

Aus für die erfolgreichste TV-Serie: Das „Traumschiff“ geht vor Anker

„Laßt den Emotionen ihren Lauf!“

Der Sieger des Fernsehjahres 1984 muß nicht lange gesucht werden. Er steht schon ganz zu Anfang, gleich am ersten Tag, fest. Sein Name: Wolfgang Rademann, 48. Sein Gewerbe: Fernsehproduzent. Sein erfolgreichstes Produkt: das „Traumschiff“. In diesem Luxuslimmer spiegelt sich die Welt, wie man sie gerne hätte, großzügig, grenzenlos, problemfrei. Und dennoch ist das „Traumschiff“ nicht nur der beste Beweis für den Glanz, sondern auch für das Elend des Mediums Fernsehen. 12 Folgen wurden ausgestrahlt, nach der letzten am Neujahrabend wird es versenkt. Freiwillig verzichtet das ZDF künftig auf seinen dicksten Knüller.

Denn ein Knüller, nicht weniger, war diese Fernsehserie. Die Einschaltquoten der fünf 1983 gesendeten Folgen lagen nie unter 54 Prozent. Mindestens 22 Millionen Deutsche saßen regelmäßig vor dem Fernsehschirm, um auf der „Astor“ dabei zu sein. Die Behauptung ist zulässig: das „Traumschiff“ des ZDF ist die erfolgreichste Fernsehserie, die es hierzulande je gegeben hat.

Das Publikum fand sie gut, die Kritik fand sie miserabel. Das Publikum kann seine Meinung in Einschaltquoten kundtun, die Kritik kann Sendungen vernichten.

Es wird dies niemand – auch kein ZDF-Offizieller – bestreiten, aber die Wahrheit ist ganz simpel: Die Verantwortlichen waren es leid, das ewige Gezeret um jede neue Folge. Auch Peter Gerlach, der dickfällige ZDF-Programmdirektor, der Fernsehen aus dem Bauch macht (und der folglich aus Traumschiff setzte), war irgendwann die ewigen Debatten um diese ganz triviale Unterhaltungsendung leid. Produzent Rademann

schon lange – er hat aufgehört, Kritiker zu lesen. Aber ein Ignorant ist er deshalb noch lange nicht.

Nichts, was gegen diese Serie nicht vorgebracht worden wäre. „Traumschiff“-Zuschauer würden „verschaukelt“, hieß es, das Schiff sei eine „drittklassige Knechtchenfähr“, von „Neckermann Cocktails-Marinade“ war die Rede. Kurz: Das Volk sollte nicht zu sehen bekommen, was es unbedingt sehen wollte. Und dafür gab es auch einen einleuchtenden Grund. Die Ideologie des „Traumschiffs“ ist jene der heißen Welt. Sinn jeder Sendung ist es, den Zuschauer zufriedenzustellen. Die Meinung, gute Unterhaltung sei leicht herzustellen, ist ebenso weit verbreitet wie falsch. Gute Unterhaltung ist das schwierigste Genre im Fernsehen.

Aber genau diesen Anspruch hat die Serie 12 Folgen lang erfüllt. Sicherlich, nicht alle Folgen waren gleich spannend. Aber das hat das Publikum nicht gestört. Denn der Showwert der Sendung ist enorm. Landschaften, Leute, Exotik, Stars, unkomplizierte Bordgeschichten, geschickt miteinander verknüpft: Das ist das Erfolgsrezept. Deshalb auch schalteten sich immer mehr Zuschauer mitten in die laufenden „Traumschiff“-Sendungen hinein – jedesmal nahm die Einschaltquote während der Sendung zu, und jene des alternativen ARD-Programms ging zurück.

Natürlich, die „Traumschiff“-Idee ist nicht hausgemacht. Das Vorbild, „Love Boat“, schwamm jahrelang auf einer hohen Welle durchs US-fernsehen. Leo Kirch, der Filmgigant, hat die Deutschlandrechte, die ARD hätte sie kaufen können, ARD-Programmdirektor Dietrich

Schwarzkopf hatte das auch empfohlen. Die ARD entschied sich für Unterhaltungsstoffe wie die „Knapp-Familie“ oder „Rote Rede“, die später zu recht als publikumstauglicher „Gruß“ verachtet wurde.

Die Gerichte, Penke und Rademann scheuten sich nicht, voll auf Gefühle zu setzen. Die „Traumschiff“-Philosophie ist – tragisch einfach: „Laßt den Emotionen ihren Lauf.“ Nach dieser Maxime wurde die Serie gemischt. Das „Traumschiff“, das sind 80 Minuten ohne Atterate und Wadstern, ohne Vergewaltigung und Streik, ohne Arbeitslosigkeit und Anstalt, ohne Knechtchen und Knechtchen.

Wenn „Tageschau“ und „Heute“ nicht unablässig nur über Katastrophen, Demonstrationen, Revolutionen, gescheiterte Verhandlungen, Kriege und Pleiten berichtet, wenn die Nachrichtenmacher tödlich befragen, daß es neben schlechten Nachrichten auch gute gibt, dann hätte es das „Traumschiff“ vielleicht gar nicht bedürft. Aber unter den gegebenen Umständen war es absolut notwendig.

Daß die Macher eine glückliche Hand hatten, daß sie unbekannte Darsteller aus dem dritten Glied zu TV-Stars machten (Heide Klüß, Salscha Hehn), weist sie als handwerkliche Profis aus. Daß sie vergessenen Pionieren des Mediums wie Joachim Hansen oder Heinz Weiss zu einer zweiten Blüte verhelfen, ebenso.

Sie hätten die Welt so gezeigt, wie sie gar nicht ist, heißt es. Das Gegenteil ist richtig: Sie haben nur die andere, die schöne Seite der Welt gezeigt. Schlimm, daß damit auch Schluss ist.

HANS HERMANN TIETJE

KRITIK

Hemingway für junge Mädchen

Offensichtlich nicht nur unterhalten soll die Reihe mit Fernsehspielen nach Vicky Baum. Die ARD möchte gleichzeitig die Frage lösen, mit der diese Autorin ihr ganzes Leben konfrontiert war: Was ist eine besonders geschickte Fabrikation von Kitsch, oder nicht vielmehr eine ganz beschickte Schriftstellerin?

Ihre Aktien stehen nicht schlecht, seit die Kulturkritik entdeckt hat, daß die sogenannte „Neue Sachlichkeit“ nicht nur eine Strömung in der Malerei war, sondern von der Mitte der zwanziger Jahre bis in den Zweiten Weltkrieg hinein sich auf allen Lebensgebieten als dominierender Zeitstil feststellen läßt. In diesen Stil paßt Vicky Baum recht gut hinein – sie war ja so eine Art von „Hemingway für junge Mädchen“. Sie verstand es, ihre in Millionenauflagen verbreiteten Romane mit einer gewissen pseudo-stolischen Einstellung zur Welt zu durchdringen, welche die Gaben der technischen Zivilisation zwar cool akzeptierte, aber doch auch ein

wenig mit verhaltener Sentimentalität verpackte.

In dem Fernsehfilm *Bendewies* in Paris läßt sich diese typische Baum-Mixtur leider nicht auf ihre Halbarkeit in den achtziger Jahren prüfen. Die Regisseurin Gabi Kubach vergriff sich grotesk im Stil: Sie versetzte diese in Berlin und Paris von 1930 spielende Fehltritt-Story aus der Neuen Sachlichkeit in den Expressionismus, der damals längst vorbei war.

Was unterkühlt und nebenher besprochen werden sollte, wird bedeutungsschwanger und stieren Auges herausgebrüllt. Trotz allem Aufwand an Kulissen und Fotokünsten war das Ergebnis auf weite Strecken unfreiwillige Komik. Arme Vicky Baum, die auf so nette Art herb sein konnte!

ANTON MADLER

Der Mief der Selbstgerechtigkeit

Schon der Titel des Stückes sagt es. Hier wird nicht Grundsätzliches hochgeschaukelt, hier geht es um den ganz gewöhnlichen Alltag in einer ganz gewöhnlichen Krautwickeldiktatur. Für'n Grieschen Brasse (ZDF).

Das Leben unter Ulbricht ist das Thema des Romans von Dieter Zimmer, und es spiegelt sich im Fernsehspiel exakt wider. Der Autor und der Regisseur (Eberhard Lenz) verlangen sich weder im heroischen Durchhaltepathos noch im billigen Spott. Sie lassen das kleine Leben des sozialistischen Alltags ablaufen, blicken in die Schule, lassen den Jungen, der im Mittelpunkt der Geschichte steht, sich hindurchkämpfen zwischen dem kindlichen Spiel und der angestauten Ahnung vom Unheil, das nach seiner Zukunft zu greifen vermag.

Dieter Zimmer hat es erlebt, und man darf ihm glauben. In allen DDBs der Welt riecht es nicht nach dem Satans Schwefel, sondern nach dem Mief einer Selbstgerechtigkeit moralischer Analphabeten. Und der Fuß, der sich zwischen die Wohnungstür zwängt, ist nicht der Pferdefuß Bebbis, sondern der Schweißfuß des neidischen Funktionärs.

Der Film ist ein entsetzender Film. Aber er hat keine Felder und keine Dämonen zum Angstkriegen, sondern Bürger wie du und ich, das ganz gewöhnliche Krautwickeldiktatur. Für'n Grieschen Brasse (ZDF).

REGINA ROSTOW



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau	11.55 So fing es an ... (7)
10.05 Freie Presse	12.05 Presseschau
10.10 Tagesschau	12.10 Tagesschau
10.15 Tagesschau	12.15 Tagesschau
10.20 Tagesschau	12.20 Tagesschau
10.25 Tagesschau	12.25 Tagesschau
10.30 Tagesschau	12.30 Tagesschau
10.35 Tagesschau	12.35 Tagesschau
10.40 Tagesschau	12.40 Tagesschau
10.45 Tagesschau	12.45 Tagesschau
10.50 Tagesschau	12.50 Tagesschau
10.55 Tagesschau	12.55 Tagesschau
11.00 Tagesschau	13.00 Tagesschau
11.05 Tagesschau	13.05 Tagesschau
11.10 Tagesschau	13.10 Tagesschau
11.15 Tagesschau	13.15 Tagesschau
11.20 Tagesschau	13.20 Tagesschau
11.25 Tagesschau	13.25 Tagesschau
11.30 Tagesschau	13.30 Tagesschau
11.35 Tagesschau	13.35 Tagesschau
11.40 Tagesschau	13.40 Tagesschau
11.45 Tagesschau	13.45 Tagesschau
11.50 Tagesschau	13.50 Tagesschau
11.55 Tagesschau	13.55 Tagesschau
12.00 Tagesschau	14.00 Tagesschau
12.05 Tagesschau	14.05 Tagesschau
12.10 Tagesschau	14.10 Tagesschau
12.15 Tagesschau	14.15 Tagesschau
12.20 Tagesschau	14.20 Tagesschau
12.25 Tagesschau	14.25 Tagesschau
12.30 Tagesschau	14.30 Tagesschau
12.35 Tagesschau	14.35 Tagesschau
12.40 Tagesschau	14.40 Tagesschau
12.45 Tagesschau	14.45 Tagesschau
12.50 Tagesschau	14.50 Tagesschau
12.55 Tagesschau	14.55 Tagesschau
13.00 Tagesschau	15.00 Tagesschau
13.05 Tagesschau	15.05 Tagesschau
13.10 Tagesschau	15.10 Tagesschau
13.15 Tagesschau	15.15 Tagesschau
13.20 Tagesschau	15.20 Tagesschau
13.25 Tagesschau	15.25 Tagesschau
13.30 Tagesschau	15.30 Tagesschau
13.35 Tagesschau	15.35 Tagesschau
13.40 Tagesschau	15.40 Tagesschau
13.45 Tagesschau	15.45 Tagesschau
13.50 Tagesschau	15.50 Tagesschau
13.55 Tagesschau	15.55 Tagesschau
14.00 Tagesschau	16.00 Tagesschau
14.05 Tagesschau	16.05 Tagesschau
14.10 Tagesschau	16.10 Tagesschau
14.15 Tagesschau	16.15 Tagesschau
14.20 Tagesschau	16.20 Tagesschau
14.25 Tagesschau	16.25 Tagesschau
14.30 Tagesschau	16.30 Tagesschau
14.35 Tagesschau	16.35 Tagesschau
14.40 Tagesschau	16.40 Tagesschau
14.45 Tagesschau	16.45 Tagesschau
14.50 Tagesschau	16.50 Tagesschau
14.55 Tagesschau	16.55 Tagesschau
15.00 Tagesschau	17.00 Tagesschau
15.05 Tagesschau	17.05 Tagesschau
15.10 Tagesschau	17.10 Tagesschau
15.15 Tagesschau	17.15 Tagesschau
15.20 Tagesschau	17.20 Tagesschau
15.25 Tagesschau	17.25 Tagesschau
15.30 Tagesschau	17.30 Tagesschau
15.35 Tagesschau	17.35 Tagesschau
15.40 Tagesschau	17.40 Tagesschau
15.45 Tagesschau	17.45 Tagesschau
15.50 Tagesschau	17.50 Tagesschau
15.55 Tagesschau	17.55 Tagesschau
16.00 Tagesschau	18.00 Tagesschau
16.05 Tagesschau	18.05 Tagesschau
16.10 Tagesschau	18.10 Tagesschau
16.15 Tagesschau	18.15 Tagesschau
16.20 Tagesschau	18.20 Tagesschau
16.25 Tagesschau	18.25 Tagesschau
16.30 Tagesschau	18.30 Tagesschau
16.35 Tagesschau	18.35 Tagesschau
16.40 Tagesschau	18.40 Tagesschau
16.45 Tagesschau	18.45 Tagesschau
16.50 Tagesschau	18.50 Tagesschau
16.55 Tagesschau	18.55 Tagesschau
17.00 Tagesschau	19.00 Tagesschau
17.05 Tagesschau	19.05 Tagesschau
17.10 Tagesschau	19.10 Tagesschau
17.15 Tagesschau	19.15 Tagesschau
17.20 Tagesschau	19.20 Tagesschau
17.25 Tagesschau	19.25 Tagesschau
17.30 Tagesschau	19.30 Tagesschau
17.35 Tagesschau	19.35 Tagesschau
17.40 Tagesschau	19.40 Tagesschau
17.45 Tagesschau	19.45 Tagesschau
17.50 Tagesschau	19.50 Tagesschau
17.55 Tagesschau	19.55 Tagesschau
18.00 Tagesschau	20.00 Tagesschau
18.05 Tagesschau	20.05 Tagesschau
18.10 Tagesschau	20.10 Tagesschau
18.15 Tagesschau	20.15 Tagesschau
18.20 Tagesschau	20.20 Tagesschau
18.25 Tagesschau	20.25 Tagesschau
18.30 Tagesschau	20.30 Tagesschau
18.35 Tagesschau	20.35 Tagesschau
18.40 Tagesschau	20.40 Tagesschau
18.45 Tagesschau	20.45 Tagesschau
18.50 Tagesschau	20.50 Tagesschau
18.55 Tagesschau	20.55 Tagesschau
19.00 Tagesschau	21.00 Tagesschau
19.05 Tagesschau	21.05 Tagesschau
19.10 Tagesschau	21.10 Tagesschau
19.15 Tagesschau	21.15 Tagesschau
19.20 Tagesschau	21.20 Tagesschau
19.25 Tagesschau	21.25 Tagesschau
19.30 Tagesschau	21.30 Tagesschau</

Umschuldung in Ehren

S.L. - Jahrhundertlang durften die Juden nur vom Pfand- und Bankgeschäft leben. So kann es vorkommen, daß auch ganz alte Judenwitze uns auf scheinbar nagelneue volkswirtschaftliche Fragen klarere Antwort geben als die moderne Fachwissenschaft. Da gibt es beispielsweise eine Gebrauchsanweisung wie man einen Bankrott mit einem Schlag in einen kreditwürdigen Schuldner verwandelt. Allerdings ist der Ort der Handlung die polnisch-jüdische Narrenstadt Chelm, die dem Schilde der Deutschen entspricht.

Schmerl zu Berl: „Leih mir 100 Gulden! Ich zahle dir 5 Prozent.“

Berl: „Das ist viel zu wenig! Ich will das Doppelte!“

Schmerl: „Was fällt dir ein! Von einem verlässlichen Zuhler verlangt man doch nicht so hohe Zinsen!“

Berl: „Also gut. Dann gebt mir 2 Prozent! Ich will nämlich, daß ihr ein verlässlicher Schuldner seid!“

Auch das Problem der „Umschuldung“ war den Juden vertraut: Blau stößt zufällig auf Grün und

ruft erfreut aus: „Wie gut, daß wir uns treffen! Ich habe meine Briefschädeln dabei vergessen. Kannst du mir 20 Kronen leihen?“

Grün, freundlich: „Aber gern!“

Zwei Tage später begegnen sie einander wieder. Blau: „Grün! Du hast mir doch 20 Kronen geliehen?“

„Ja.“ - „Gib mir noch 30 dazu, dann sind es grad 50!“ - „Um dir gefällig zu sein - gut!“

Dritte Begegnung. Blau: „Grün, du hast doch bei mir 50 Kronen zugeht?“ - „Ja.“ - „Leih mir noch weitere 50 dazu! Dann sind es runde 100!“ - „Wenn es sein muß - bitte sehr!“

Vierte Begegnung. Blau hält den dahineilenden Grün am Ärmel fest: „Hallo, Grün! Ich schulde dir doch 100 Kronen?“ - „Darauf Grün, blitzschnell! Nein!“

Auf die Frage, was dabei herauskäme, wenn die Spirale sich immer höher emporschraubte und Grün nicht nur alles, was er selber hat, an Blau weiterreichen, sondern Blau zuliebe selber Riesenkredite aufnehmen würde, die er nie zurückzahlen kann, erteilt der jüdische Witz keine Antwort. Denn an eine so umfassende „Umschuldung“ wagten nicht einmal die Chelmer Narren zu denken.

Ein Fest der Sänger: „Don Giovanni“ in Bonn

Tod durch Herzinfarkt

Solches Glück mit Mozart ist selten. Nur zu erleben. In Salzburg hin und wieder, an den großen Opernhäusern schon kaum mehr. Dieser Bonner „Don Giovanni“ steht einsam in weitem Umkreis. Er kommt, musikalisch, der Vollendung nahe.

Am meisten gespannt war man auf Gustav Kuhn, Bonns neuem Generalmusikdirektor, der nun zum ersten Mal in der Oper dirigiert. Es hatte ja Spannungen zwischen ihm und dem Haus genug gegeben. Das schien vergessen. Das Orchester klingt üppig, spielt präzise. Das ist, bei Mozart allemal, die Basis.

Kuhn entwickelt das Werk ganz aus den dunklen d-Moll-Akkorden der Ouvertüre. Er nimmt das „dramma pocco“ schwer, ja, das Komische indes allenfalls als Ornament noch Platz. Die Grundstimmung wählt Kuhn langsam, den Klang treibt er gern ins Monumentale. Da kehrt das „romantische Mozart-Verständnis“ zurück. Vergnügt, weil Kuhn die Musik doch im Fluß hält, bei aller Schwere auch Geschmeidigkeit fortlert.

Es ist eine Idee, die große Sänger, große Stimmen verlangt. Und von ihnen hat Bonns Opernchef Riber eine erstaunliche Equipe auf seiner Bühne versammelt. Renato Bruson zählt heute zu jener Handvoll Baritonisten, um die sich die Welt reißt. Und unter ihnen hat er mit seinem ganz samtenen, leicht verhangenen Timbre ohne Zweifel die schönste Stimme. Er singt in Bonn seinen ersten Don Giovanni, ja seinen ersten Mozart überhaupt, so warm, so rund, so ungenügend, mag er sich befremdlich anhören. Aber weil dies selten ist, ist es ja längst nicht falsch.

Gösta Wimmerberg ist der Don Ottavio, der vor allem sein „Dalla sua pace“ mit einer Gesangskultur von höchsten Graden vorträgt. Perfektion paart sich mit tiefer Empfindung. Stafford Dean gibt dem Leporello großes Format, und wie er und Bruson in der Verkleidungsszene die Stimmen gegenseitig nachahmen, dies tatsächlich durchhalten bis zu Leporellos Enttarnung, das zeugt von einer gesanglichen Souveränität son-

dergleichen. John Macurdy ist der Komtur von profunden Gewicht, Günther Schneider der Masetto mit erstaunlich sich entwickelndem Baß.

Bei den Damen läßt Riber seine Kenntnis des internationalen Sängermarktes noch extravaganter spielen. Für die Donna Anna findet er Magdalena Hajosyova, eine in Ost-Berlin und neuerdings in Wien engagierte Slowakin, deren ganz ebenmäßiger Gesang eine Lektion in Sachen Stimmentechnik erteilt. Perfekt wird Donna Anna heute von niemandem gesungen. Da bahnt sich die große Karriere an.

Veronika Kinczes, die Ungarin als Donna Elvira, muß hingegen aufpassen, daß sie ihren in der Höhe üppig überblühenden Sopran nicht vor der Zeit überfordert. Mittellage und Tiefe klingen schwach, resonieren nicht gut. Aber die Kinczes wirft sich mit Engagement, mit Präsenz in ihre Rolle. Und Merja Wirkkala, die Zerlina, gehört im Soubrettenfach zu den ganz und gar erfreulichen Erscheinungen.

Riber hat sich von Radu Borzescu das Bühnenbild und von Miruna Borzescu die Kostüme entwerfen lassen. Das beginnt mit einer sehr interessanten Variante: Riber läßt das Stück im fast geschlossenen Innenhof spielen, vor pompöser barocker Architektur. Das durchzuhalten wird schwieriger von Szene zu Szene, und schließlich beginnt man, diesen Hof durch Versatzstücke zu verlassen, wozu die anfangs noch intellierte Einheit des Schauplatzes doch wieder aufgegeben werden muß. Was freilich am meisten irritiert, ist der rationalistische Schluß. Auf dem Friedhof beginnt nicht die Statue zu sprechen, es ist der über die Mauer lugende Masetto. Und der tappt dann auch als Standbild verkleidet zum Nachtmahl bei Don Giovanni, erschreckt den Unhold so, daß er am Herzinfarkt stirbt. Ein Kasperlescherz statt metaphysischem Ende - auch dafür gibt es in der reichen literarischen Schicht des Don Juan Vorbilder, aber mit Mozart haben sie nichts zu tun.

REINHARD BEUTH

Baden-Baden: „Kosmische Räume“ in der Kunst

Zahnräder der Galaxis

Es fängt mit Wohlbelanntem an: Um den gutgeordneten Sternennamen, den Schinkel für die Szene der nächtlichen Königin in der „Zauberflöte“ entwarf, und mit Grandvilles „Taschen-Spieler-Jongleur“, der planetarische Kugeln in Bewegung läßt. Solche Erinnerungsstücke aus dem 19. Jahrhundert sollen den Besucher der Baden-Badener Kunstthale auf die „Kosmischen Räume“ in der Kunst des 20. Jahrhunderts einstimmen.

Bei denen geht es jedoch nicht etwa um Fantasy und Weltraumbilder, vielmehr sollen jene Dinge zwischen Himmel und Erde vorgeführt werden, die unsere Schulweisheit zwar nicht erklären kann, Künstler aber malen können. Mit rund 150 Gemälden, Zeichnungen und Objekten soll gezeigt werden, wie die Kunst auf die Weltbild verändernden naturwissenschaftlichen Entdeckungen im 20. Jahrhundert reagiert hat. Allerdings können sich die Organisatoren der Ausstellung nur eines gott- und gegenstandslosen Kosmos vorstellen. Und so wählen sie denn exklusiv Werke der Futuristen, Konstruktivisten, Suprematisten und anderer Abstrakter aus.

Als Kronzeuge für diese Sicht wird Malewitsch mit seinem Anspruch demüht, seine suprematistischen Konstruktionen könnten „die vierte Dimension anschaulich machen“. Doch in der Kunstthale bleibt man

vorwiegend in der Zweidimensionalität, selbst da, wo die Künstler ungescheut, erfüllte oder geahnte außerirdische Räume zu malen versuchen. Allenfalls die Bildtitel verheißten kosmische Mehrdimensionalität, beispielsweise wenn Karol Hiller seiner „Kosmische Räume“ die Anmerkung „Nicht auf Erden denkbar“ nachschickte oder wenn Arman einer Sammlung kleiner Zahnräder den Titel „Galaxiale“ gibt. Daß Yves Klein einst erklärt hat, sein monochromes Blau sei „das Blau des Himmels“, verschafft ihm hier genauso Zutritt wie Fontana das Zitat: „...ich will den Raum öffnen... eine Verbindung knüpfen mit dem Kosmos.“

Im Katalog lesen wir: Das Thema „soll den Sinn der Werke nicht einengen und leugnet nicht ihre Vielschichtigkeit, die in vielen Fällen auch andere Lesarten zuläßt“. Dennoch erliegen die Baden-Badener immer wieder der Gefahr dieser Eingrenzungen. Die teils guten, teils interessanten Bilder werden zu bloßen Illustrationen eines „Weltbildes“ reduziert; Kandinskys „Kleine Welten“ erheben sich dann kaum noch über das Niveau des „Kleinen Prinzen“. Der Schauer vor den „unendlichen Räumen“, von denen Pascal sprach, stellt sich in Baden-Baden nicht ein. (Bis 6. Jan.; Katalog: 30 Mark).

PETER JOVISHOFF

Spiele mit den Dingen, die des Schöpfers Spielzeuge sind - Zum Tode des Malers Joan Miró

Der Enkel der Männer von Altamira

Im April dieses Jahres hat die dankbare Kunstwelt dem neunzigjährigen Joan Miró zum Geburtstag beglückwünscht. Denn wie nur wenige Zeitgenossen hat er sie mit einem heiteren und unbeschwerenen Werk beschenkt, das wie kaum ein anderes imstande war, der modernen Kunst eine breite Volkstümlichkeit und Beliebtheit zu verschaffen. Doch in die Geburtstagswünsche mischte sich Besorgnis, denn es war bekanntgeworden, daß der Künstler ernstlich erkrankt sei. Die Sorge war berechtigt, und die Wünsche hatten nicht die Kraft, es zu ändern. Weihnachten ist Joan Miró in Palma de Mallorca gestorben. Er hat sich vollendet wie sein Freund und Landsmann Picasso. Seine Phantasie und Schaffenskraft haben ihm bis ins hohe Alter nicht verlassen, im Gegenteil; in den letzten Lebensjahrzehnten übte er sie sogar vermehrt an monumentalen Aufgaben, die selbst seine Freunde überraschten.

Miró wurde 1893 in Montroig bei Barcelona geboren, als Sohn eines Uhrmachers und Goldschmiedes. Erste Eindrücke und Einflüsse empfing er von der katalanischen Volkskunst und von den Architekten Antoni Gaudis. Ein kurzes Kunststudium an der Akademie in Barcelona mußte er wohl unter dem Druck der Eltern aufgeben; er wurde Büroangestellter. Aber nicht lange. Nach fünf Jahren nahm er seine Studien wieder auf, geriet vorübergehend unter den Einfluß Uggells, eines katalanischen Malers von der Art Böcklins, und fand seinen eigenen Stil in der Nähe des Fauvismus. Bereits in Barcelona hatte er Picabia kennengelernt, der dort seine dadaistische Zeitschrift „391“ herausgab. In Paris trifft er mit Picasso zusammen, später mit Breton und Tzara. Masson wird sein Ateliernachbar. Miró muß sich gleichzeitig mit dem Dadaismus, dem Kubismus, dem Surrealismus und Dada auseinandersetzen. Natürlich lernt er auch die Sprache der revolutionären Zeitgenossen und ist bereit, die überlieferten und erlernten Kunstgesetze außer Kraft zu setzen, die Malerei, wie er schreibt, zu „ermorden“. Aber er kann auch die katalanische Volkskunst nicht vergessen; sie bildet gerade den Bodensatz, den natürlichen Wurzelgrund aller weiteren Entwicklung. Es entstehen aus dieser Auseinandersetzung Bilder, die den Zwanzig- bis Dreißigjährigen nicht nur bei der damaligen Pariser Kunstszene interessant machen; sie fesseln uns heute nicht minder.

Den „Akt mit Spiegel“ in der Düsseldorf-Landessammlung zum Beispiel



Schul sehr gegenwärtig eine Malerei der Zukunft: Der Maler und Bildhauer Joan Miró (1893-1983)

FOTO: SVEN SIMON

wird man auf den ersten Blick kaum für einen Miró halten; aber er vereinigt mit spürbarer Ironie alle genannten Elemente zu einer Stilleinheit, die gleichermaßen das Charmé und die Souveränität des jungen Künstlers demonstriert, woran sich der Lyriker Paul Eluard ebenso entzündete wie der Theoretiker Breton, der den Spanier als den „surrealistischen aller Maler“ bezeichnet hat. Aber soweit war er noch nicht, wenn er denn überhaupt dahin kommen sollte, was zweifelhaft bleibt. Vorläufig malt er noch an seinem berühmten „Bauernhof“, an dem er fast ein ganzes Jahr lang arbeitete. Um dieses Bild zu erwerben, stürzte sich Hemingway sogar in Schulden, später wollte er sich nie mehr von dem Bild trennen.

Was Breton so begeisterte, setzte um die Mitte der zwanziger Jahre mit dem „Karnaval des Harlekins“ ein, nämlich die Lösung vom Gegenständlichen, die Verzauberung durch Maskerade, Musik, Bewegung, durch phantastische Symbiosen von Zeichen, Erinnerungen und Symbolen, für die der Künstler selber die Poesie als gleichrangig neben seiner Malerei anerkannte und in Anspruch nahm. Für Breton war es der Triumph des Unbewußten über das wache künstlerische Bewußtsein; aber in Wahr-

heit hatte Miró schon 1917 diese Entwicklung vorausgesehen und als Idee einer „Malerei der Zukunft“ ihre Enthebung aller malerischen Probleme zugunsten „der Schwingung des schöpferischen Geistes in einer strahlenden Freiheit“ postuliert. Miró gerät förmlich in einen Rausch, der sich als Rhythmus und Harmonie, als Zauberei und akrobatische Kühnheit in seinen Bildern und Graphiken, nicht zu vergessen auch in seinen Keramiken und Skulpturen - die sein Schaffen von Anfang an begleiteten, sogar zeitweise dominieren - in unfaßbarer Fülle niederschlagen.

Miró läßt uns glauben oder begreifen, daß die Schöpfung für Gott ein Spiel war und ein Spiel bleibt. Miró macht das Spiel mit und spielt mit den Dingen, die des Schöpfers Spielzeuge sind“, meinte denn auch Eugène Ionesco. Und Mirós katalanischer Landsmann Antoni Tapies schwärmt: „Miró dagegen schafft sich wie alle großen Kräfte des Lebens dort Bahn, wo es am wenigsten vorherzusehen war, und gibt uns so das Beispiel einer neuen, sich laufend fortentwickelnden Kunst.“

Man braucht nicht die Inhalte oder Motive der Werke Mirós zu erklären; das wäre ohnehin vergebliche Liebesmühe auch für solche, die sich da-

zu für berufen halten. Denn auch Breton hatte sich ja geirrt, als er den phantastischen Malerpoeten für einen ausgemachten Surrealist ausgab. Miró war so wenig Surrealist wie Klee oder Max Ernst. Er war, ohne je ins literarisch Illustrative abzugleiten, ein Mythenschöpfer, wie seine Vorfahren von Altamira, an die seine Bilder nicht selten erinnern.

Was seine Bilder „darstellen“, wenn das Wort denn erlaubt sei, erzählen ihre Titel: „Rosafarbene Morgenröte streichelt Frauen und Vögel“ oder „Göttliche Vögel erschließen am Himmel das Unbekannte“, „Phosphorisierende Schneckenspuren weisen die Erdwege“. Diese transportierte Realität läßt genauso wie die kleinteiligen Graphiken auch seine monumentalen Wandbilder in Amerika, Paris und Barcelona, seine Keramiken und Bronzen - die nach banalen Fundstücken entstanden sind - in kraftvoller Eigenart symbolisch aufleuchten.

Ein Zauberei hat uns verlassen, sein Zauber wird noch lange lebendig bleiben.

EO PLUNIER

Noch bis zum 8. Januar zeigt das Künstlerhaus in Wien „Joan Miró-Retrospektive 1900-1980“. Die Ausstellung ist dann vom 27. Januar bis 18. März in der Kunsthalle Nürnberg zu sehen. Ein „Journal“ zur Ausstellung kommt 10 85, der Katalog 195 85.

Vieleidige Schnitte: München zeigt L. Fontana

Mit dem Messer gemalt

Lucio Fontana erzählte gern, aus Verzweiflung über ein mißlungenes Bild habe er zum Rasiermesser gegriffen und die Leinwand zerschnitten. Die von der Kunstwelt später so bewunderte - und vom Kunstmarkt ordentlich honorierte - „Geste“, mit dem Schnitt in den Körper des Bildes eine assoziationsreiche Öffnung der Zweidimensionalität in den nicht weiter eingegrenzten Raum zu schaffen, wäre demnach ein emotionaler, kein rationaler Akt gewesen.

Hinter dieser ironischen Demystifizierung des Mythos Fontana stand natürlich die Absicht des Künstlers, sein Werk vor den Interpreten und ihren waghalsigen Ausfällen in kunstfremde Welten zu schützen. Doch das hat ihm wenig geholfen. Die Ausdeuter haben sich der scheinbaren Vieleidigkeit des Werkes von Lucio Fontana nie entziehen können. Und auch jetzt haben sie wieder große Zeiten. In der Münchner Staatsgalerie moderner Kunst findet nämlich die erste deutsche Fontana-Retrospektive statt: 128 Bilder, Skulpturen und Zeichnungen sind zu besichtigen. Der Hauptteil der Leihgaben stammt aus dem Besitz der Witwe Teresa Fontana.

Die monochrom geschlitzten Leinwände des Lucio Fontana (1899-1980) werden inzwischen zu den Inkunabeln der europäischen Moderne gerechnet. Seine Schnitte und Stiche, die Perforierungen und die aufgeklebten Steine mißachten den traditionellen Kunstbegriff. Das hatte weitreichende Folgen. Er beeinflusste nicht nur die italienische „Arte Povera“, die Zero-Künstler betrachteten ihn, den damals bereits 60-jährigen, „als eine Art geistigen Vater“. Fontana, der aus Argentinien stammende Italiener, der abwechselnd in Rosario di Santa Fé, Mailand, Paris und Buenos Aires gelebt hatte, „beeindruckte“ die Zero-Künstler, wie überliefert wird, auch „durch seine gewinnende Persönlichkeit“.

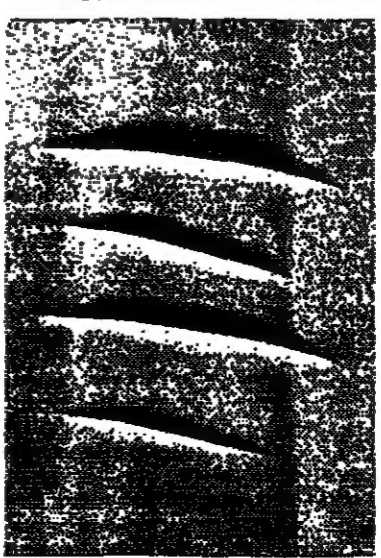
Fontana war gleichzeitig Bildhauer, Zeichner, Keramiker, Maler und Umwelt-Künstler. Umwelt-Inszenierungen mit Neonbeleuchtung schuf er bereits 1951 auf der Mailänder Triennale. Fontana schabte und kratzte Strukturen in Gipstafeln, bannte Sand- und Steinstrukturen in Bildern fest und steckte alte Eisenstücke zu astralen Zeichen zusammen. Seine Experimentierlust kannte keine Grenzen. In der Münchner Ausstellung allerdings wird vor allem sein „Schnitt“ gefeiert. Sälzlang prangen seine „Schnitt-Bilder“

an den Wänden. In ausgewählter chronologischer Reihenfolge zusammenge stellt: die Buchi - die Ölgemälde, die mit Löchern strukturiert sind, die Pietri - Gemälde mit farbigen Löchern im Bildkörper, die Barocchi - Gemälde mit aufgeklebten Farbmassen. Während im Hauptraum die düsteren und sandfarbenen Leinwandtafeln überwiegen, erstrahlen im Terrassensaal Fontanas kunterbunte Ellipsen-Bilder, mal in Rosa, Wiesengrün oder Himmelblau, gigantisch gesprengte Oesterer. In der dick aufgetragenen Farbe prangen zahlreiche Löcher, mal winzig, mal groß.

Während im früheren Werk Fontanas die Stiche und Hiebe gegen die Leinwand zwar heftig, aber doch eher zufällig ausgeführt wurden - vieles bleibt da nur im Dekorativen stecken - werden in den 60er Jahren alle Zufälligkeiten vermieden, die Geste des Schnitts ist nun ein bewußter, kühl kalkulierter Akt. Schwarz ist jetzt vor allem die Leinwand, die mit wenigen scharfen Schnitten klandend geöffnet wird.

Raum im Bild als Meditationsraum sichtbar zu machen, sei von der Idee her geradezu fernöstlich, so Carla Schütz-Hoffmann von der Bayerischen Staatsgemäldesammlung bei der Eröffnungssprache. Man dürfe auch an Tuschmalerei, an Bogen-schießen und Stützmaße denken. „Denn, Natur wird für Lucio Fontana identisch mit Kosmos und Weltall“, so die Interpretin (bis 12. Februar, Katalog 25 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Concetto spaziale „altosa“ von Lucio Fontana (1959) aus der Münchner Ausstellung. FOTO: KATALOG

Wien: Camus' „Besessene“ nach F. Dostojewski

Hoffnung auf ein Duell

In Schauspielerkreisen gilt als Regel, daß emotionales Engagement der künstlerischen Gestaltung einer Rolle abträglich ist. Ein ähnliches Gesetz scheint auch bei der Dramatisierung von Romanen zu gelten. Wenn sich Albert Camus schon als Zwanzigjähriger für „Die Dämonen“ von Dostojewski begeisterte und noch nach zwei Jahrzehnten zu nächst tentativ und dann ernstlich eine Bühnenfassung unternahm, so konnte sich auch ein so geistig-prüfender Mann nicht ganz von dieser Aufgabe frei machen. Das Burghaus hat nun sein Stück „Die Besessenen“ in der Übersetzung von Guido M. Meister und der Regie der hier oft für schwierige Arbeiten eingesetzten Angelika Burwitz in einer Viestunden-aufführung herausgebracht. Der ursprünglich geplante „Julius Caesar“ - werden in den 60er Jahren alle Zufälligkeiten vermieden, die Geste des Schnitts ist nun ein bewußter, kühl kalkulierter Akt. Schwarz ist jetzt vor allem die Leinwand, die mit wenigen scharfen Schnitten klandend geöffnet wird.

Es geht hier um eine in der Idee hochachtbare Arbeit, deren Art und Inhalt aber nicht dazu angetan sind, anzusprechen. Sie läuft in vielen kurzen, oft abgehackten Szenen ab, manche von ihnen werden von einem Erzähler, der aber selbst Mitspieler ist, kommentiert, und die Handlung, wenn von einer solchen gesprochen werden kann, läuft sehr zögernd an. Dazu kommt etwas wie eine inneren Zweiteilung in ein politisches Zeitbild aus dem Vorkriegsrußland und in eine familiäre Tragödie, welche übrigens die einzige wirklich dramatische Szene liefert.

Nachdem immer wieder ein fürchterliches Vergehen des jungen Gaganow angedeutet worden ist, legt dieser in einer Art Beichte vor einem orthodoxen Würdenträger seine Schuld

selbst dar, die darin besteht, daß er sich „an einem Kind versündigt“ habe, sei es, weil er es eines Diebstahls geziehen hat, wofür die Zwölfjährige halbtot geprügelt wurde, oder daß er sie nach Auffindung des bloß verlegten Gegenstandes rehabilitiert hätte, oder daß er sich sonst an ihr vergangen hat, was offenbleibt - das Kind jedenfalls erhängt sich. Dieser junge Gaganow ist zeit seines auf der Bühne gezeigten Daseins auf der Suche nach einer gebührenden Buße, hofft sogar in einem Duell zu fallen, aber es gelingt ihm nicht, sich von seiner tiefgefressenen Schuld zu befreien. Am Ende erhängt er sich.

Die zweite und ähnlich extensiv ausgesponnene Handlung geht ins Politische und gibt dem Stück den Namen, das die Besessenheit einer Gruppe junger Revolutionäre, zumal aber ihres angeführten Anführers (beispielshaft gespielt von Frank Morak) zeigt.

Das Stück endet als Tragödie. Einzig ein diffuses Paar, das die Anfangsszene geliefert hatte, findet sich zu einem „neuen Leben“ zusammen: Ein Lichtlein leuchtet in der Finsternis. Es hätte für den modernen Zuschauer wohl um eine Stunde gekürzt werden können, ohne daß die russische Seele damit wesentliche Einbußen erlitten hätte. Unter den durchwegs burghausmäßig vorzüglichen Darstellern glänzen eigens Elisabeth Orth (den endlosen russischen Namen im Stück ersparen wir uns), Heide Zuber als junger Gaganow. Alle Darsteller gaben ihr Bestes, nur bei der neu eingeführten Verbeugungstour ging es ein wenig dilettantisch zu. Der höfliche Beifall konnte auch unbefähigt genannt werden.

ERIK G. WICKENBURG

JOURNAL

Sechs Monate Gefängnis für Gabor Demzsky

DW. Budapest
Der Soziologe Gabor Demzsky (s. WELT v. 22. 12.) wurde in Budapest wegen „Gewalt gegen Amtspersonen“ zu sechs Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Die Strafe bleibt an der Untergrenze des möglichen Strafmaßes bis zu drei Jahren Haft. Sie wird in Ungarn als das Eingeständnis einer unrechtmäßigen Verurteilung bewertet, weil Demzsky bei einer „Verkehrskontrolle“ unberechtigt durchsucht und - als er protestierte - zusammenge schlagen wurde. Zugleich gilt der Prozeß als Zeichen für eine weitere Klimaverschlechterung zwischen Partei und Intellektuellen.

„Das Gespenst“ bleibt in Österreich verboten

AP. Graz
Herbert Achternbusch-Film „Das Gespenst“ bleibt in Österreich verboten. Das Oberlandesgericht Graz verwarf in einer nichtöffentlichen Sitzung nach Anhörung der Oberstaatsanwaltschaft die Beschwerde gegen die Beschlagnahme des Films wegen Verdachtes der Herabwürdigung religiöser Lehren als unbegründet. Es besteht keine weitere Möglichkeit mehr, gegen diesen Beschluß Einspruch zu erheben. Zugleich wurde aufgrund einer Beschlagnahmeverfügung des Landesgerichtes Linz die Exemplare des Buches zum Film, erschienen in einem Frankfurter Verlag, von der Polizei eingezogen.

Das plastische Werk von Pablo Picasso

DW. Düsseldorf
Die Übersicht über das plastische Werk von Pablo Picasso ist nach Berlin (s. WELT v. 10. 10. 83) jetzt in der Kunsthalle Düsseldorf zu sehen. Da es dem Organisator der Ausstellung und Verfasser des Werkkatalogs der Plastiken Picassos, Werner Spies, gelang, noch weitere Arbeiten von den Erben des Malers für Düsseldorf hinzuzugewinnen, wurden auch die Räume des Kunstvereins einbezogen. Insgesamt werden rund zweihundert Skulpturen gezeigt, von kleinen Arbeiten in Papier bis zu großen Bronzeplastiken. Das Werkverzeichnis als Katalog kostet in der Ausstellung 40 Mark, im Buchhandel, Hatje-Verlag, 58 Mark. Die Ausstellung dauert bis zum 29. Januar.

Wettbewerb für junge Komponisten

DW. Köln
Die Biennale Venedig, das Festival d'Automne à Paris und die Stadt Köln in Verbindung mit dem Westdeutschen Rundfunk schreiben für 1985, das „Jahr der europäischen Musik“ und das UNO-Jahr der Jugend, einen Kompositionswettbewerb mit einer Preissumme von über 30 000 Mark aus. Teilnahmeberechtigt sind Komponisten unter vierzig Jahren.

Mit Verspätung gedenkt Florenz Raffaels

M. v. Z. Florenz
Mit einem Jahr Verspätung feiert Florenz den 500. Todestag Raffaels. In der Sala Bianca sind neben den 18 Gemälden - der reichste Museumsbestand einer Stadt - Zeichnungen und wissenschaftliche Aufnahmen zu sehen. Im Palazzo Pitti vom 11. Jan. bis zum 28. April die Übersicht „Raffaello und die Architektur des frühen Cinquecento in Florenz“ zu besichtigen.

Krisengesetz für Polens Hochschulen

J. G. G. Warschau
Die polnische Untergrundpresse hat jetzt die Einzelheiten des sogenannten „Krisengesetzes“ für die polnischen Hochschulen vorgelegt. Damit erhält der zuständige Ressortminister die Befugnis, den Arbeitsvertrag eines Hochschulbediensteten rückwirkend zu dessen Ungunsten zu verändern und ihn ohne Anhörung seiner unmittelbaren Vorgesetzten zu entlassen. Außerdem kann der Minister Entscheidungen des „Hochschulrates“, einer Art landesweiten Aufsichtsgremiums, ignorieren und einen Hochschulsenat auf Kraft setzen sowie dessen Befugnisse an andere Personen delegieren. Sämtliche Senatswahlen müssen vom Minister akzeptiert werden. Gegen seine Entscheidungen gibt es keine Widerspruchsmöglichkeiten. Das „Krisengesetz“ wird allgemein als noch rigoroser als entsprechende Gesetze der Stalinzeit angesehen.

Fünfzig Bücher zu Maos Geburtstag

rst. Peking
Zum 90. Geburtstag von Mao Zedong am 26. Dezember erschienen in der Volksrepublik China fünfzig neue Bücher. Darunter sind Dissertationen, die sich mit dem Mao-Zedong-Ideen befassen. Erinnerungen an sein Leben und Schilderungen seiner Taten. Zum erstenmal sollen auch zahlreiche bislang unveröffentlichte Briefe Maos herausgegeben werden. Außerdem wurde ein Dokumentarfilm über das Leben Maos fertiggestellt.

KULTURNOTIZEN

Watteaus „Einschiffung nach Cythera“ bleibt in Berlin, nachdem ein Drittel der Kaufsumme durch private Spenden in Höhe von fünf Millionen Mark aufgebracht wurden.

In Budapest wird vom 23. bis zum 30. Januar eine „Kulturwoche der Bundesrepublik Deutschland“ stattfinden.

„Mythos und Bild Venedigs im 19. Jahrhundert“ heißt eine Ausstellung, die bis Ende Februar im venezianischen Museo Correr zu sehen ist.

„Die Schwärze“ von Otto Dix wurde von der Städtischen Kunsthal-

le Karlsruhe erworben. Über den Preis für das Gemälde macht das Museum keine Angaben.

Den Burxthede-Preis 1984 erhält das Ensemble „Musica Antiqua Köln“. Der mit 5000 Mark dotierte Preis wird für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der Kirchenmusik vergeben.

Eine „Karl Richter Gesellschaft“ wurde in München (Zentnerstr. 19) gegründet. Sie soll sich der Wahrung und Pflege des Lebenswerkes des 1981 gestorbenen Chorleiters und Musikwissenschaftlers widmen.

